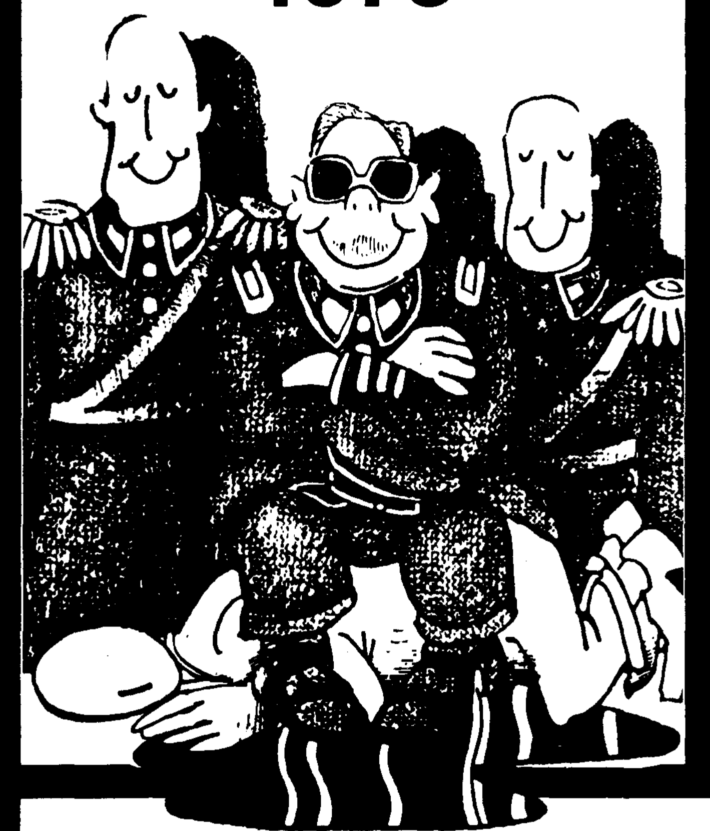
blätter des iz3w

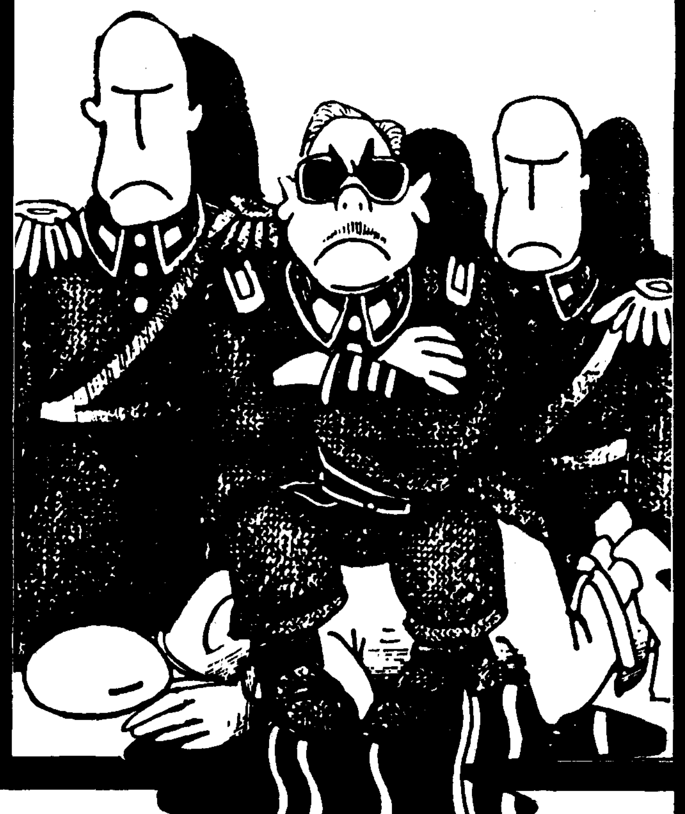
informationszentrum dritte welt - iz3w

Chile

1973



1982



impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 – 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 – 12 und 15 – 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Alexander Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels. Benedikt Fehr, Walter Hättig, Stefan Helming, Horst Hüncker, Uli Kieser, Christopher Knauth, Werner Kobe, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Maier, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Raili Salmela, Peter Schmid, Dieter Seifried, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Peter Weber, Hildegard Wenzler. Albert Sommerfeld

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon 0228 / 28 26 19
Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618

Jahrsabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,– DM).

Schweiz: SFR 35,– / bzw. 25,–
Österreich: ÖS 260,– / bzw. 190,–
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 (bzw. 34,6) DM)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60 DM), Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,– DM (bzw. 49,– DM)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40 DM)

Einzelpreis: DM / SFR 4,– / ÖS 30,–

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß der Nummer 105:
19.10.1982

Wir bitten unsere Leser(innen) um Mitarbeit. Manuskripte sollten – bei 40 Anschlägen und zweizeiligem Zeilenabstand – möglichst nicht mehr als 15 SM-Seiten umfassen.



Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Libanon

Der nahe Osten bleibt explosiv

Mit Panzern, Artillerie, Marine und Kampfflugzeugen hat die zionistische Armee seit dem 6. Juni einen ungeheuren Vernichtungsfeldzug gegen die PLO im Libanon geführt. Die Zerstörung Beiruts war einkalkuliert. 30000 Tote forderte die Agression. Was sich in den von der PLO und linken libanesischen Organisationen besetzten Stadtteilen abspielte, die versuchte Zerstörung einer ganzen Stadt samt ihrer Zivilbevölkerung, kann nur noch mit der Bombardierung nordvietnamesischer Städte durch die US-Luftwaffe verglichen werden.

Fast drei Monate dauerten die Ausseinandersetzungen. Diplomatische Gespräche und Verhandlungen gingen einher mit den Meldungen über ständige israelische Überfälle und Angriffe. Selbst jeder ausgehandelte Waffenstillstand wurde vom israelischen Oberkommando immer aufs Neue verletzt und gebrochen.

Mit dem Abzug der PLO aus Westbeirut konnte die israelische Armee die gesteckten Kriegsziele zum großen Teil durchsetzen: die bewaffneten Einheiten der PLO sind aus dem Libanon verdrängt und mit dem rechtsgerichteten Falangistenchef Béchir Gemayel konnte eine israelhörige Marionettenregierung installiert werden. Kriegsziel Nr. 3 — die Vertreibung der Syrer aus dem Libanon — konnte bislang nicht durchgesetzt werden. Neue Konflikte sind damit vorprogrammiert.

PLO isoliert

Die PLO stand in Westbeirut mit dem Rücken zur Wand. Walid Jumblat, der Führer der progressiven libanesischen ,,Nationalen Bewegung", hatte schon zu Beginn der Invasion resignierend prophezeit, die PLO werde den Libanon verlassen müssen. Syriens Präsident Assad, der gegen wachsenden Widerstand gegen sein Regime im eigenen Land zu kämpfen hat,[1] wurde nur gegen seine Willen in den Konflikt hineingezogen. Er bot Israel sogar einen Waffenstillstand und eine ,,neutrale Haltung" an, falls die syrischen Truppen im Libanon nicht angegriffen würden. Verteidigungsminister Sharon ließ sich allerdings dadurch nicht ablenken: die gesamte syrische Luftwaffe, Flugzeuge und Flugabwehr, wurde zerstört.

Schmählich ebenso die Rolle der Sowjetunion, die die PLO weder diplomatisch noch materiell unterstützt hat. Sie zog sich auf die Position zurück, nur einzugreifen, falls die israelische Armee in Syrien einmarschiere. Dies stand bei diesem Feldzug der Israelis nicht zur Debatte. Der PLO-Sicherheitschef Abu Iyad zog folgende Bilanz: ,,Die Araber sind alle am Komplott gegen uns beteiligt. Und Syrien bekam Angst . . . Die Haltung Moskaus ist noch unerklärlicher . . . wie können die Sowjets so passiv bleiben, wenn die USA auf flagranteste Art und Weise an diesem Krieg beteiligt sind? Ich begreife das nicht".

Reagan und Begin

Die US-Regierung hat sich schließlich — wen wundert's — gegen die Absicht der israelischen Regierung durchgesetzt, den Vernichtungsfeldzug bis zur Auslöschung allen bewaffneten Widerstands der Palästinenser fortzuführen. Über das Ziel — den Abzug der PLO aus Beirut — waren sich Begin, Reagan und auch die europäischen Regierungen lange einig. Ohne direkte US-Unterstützung durch Waffenlieferung und Wirtschaftshilfe und ,,grünes Licht" vom Weißen Haus wäre der Libanonfeldzug nicht möglich gewesen.

Die Differenzen waren rein taktischer Natur. Das Ziel der Vertreibung der PLO aus dem Libanon und die Stärkung der Rechtskräfte im Libanon war zwischen den Verbündeten nie umstritten. Es ging nur um den Weg. Die Exzesse der israelischen Besatzungspolitik, die ständigen brutalen Verletzungen der Waffenstillstandsabkommen durch die zionistische Armee gingen der Reagan-Regierung gegen den Strich. Sie befürchtete bei einer weiteren Eskalation nicht zu Unrecht einen zeitweisen Bruch mit ihren arabischen Bündnispartnern. Dies hätte einen Rückschlag für die Politik bedeutet, mit Saudi Arabien und Ägypten stabile, zuverlässige Nachfolger für die Polizistenrolle im Nahen Osten und dem Golf aufzubauen, die der Iran unter dem Schah noch einnahm. Die ,,internationale Friedenstruppe", zusammengesetzt aus Berufssoldaten imperialistischer Armeen,[2] paßt ebenso ins Bild von Reagan und Begin. Sie werden sich nicht so sehr um ,,den Frieden" kümmern, sondern mehr um die Ziele der Israelis und der USA: als zusätzliches Druckmittel gegen



die libanesische Linke und gegen die Syrer unterstützen sie die Pläne der Familie Gemayel, eine starke Regierung im Libanon zu errichten.

Zerstörung Beiruts

Nie haben die USA auch nur die Einstellung der Wirtschafts- und Militärhilfe an Israel erwogen. Ohne diese Unterstützung hätte der Krieg nicht geführt werden können. Eine Milliarde Dollar jährlich pumpen die USA seit Jahrzehnten in die israelische Kriegsmaschine, die bei der Zerstörung Beiruts rücksichtslos eingesetzt wurde.

Blutiger Höhepunkt dieses Einsatzes waren die Beschießungen Beiruts Anfang August. Am 1. August wurden über 14 Stunden lang von allen Waffengattungen zivile Ziele beschossen. 60 Flugzeuge flogen an die 300 Einsätze gegen die Zivilbevölkerung. Die palästinensische Nachrichtenagentur schätzte die Anzahl der abgefeuerten Prohjektile auf 185000. Am 4. August erfolgte ein zwanzigstündiger Angriff auf Westbeirut. Bei diesen Angriffen wurden Phosphor-Brandbomben eingesetzt. Zwei Tage später hatte eine neue US-amerikanische Waffe — die sogenannte Vakuumbombe — traurige Weltpremiere. Einhundert Zivilisten starben bei der Erprobung der neuen Waffe. Ein Appartmenthaus wurde vollkommen zerstört. Am 12. August wurden gezielt Palästinenserlager über fünf Stunden bombardiert. Mehr als 600 mußten sterben.

Die Infrastruktur der Stadt ist total zerstört. Über 100000 Bewohner sind obdachlos.

Auswirkungen auf Israel

Der Libanonkrieg hat Israel bis heute fast drei Milliarden US-Dollar gekostet. Die israelische Bevölkerung wird zur Kasse gebeten. Der Histradut (die zionistische „Gewerkschaft") hat selbstverständlich bereits einer Senkung der Reallöhne zugestimmt. Die Begin-Regierung konnte ohne Widerstand eine weitere arbeiterfeindliche Maßnahme — Zwangsanleihen, die das verfügbare Einkommen reduzieren[3] — durchs Parlament peitschen.

Obwohl die Histradut-Frauenorganisation „Naamt" noch ihre Mitglieder aufforderte, die ‚leeren Plätze in der Produktion zu füllen', wurde erstmals der nationale Konsens gestört.

Die 100 000 Anti-Begin Demonstranten in Tel Aviv waren wohl das deutlichste Zeichen. Kleinere Aktionen (5 000 und 3 000 Teilnehmer) folgten. Komitees führen regelmäßige Informationsaktionen durch. Ein Komitee „Frauen gegen den Krieg" hat sich gebildet. Das Komitee bereitete eine gemeinsame Versammlung mit Palästinenserinnen Ende August vor.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang die Entwicklungen in der Armee. Sensationell war sicher der Rücktritt des Panzerbrigadekommandanten Eli Geva, der sich weigerte, im Libanon weiterzukämpfen und an einem eventuellen Sturm auf Beirut teilzunehmen. Aber auch an der Basis tut sich was. Heimkehrer des Libanonkrieges haben ein Komitee gebildet: „Soldaten gegen die Gewalt". Sie verlangen die Abberufung von Verteidigungsminister Sharon und klären über Kriegsverbrechen auf. Einige Reservisten haben sich ebenfalls zusammengeschlossen. Sie fordern, im Falle einer Einberufung nicht über die 1948er Grenzen des Staates Israel hinaus eingesetzt zu werden.



Zerschossenes PLO-Lager vor Tyrus

Nimmt man die Risse im weltweiten zionistischen Establishment hinzu–der jetzt verstorbene Nahum Goldmann z.B., der Expräsident des jüdischen Weltrates, forderte ein Ende der Agression im Libanon – so hat sich für den Zionismus der Überfall auf den Libanon nicht ausgezahlt. Die ersten Anzeichen einer innerisraelischen Opposition sind zweifellos ein wichtiger, neuer Faktor für die zukünftige politische Entwicklung im Nahen Osten.

Zukunft des Libanon

Für die Israelis und die USA ist mit dem Abzug der PLO-Kämpfer das Kapitel Libanonkrieg nicht abgeschlossen. Ein schneller Rückzug der Israelis ist eine Illusion. Die Syrer stehen immer noch in Teilen des Libanon und der israelische Schützling Gemayel kontrolliert mit seinen Banden nur einen Teil des Landes. Die Errichtung einer starken Zentralregierung steht in den Sternen.

Die israelische Armee hat mittlerweile Winterkleidung geordert. Neue zusätzliche Kasernen und Unterkünfte werden im Libanon gebaut. Alles sieht nach einer langen Besetzung aus. Selbst ein weiteres Vordringen in den Norden ist nicht ausgeschlossen. Für alle Fälle hat man sich des Wohlwollens eines weiteren Bündnispartners versichert. Der israelische Geheimdienst „Mossad" leitete die Auslieferung von 50 türkischen Linken, die in Palästinenserlagern verhaftet worden waren, an die Militärjunta in Ankara ein.

Werner Hülsberg

Aus: was tun Nr. 337 vom 2. 9. 1982

Anmerkungen:

1) Zu den letzten bewaffneten Aufständen Anfang dieses Jahres s. ‚blätter' Nr. 100, März 1982.
2) Die Truppen, die den Abzug der PLO-Kämpfer aus Beirut überwachen sollten, kamen aus USA, Frankreich und Italien.
3) Die Regierung setzte folgende, für die Bevölkerung schwerwiegende Maßnahmen durch: eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von zwölf auf 15 Prozent; eine zweiprozentige Besteuerung von Börsengeschäften; eine Besteuerung von Auslandsreisen in Höhe von 24 Dollar pro Flugticket; eine vierprozentige Zwangsanleihe, die jedem Bürger während der nächsten zehn Monate vom Gehalt abgezogen wird; eine Streichung geplanter Gehaltserhöhungen; eine drastische Kürzung der bisher beträchtlichen Subventionen bei Grundnahrungsmitteln.



Argentinien

Kein Frieden nach dem Krieg

Der nie erklärte Krieg zwischen Großbritannien und Argentinien um die Malvinas / Falkland-Inseln ist knapp dreieinhalb Monate nach Beginn des Konflikts offiziell beendet. Am 12. Juli — einen Monat nach der argentinischen Kapitulation und dem Ende der Kampfhandlungen auf den Inseln — erklärte die Regierung in Buenos Aires die Feindseligkeiten zwischen den beiden Staaten „de facto" für beendet. Die argentinischen Kriegsgefangenen konnten in ihre Heimat zurückkehren.

Doch mit dem Kriegsende haben sich weder die Fragen um die Zukunft der Inseln, noch die internen Probleme Argentiniens gelöst. Im Gegenteil: Durch die immensen Kosten des kriegerischen Abenteuers sind sie größer als zuvor. Gleichzeitig nahmen die Streitigkeiten innerhalb des Militärs und der Regierung zu, während die Bevölkerung und die Parteien immer entschiedener auf eine Demokratisierung drängen.

Kurze Chronik der Ereignisse

Mit dem Scheitern der Vermittlungsbemühungen von UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar verschärften sich die kriegerischen Auseinandersetzungen. Beide Seiten, vor allem aber die Argentinier, erlitten hohe Verluste. Dennoch meldeten die argentinischen Medien auf Anordnung der Militärs nur „Erfolge", suggerierten den bevorstehenden Sieg über die „Kolonialmacht England".

Auch die zunehmend „kritische" Solidarität der Europäischen Gemeinschaft gegenüber dem britischen Vorgehen, die Abkoppelung Irlands und Italiens von einer Verlängerung der EG-Sanktionen über den 17. Mai hinaus, und die Unterstützung der Blockfreien Länder auf deren Gipfeltreffen in Havanna vermittelten den Argentiniern ein verzerrtes Bild über die realen Machtverhältnisse.

Die Nachricht von der Kapitulation der argentinischen Truppen (15. Juni) nach der Eroberung Port Stanleys durch die Briten führte am 17. Juni zur bisher gewaltsamsten Demonstration gegen das Militärregime seit 1976: Rechte („Kapitulation ist Verrat am Vaterland!") und Linke („Unsere Kinder mußten sterben, verraten von den Generälen") forderten vor dem Präsidentenpalast auf der Plaza de Mayo den Rücktritt Galtieris. Eigentlich wollte der Präsident dem „Volk", das er eigens durch das Fernsehen zusammenrief, die Niederlage erläutern, aber angesichts der Tumulte mußte er seine Rede vor Fernsehkameras halten. Er verkündete, daß es sich nicht um eine Kapitulation der argentinischen Armee vor Großbritannien handle, sondern lediglich um eine Teilniederlage der Truppen auf den Malvinas unter General Menendez. Der Krieg mit Großbritannien gehe weiter und jeder, der sich dem entziehe, werde als Vaterlandsverräter behandelt (SZ vom 19./20. Juni 1982).

Doch als sich Galtieri am Abend des 17. Juni mit den 14 führenden Generälen zu einer Besprechung über die Lage der Nation traf, mußte er feststellen, daß nicht nur die Demonstranten, sondern auch sie seine Präsidentschaft aufgrund des gescheiterten Malvinenabenteuers für beendet ansahen.

Machtkämpfe innerhalb der Junta

Zum Nachfolger Galtieris in seiner Funktion als Heereschef — nicht als Präsident — wurde General Cristiano Nicolaides ernannt. Der eigentlich rangnächste General Vaquero wurde übergangen, da er als Generalsstabschef verantwortlich war für den Zusammenbruch der Versorgung der Truppen auf den Malvinas und ihm möglicherweise ein Kriegsgerichtsverfahren droht.

Traditionell stellt das Heer als größte und älteste der drei Teilstreitkräfte den Präsidenten. Der Ausgang des Konflikts aber — es war die Armee, die in Port Stanley kapitulierte — machte es nach Ansicht von Marine und Luftwaffe erforderlich, daß das Heer seine Führung abgebe. Die Luftwaffe hat zwar die größten Verluste erlitten, andererseits ist sie durch die Versenkung von mindestens fünf britischen Schiffen „erfolgreich" gewesen und daher populär geworden. Luftwaffenchef Lami Dozo spekulierte selbst auf das Präsidentenamt, machte sich aber auch für einen zivilen Präsidenten stark. Marineadmiral Anaya war nicht unbedingt für die Ernennung eines Zivilisten, aber auf jeden Fall gegen ein Staatsoberhaupt aus den Reihen der Armee. Als sich dann dennoch das Heer unter General Nicolaides durchsetzte und den (vom Malvinenkrieg unberührten) General im Ruhestand Reynaldo Bignone am 22. Juni zum Präsidenten ernannte, entzogen Marine und Luftwaffe dem neuen Präsidenten die Unterstützung und traten aus der Regierungsjunta aus. Mit diesem spektakulären Schritt erreichten die seit Jahren schwelenden Differenzen unter den Militärs ihren Höhepunkt.

Die Unfähigkeit der drei Waffengattungen, sich auf einen möglicherweise auch von den Parteien unterstützten Kompromißkandidaten zu einigen, hat zu einer weiteren Schwächung der Militärherrschaft in Argentinien geführt. Nur noch vom Heer unterstützt, ist die Legitimationsbasis Bignones die schwächste, die je ein Präsident seit dem Putsch 1976 hatte.



AN DER DEMONTAGE *Galtieris maßgebend beteiligt: der neue Heereschef Christino Nicolaides (im Hintergrund sein Vorgänger).*

Die Niederlage im Krieg um die Wiedergewinnung der Malvinen bedeutet auch die Niederlage beziehungsweise das Scheitern des 1976 von den Militärs propagierten „Prozesses der nationalen Reorganisation", der dem Land durch harte politische und wirtschaftliche Maßnahmen, aber auch durch die „Sicherung und Erweiterung des nationalen Territoriums" wieder zu wahrer nationaler Größe und Einheit verhelfen sollte.

Die neue Regierung: alter Wein in neuen Schläuchen?

Mit Ausnahme des Erziehungs- und Justizministers ernannte Bignone ein neues Kabinett und setzte damit neue Akzente: bis auf den Innenminister General Llamil Reston sind alles Zivilisten.

Der Wirtschaftsminister Dagnino Pastore galt als „Kompromißfigur" zwischen monetaristischer und nationalistischer Wirtschaftspolitik — immerhin ein gewisses Zugeständnis an die Forderungen der Parteien, der Unternehmerverbände und vieler jüngerer Offiziere, die in den Folgen einer monetaristischen Wirtschaftspolitik schon immer den „Ausverkauf der nationalen Industrie" gesehen hatten.

Ende August trat er jedoch bereits wieder zurück, nachdem er den Lohnforderungen der Gewerkschaften nicht nachgeben woll-

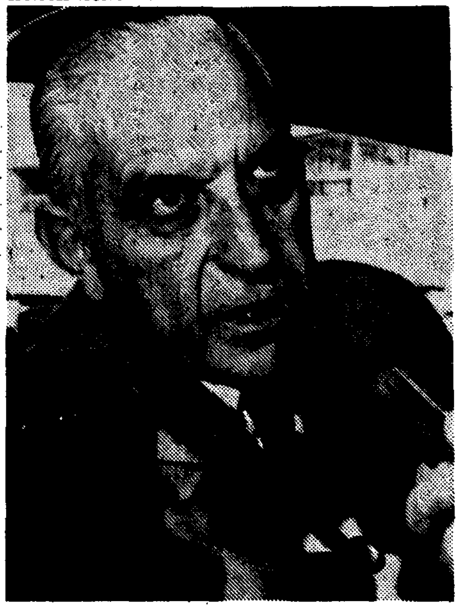
te, und weil er darüber hinaus einen neuerlichen innermilitärischen Machtwechsel befürchtete. (LAWR 27. 8. 82)

Auch in der Außenpolitik ist mit Sicherheit keine Wende um 180 Grad zu erwarten, trotz der als Folge des Malvinenkrieges angekündigten Abkehr von Europa und den USA. Der neue Außenminister Juan Aguirre Lanari, ehemaliger Botschafter in Venezuela, ist Mitglied der rechtsgerichteten Koalition der Provinz-Parteien FUTEPO; und Präsident Bignone und der eigentliche „starke Mann", General Nicolaides, sprachen schon von der „Erneuerung guter Beziehungen" zu Washington (LAWR 26/1982).
Die Abwendung von Europa und den USA, die angekündigte Hinwendung zur Dritten Welt, den Blockfreien und die Forderung nach verstärkter Integration Argentiniens in Lateinamerika, gegen die „imperialistischen Industrienationen", werden wahrscheinlich zum größten Teil Rhetorik bleiben. Zum einen fehlen für eine völlige Umorientierung sowohl der Wirtschafts- als auch der Außenpolitik die ökonomischen Grundlagen, zum anderen würde die Abkehr vom bisherigen Vorbild der „Ersten Welt" und eine engere Bindung an die Länder der Dritten Welt der Staatsideologie der herrschenden Militärs widersprechen: der sogenannten „Doktrin nationaler Sicherheit", die den Kampf gegen den Kommunismus zum Hauptziel erhebt (noch kurz vor Ausbruch der Krise hatte der damalige Außenminister Costa Mendez den Rückzug Argentiniens aus der Blockfreien-Bewegung geplant), und das Ziel „nationaler Größe" nur im Durchsetzen eigener Interessen gegenüber den lateinamerikanischen Nachbarn erreicht sieht, wirtschaftliche und politische Kooperation dagegen als „Schwäche", die einer souveränen Nation nicht würdig sei, interpretiert.

Die personellen Veränderungen auf Regierungsebene sollten vor allem dazu dienen, die an der gescheiterten militärischen Aktion im Südatlantik beteiligten Generäle aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zurückzuziehen, um dadurch die Militärherrschaft wieder zu stabilisieren.

Die weitere politische Entwicklung und mögliche Regierungsumbildungen hängen davon ab, wie die Streitigkeiten innerhalb des Militärs ausgehen. Auch wenn die Frage der einzuschlagenden Wirtschaftspolitik eine gewisse Rolle spielt, beschäftigt sich die unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehaltene Debatte zwischen den Militärs vor allem mit den Schlußfolgerungen, die aus dem verlorenen Krieg zu ziehen sind. Dabei stehen die jüngeren, nationalistisch ausgerichteten Offiziere den älteren und höheren Offizieren gegenüber, die für die kriegerischen Aktionen auf den Inseln die Verantwortung tragen. Eine Untersuchungskommision des Heeres beschäftigt sich mit den militärischen Fehlentscheidungen während der Kämpfe auf den Falklandinseln / Malvinen. Die Ergebnisse könnten dazu führen, daß etwa 300 Offiziere zurückgestuft oder vorzeitig in den Ruhestand entlassen werden. Die im September stattfindenden Jahresbeförderungen und -entlassungen werden den weiteren Verlauf der innermilitärischen Richtungskämpfe bestimmen. Viele jüngere Offiziere erhoffen sich von der Säuberung der Kommandoposten eine Beschleunigung ihrer eigenen Karriere. (NZZ 26. 8. 82)

Parallel zu diesem Streit zwischen verschiedenen Offiziersgruppen um Machtquoten innerhalb der Streitkräfte gibt es zwei unterschiedliche Vorstellungen über die politische Zukunft des Landes. Ein autoritärer Flügel im Heer hält wenig von der Rückkehr zur politischen Demokratie und sieht darin die Wiederkehr der Zustände zu Beginn der siebziger Jahre: damals mündete die demokratische Öffnung in einen Wahlsieg der Peronisten, leitete eine starke politische Mobilisierung ein und gipfelte schließlich in Guerillaaktionen. Im März 1976 übernahmen dann die Streitkräfte die Macht und leiteten eine starke Repression ein. Aus diesem Grund wollen Teile des Militärs eine völlige Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen verhindern und den Streitkräften gewisse Eingriffsmöglichkeiten sichern.



General Reynaldo Bignone

Ein eher populistischer Flügel im Militär tritt dagegen für eine demokratische Öffnung, eine Wirtschaftspolitik mit nationalistischen Zügen und eine Politik des Ausgleichs mit den Gewerkschaften ein. Der Versuch des früheren Luftwaffenchefs Lami Dozo, der die Bildung einer sozusagen „offiziellen" Partei aus Militärs und Zivilisten anstrebte, die den 1976 begonnen Prozeß der „nationalen Reorganisation" weiterführen sollte, stieß bei der Mehrheit der Militärs auf Ablehnung und führte zu seinem Rücktritt.

Gegenwärtig ist daher innerhalb des Militärs die Position von Präsident Bignone bestimmend, der eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen bis spätestens 1984 anstrebt.

Die politischen Parteien und die Macht

Im Unterschied zu den Militärs gingen die bis dahin verboltenen Parteien gestärkt aus dem Konflikt hervor. Durch einen Regierungserlaß wurden sie im Juni wieder zugelassen. Die Unterstützung der „Rückeroberung der Malvinas" durch die Parteien, von der sich die Militärs eine größere Popularität ihres Regimes erhofften, hatte die politischen Gruppierungen zum Ansprechpartner für die Militärregierung gemacht. Die Parteien erhofften sich ihrerseits davon mehr Einfluß und verbindliche Zusagen für eine baldige Demokratisierung. Die Einbeziehung der Parteien in die offizielle Malvinas-Kampagne erwies sich für die Militärs allerdings als Bumerang: inzwischen sind die Parteien wieder ein maßgebender Faktor im politischen Leben.

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Präsidenten Bignone bestand darin, mit Vertretern der 13 anerkannten Parteien über die „Rückkehr zur Verfassungsmäßigkeit Anfang 1984" zu beraten. Er eröffnete die Sitzung mit den Worten: „Ich bin ein ehrenhafter Mann und benötige Ihre Hilfe." (Clarin Nr. 393, 21. – 27. Juni 1982). Noch vor wenigen Wochen wäre es undenkbar gewesen, daß ein Mitglied der Junta, geschweige denn der Präsident, überhaupt die Parteien zur Kenntnis genommen hätte oder auf ihre Meinung Wert gelegt hätte.

Die Parteien forderten die sofortige Rückkehr zur Demokratie (nicht erst 1984), Aufklärung über das Schicksal der „Verschwundenen" und vor allem eine grundlegende Änderung in der Wirtschaftspolitik: eine Abkehr vom neoliberalen, monetaristischen Konzept. Stattdessen forderten sie mehr staatliche Maßnahmen für den Aufbau einer nationalen Industrie sowie Lohnerhöhungen. Trotz der eher kritischen, ablehnenden Haltung der Parteien Bignone gegenüber, entstand durch dieses Gespräch eine paradoxe Situation: die zivilen Politiker, die nach mehr Einfluß und Mitsprache in der neuen Regierung streben, verschaffen gerade damit dem neuen Präsidenten die Anerkennung, die ihm die Militärs von Marine und Luftwaffe versagen, Bignone hat seine Machtbasis, aus einer Position der Schwäche heraus erweitert.

Ende August wurde ein Parteienstatut erlassen, und die Regierung bekräftigte die „feste und unverrückbare Entscheidung" der Streitkräfte bis spätestens März 1984 zur Demokratie zurückzukehren. Die wichtigsten politischen Gruppierungen begrüßten das Parteienstatut. Offenbar haben die politische und wirtschaftliche Krise des Landes das Militärregime dazu veranlaßt, frühere Pläne eines restriktiven Parteienstatuts aufzugeben. (FAZ 31. 8. 82)

Die fünf größten Parteien des Landes haben sich in der sogenannten Multipartidaria, einem Verband mit dem Ziel einer gemeinsamen Abstimmung, zusammengeschlossen. Dazu gehören die Peronisten,

die die stärkste Gruppierung bilden, die Radikale Bürgerunion (UCR), die Christdemokraten, die „Bewegung für Integration und Entwicklung" des Ex-Präsidenten Frondizi und die „Intransigenten" um Oscar Alende, die Beziehungen zu kleineren Linksgruppierungen unterhalten. Ende Juni verabschiedeten die fünf Parteien ein umfassendes politisches Programm, in dem — als Reaktion auf den Krieg im Südatlantik und die gescheiterte Wirtschaftspolitik der Militärs — eine „von den Zentren der Weltmächte unabhängige Politik", der Wiederaufbau der nationalen Industrie und eine umfassende Sozialgesetzgebung gefordert werden (Clarin Nr. 393, 21 – 27 Juni 1982).

Die Aufhebung des Parteienverbots leitete eine zunehmende politische Mobilisierung ein. Die Parteien haben bereits angekündigt, daß sie eine Aufklärung des Schicksals der „Verschwundenen" wollen, eine Forderung, die die Militärs bislang strikt ablehnten. Auch die Massenmedien üben nun Kritik an den Militärs, und die Tageszeitung La Prensa attestierte der Abschiedsrede von General Galtieri „Volksschülerniveau".

Doch die von den Parteien nach außen bekundete Einheit der Bewegung trügt, denn die Gruppierungen sind in sich und untereinander zerstritten und ducrh die lange diktatorische Herrschaft nur schlecht zur demokratischen Willensbildung geeignte. Allein innerhalb der Peronisten gibt es sieben verschiedene Strömungen und Tendenzen. Einzelne Führerpersönlichkeiten bestimmen den Kurs der Parteien und erhoffen sich von den Gesprächen mit den Militärs nicht zuletzt eine Verbesserung ihrer eigenen Machtposition. Aus diesem Grunde ist es gut möglich, daß nach der Freigabe der Parteiaktivitäten der Zersplitterungsprozeß weiter anhält.

Die Wirtschaftskrise und die weiteren politischen Aussichten

Der verlorene Krieg hat die innenpolitische Situation in Argentinien grundlegend verändert. Das Kalkül der Militärs, die gespaltene argentinische Gesellschaft mit der Besetzung der Malvinen unter nationalen Vorzeichen zu einigen, ist gescheitert.

Als Folge des Krieges hat sich die wirtschaftliche Lage im Lande weiter verschlechtert. Die seit 1979 rückläufige Industrieproduktion sank noch weiter ab, während die Inflation weiter anstieg. Neueren Schätzungen zufolge könnte die Inflationsrate in diesem Jahr auf 500 Prozent ansteigen. Gleichzeitig soll die Arbeitslosigkeit im Großraum Buenos Aires mittlerweile bei 15 Prozent liegen (FAZ 26. 8. 82). Die Regierung erließ einerseits eine Reihe von Importbeschränkungen, wovon sie sich eine Devisenersparnis erhofft, andererseits stellte sie ein Programm zur Exportförderung auf, um zusätzliche Gelder ins Land zu holen. Gegenwärtig ist die Industriekapazität des Landes nur zu 54 Prozent ausgelastet.

Die argentinische Auslandsschuld wuchs im ersten Halbjahr 1982 um 9,6% auf fast 40 Mrd. US-Dollar. Für die zweite Hälfte von 1982 werden eine Reihe von Schuldenrückzahlungen fällig. Eine Delegation des Internationalen Währungsfonds, die zwei Wochen lang Argentinien bereiste, äußerte bereits Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Landes. Aus diesem Grunde bemüht sich die argentinische Regierung zur Zeit darum, für einen Teil der Schulden neue Zahlungstermine auszuhandeln (HB 13. 8.82).

Der im August eingesetzte Wirtschaftsminister Wehbe verfolgt eine ökonomische Politik, die die Wirtschaft verstärkt mit staatlicher Hilfe ankurbeln möchte.



Demonstranten in Buenos Aires

Gleichzeitig hat die Regierung auf Druck der Gewerkschaften eine Verdoppelung des gesetzlichen monatlichen Mindestlohns beschlossen. Für den Monat September haben die Gewerkschaften eine Reihe von Streiks angekündigt, um Einkommensverbesserungen zu erzielen.

Die Lehren aus dem verlorenen Krieg und die Frage der Rückgewinnung der Inseln werden in Zukunft ein Dauerthema in Argentinien bleiben. Bei der Bewältigung dieser Niederlage, die auf eine Woge nationaler Begeisterung folgte, zu deren Entstehung auch die Parteien einen Beitrag geleistet hatten, kommt es zu widersprüchlichen Stellungnahmen: so führen viele Argentinier die militärische Niederlage auf die schlechte Ausrüstung ihrer Soldaten zurück, im Vergleich zum professionellen Heer Großbritanniens.

Schuld sind nicht nur die Generäle, die das Volk in diesen sinnlosen und verlustreichen Krieg trieben, schuld ist auch die Unterentwicklung Argentiniens. So schreibt ein Kommentator in der Zeitung Clarin (21. – 27. Juni): „Das lehrt uns die Niederlage des Malvinenkrieges: es ist unmöglich, die Schlacht gegen den Kolonialismus zu gewinnen, wenn nicht gleichzeitig der Kampf gegen die Unterentwicklung geführt wird." Und weiter: „Die Niederlage ist eine Folge unserer Rückschrittlichkeit als Nation". Im Gegensatz zur Demokratie Großbritanniens sei Argentinien ein schwacher Staat, da er keine innere Unterstützung erhalte. Die Diktatur habe Argentinien in ein wirtschaftliches, kulturelles, technologisches, wissenschaftliches und politisches Defizit geführt; es mangle also nicht nur an technologischem „Know-How", um einen Krieg zu gewinnen, sondern auch an „bürgerlicher, politischer Reife".

Diese Thesen sind gefährlich. Auch wenn sie Kritik an der Militärdiktatur üben, fordern sie doch eine verstärkte wirtschaftliche Entwicklung des Landes, um mit dem dann erreichten technologischen Stand auch eine verstärkte Aufrüstung betreiben zu können: Aufrüstung und höhere Qualifikation, d. h. Professionalisierung der Streitkräfte sollen die Sicherheit des Landes garantieren und eine Wiederholung des Malvinen-Desasters dadurch in Zukunft vermeiden helfen. Dieser Gedanke — von Kritikern der Diktatur formuliert — deckt sich mit dem reaktionären Konzept von „Sicherheit und Entwicklung", das von fast allen südamerikanischen Militärdiktaturen vertreten wird.

Vor allem für kritische Gruppierungen wird es schwierig sein, den Unterschied zwischen der Machtpolitik der Generäle und dem von der überwältigenden Mehrheit der Argentinier als gerechtfertigt empfundenen Anliegen einer Rückgewinnung der Malvinen aufzuzeigen. Schon jetzt ist eine radikalnationalistische, rechtsextreme Gruppe mit dem Namen „kämpferischer Patriotismus" entstanden, die eine Weiterführung des Krieges im Südatlantik for-

dert. Auf einer von etwa fünftausend Personen besuchten Veranstaltung in Buenos Aires wurden Parolen ausgerufen wie „Es lebe der Krieg", „Weg mit den Politikern" und „Bignone und die Engländer verfolgen die gleichen Interessen" (FAZ 25. 8. 82). Auch in Zukunft wird die Festigkeit der jeweiligen Regierung auch von den Fort- oder Rückschritten in der Behandlung der Malvinen-Frage abhängig sein. Eine demokratisch gewählte Regierung in Argentinien hätte dabei bessere Aussichten eine diplomatische Verhandlungslösung mit den Engländern herbeizuführen, sofern die Thatcher-Regierung dazu bereit ist.



In Argentinien durfte dieses Bild von der Heimkehr eines auf den Falkland-Inseln verwundeten Soldaten nicht veröffentlicht werden. Die Militärs versuchen, Nachrichten über die Umstände ihrer Niederlage zu unterdrücken.

Angesichts eher zunehmender wirtschaftlicher Probleme ist in Argentinien in nächster Zeit mit einem Anwachsen sozialer Bewegungen und weiteren Wechseln innerhalb der Regierung zu rechnen. Die weitere Entwicklung hängt zu einem erheblichen Ausmaß davon ab, welcher Flügel sich innerhalb der Streitkräfte durchsetzt. Viele Beobachter erwarten in naher Zukunft einen innermilitärischen Machtwechsel, einen sogenannten Putsch im Putsch.

Der von den Generälen eingeleitete Prozeß der Demokratisierung ist für sie in jedem Fall eine Notlösung. Da sie mit ihrem 1976 verkündeten Programm einer „nationalen Reorganisation" in wirtschaftlicher und außenpolitischer Hinsicht gescheitert sind, wollen sie jetzt die Regierung wieder den Zivilisten und Parteien übergeben. Die Parteien würden — falls es soweit kommt — die Regierung in einer schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage übernehmen, für die es keine kurzfristigen Lösungen gibt. Ein neuerliches Eingreifen der Militärs als Folge zunehmender sozialer Auseinandersetzungen wäre dann möglich. Damit würde sich der Kreislauf zwischen demokratischen und militärischen Regierungen, der in Argentinien mit dem Sturz der Regierung Perón im Jahre 1955 begann, auch in Zukunft fortsetzen.

Annegret Haffa / Nikolaus Werz

LAWR = Latin American Weekly Report

EINGETROFFENE BÜCHER

AG Demonstrationsrecht Im Komitee für Grundrecht und Demokratie; Demonstrationsbeobachtung. Bericht und Einschätzung zu den Auseinandersetzungen am 11. Juni 1982 in Berlin. August 1982, 52 S., DM 4,–; Verlag: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. / An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal.

Andino, Ricardo, u.a.,: Revolution in Mittelamerika, Frankfurt/M 1882, 273 S., DM 12,80, Verlag Marxistische Blätter.

Geiersbach, Paul: Bruder, muß zusammen Zwiebel und Wasser essen! – Eine türkische Familie in Deutschland. Berlin/Bonn 1982, 280 S., DM 24,–, Verlag Dietz Nachf.

Glenewinkel, Werner: Hennings, W.: Anpassung oder Widerstand. Ein Arbeitsbuch zu technischem Fortschritt und gesellschaftlichem Wandel am Beispiel von B. Traven „Die weiße Rose". 298 S., DM 9,50, Ambos (Arbeitsmaterialien aus dem Bielefelder Oberstufen-Kolleg).

Christen für den Sozialismus: Frieden auf Katholisch. Analysen, Erfahrungen, Gegenaktionen zum Frieden von oben in Kirche und Gesellschaft. Münster 1982, 154 S., DM 6,50. Bestellungen: Büro der CfS/ Tamen Köhler / Wasserhorst 8/ 2820 Bremen.

Hertel, P., Paffenholz, A.: Für eine politische Kirche: Schwerter zu Pflugscharen. Politische Theologie und basiskirchliche Initiativen. Hannover 1982, 222 S., DM 25,00, Fackelträger-Verlag.

Der Iranisch-Irakische Konflikt. Ein Krieg ohne Gewinner. Analysen aus der Abteilung Entwicklungsländerforschung. Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung. (Nr. 98/99), 135 S., DM 10,00.

König, K., Straube, H., Taylan, Kamil: Merhaba ... Guten Tag. Ein Bericht über eine türkische Familie. Bornheim 1981, 100 S., DM 16,80, Lamuv-Verlag.

Lehmann, Reinhold: Friedenssignale. Freiburg, Basel, Wien 1982, 160 S., DM 9,80, Herder-Verlag.

Noll, F., Meulen, L. v. d.: Buenos Dias Cuba. Reiseführer kuba. Bornheim-Merten, 190 S., DM 16,80, Lamuv-Verlag.

Rüland, Jürgen: Metropolenwachstum in der Dritten Welt. Probleme und Lösungsansätze. Analysen aus der Abteilung Entwicklungsländerforschung, März 1982, Nr. 97. Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung. 59 S., DM 5,00.

Schwarz-Bart, Simone: Ti Jean oder die Heimkehr nach Afrika. Roman aus Guadeloupe. Wupptertal 1982, 308 S., DM 14,80 (Reihe Dialog Dritte Welt, Bd. 4) Peter Hammer Verlag.

Farnung, A. (Hrsg.): Die verkauften Kinder, Patenschaften – eine Hilfe für die Dritte Welt? Wuppertal 1982, 160 S., DM 9,80, Jugenddienst-Verlag.

Hinz, O., M., Patemann, H.: Sozialistische Perspektiven im Mittelmeerraum und ihre internationalen Implikationen. Materialien einer Tagung an der Universtität Bremen 3. – 6.6.1978. Bremen 1982, 596 S., DM 14,– (Universität Bremen Tagungsberichte Nr. 4). Vertrieb: Uni Bremen, Presse- und Informationsamt/Druckschriftenlager/Postfach 330440 / 2800 Bremen 33.

Erwe, H., Uhlenberg, K.-P ., Vietor, G.: Rechtshilfe für Bürgerinitiativen. Ein Handbuch. Reinbek 1982, 266 S., DM 9,80, rororo sachbuch.

Rüstung

Die Waffengeschäfte Brasiliens

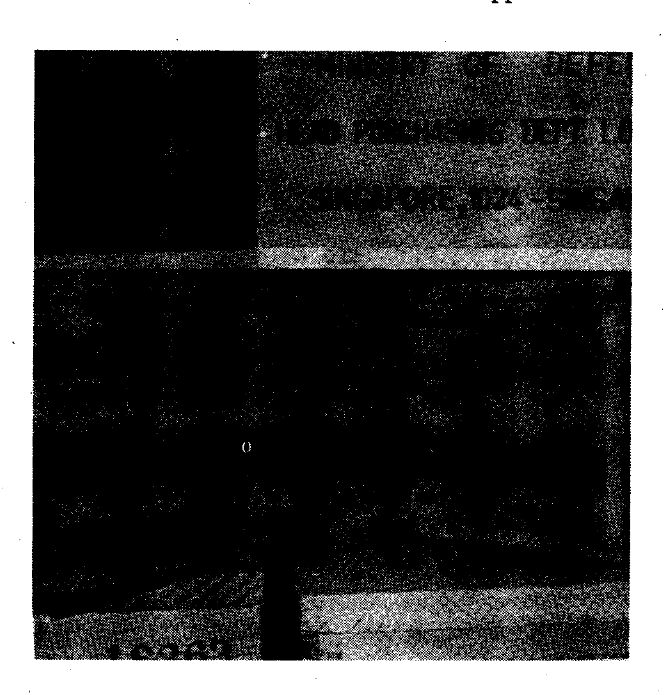
Brasilien war 1981 der siebtgrößte Waffenexporteur der Welt (HB). Der Export an Rüstungsgütern wurde für dieses Jahr – bei einem Gesamtexport von 23,3 Mia. US-Dollar – auf 1,5 Mia. US-Dollar geschätzt (LMD). Mindestens 50 Länder (meist aus der Dritten Welt) beziehen Rüstungsgüter aus Brasilien (M). 1979 machte der Rüstungsexport die Hälfte des Exportes an Fertigwaren aus (DC), der Gesamtumsatz der an der Rüstung beteiligten Unternehmen wurde für 1980 auf 5 Mia. US-Dollar geschätzt (wovon allerdings nur 25% auf die reine Rüstungsproduktion entfallen sollen) (FAZ).
Die brasilianischen Waffen sind inzwischen auch von Industrieländern akzeptiert; Frankreich und Belgien sind Kunden geworden (SIPRI '81), eine amerikanische Firma wird möglicherweise Lizenznehmerin der Brasilianer (dü) und die Schweizer benannten ihren Export-Schützenpanzer „Piranha" (SIPRI '80), um auf der brasilianischen Waffen-Woge mitschwimmen zu können.
Wie kam es, daß ein Land, das vor zwanzig Jahren außer Handfeuerwaffen, Munition und Schulflugzeugen sämtliche Rüstungsgüter einführen mußte (FAZ), heute praktisch Selbstversorger und zudem noch einer der größten Exporteure ist?

Vom Selbstversorger zum Exporteur

Erst nachdem 1964 das Militär die Macht ergriffen hatte, beschlossen die Generäle, nun die Auslandsabhängigkeit auf dem Rüstungssektor zu beenden und leiteten den Aufbau einer nationalen Rüstungsindustrie ein (HB). Vom Militär gegründete technische Hochschulen lieferten qualifizierte Ingenieure (FAZ); ab 1968 begannen sie mit dem Nachbau von amerikanischen Rüstungsgütern (DC) und Anfang der siebziger Jahre wurde der Kauf von vier englischen Fregatten mit dem Kauf des entsprechenden know-how gekoppelt (DC). Als Brasilien 1977 das Militärhilfe-Abkommen mit den USA kündigte, war das Land bereits in der Lage, sich weitgehend selbst zu versorgen; heute ist das brasilianische Heer von Importen so gut wie unabhängig und die Luftwaffe wird zu über 60% aus der nationalen Produktion versorgt (HB).
Da sich die Produktionskosten mit vergrößerter Serie stark verringern, liegt es für jede nationale Rüstungsindustrie nahe, auch für den Auslandsmarkt zu produzieren. So findet sich Brasilien denn auch bereits 1972 in den SIPRI-Waffenexport-Listen. Seitdem steigt der Waffenexport kontinuierlich und rapide an. Das brasilianische Militär selbst nimmt der nationalen Rüstungsindustrie nur noch 10% ihrer Produktion ab. Während z.B. die Firma Engesa im Jahr rund 1.000 Panzer produziert, benötigt das brasilianische Heer von diesem Unternehmen nur 120 Stück (FAZ).
Selbst wenn die brasilianische Rüstungsindustrie ihren Anfang im Bedürfnis des Militärs nach Selbstversorgung hatte, ist ihr heutiges Exportvolumen doch kein Nebenprodukt; es wurde vielmehr ganz gezielt zur Devisenbeschaffung aufgebaut. Die Öllieferländer, von denen Brasilien aufgrund seiner Ölimporte besonders abhängig ist, gehören zugleich zu den finanzstärksten. Die OPEC-Länder gaben 1979 genauso viel für Rüstung aus, wie alle anderen Dritte-Welt-Länder zusammen (über 30 Mia. US-Dollar) (SIPRI '80, S. 19). Insgesamt werden heute 75% aller Kriegsmaterial-Exporte von den Ländern der Dritten Welt abgenommen (LMD). Diese waren zudem zu Waffenkäufen in Brasilien gerne bereit, weil sie die große Abhängigkeit auf diesem Gebiet von den Großmächten bzw. den Blöcken fürchteten. So „empfiehlt sich Brasilien immer deutlicher als ein Land der Dritten Welt, das seine Freunde dort mit Waffen versorgt." (FAZ)

„Pragmatismus" in der Außenpolitik

Brasilien hat in den letzten Jahren seine Beziehungen zur Dritten Welt, besonders zu den afrikanischen Staaten, nicht nur auf dem Rüstungssektor ausgebaut. Seine Politik erscheint dabei oft widersprüchlich. Es gibt aber einen „roten Faden", der darin besteht, sich mö
auf guten Fuß zu stellen – um mit allen Geschäfte machen zu können.
So nahmen im Juni 1981 brasilianische Truppen an Südat-



lantikmanövern zusammen mit Schiffen der deutschen Bundesmarine, Argentiniens und Südafrikas teil. Zu dieser Zeit erfolgte auch der Überfall der RSA auf Angola (Die Neue, 11.9.81), während das SIPRI-Jahrbuch für das gleiche Jahr brasilianische Waffenlieferungen an Angola vermeldet (Stuttgarter Zeitung, 27.5.82). Andererseits

hielt sich Brasilien aus Rücksicht auf seine afrikanischen Kunden an den UNO-Beschluß, der Waffenlieferungen an Südafrika untersagte (HB). Brasilien erkannte 1975 als erstes westliches Land die MPLA-Regierung Angolas an (HB). Seit Mitte 1977 waren Waffenlieferungen an das Somoza-Regime in Nicaragua verboten (DC).
– Und alles dies, obwohl die vom Militär beherrschte brasilianische Regierung nach innen einen äußerst konservativen Kurs verfolgt und von dem Wunsch, fortschrittliche Bewegungen in der Dritten Welt zu unterstützen, nicht die Rede sein kann. Vielmehr erkannte sie die Zeichen der Zeit und trug ihnen zum Nutzen der Position Brasiliens in der Dritten Welt Rechnung.
Wie die brasilianische Regierung das heikle, weil über Sympathie und Antipathie vieler wichtiger Regierungen entscheidende Verhältnis zu den Palästinensern anging, mag den typischen „Pragmatismus" dieser Politik (so die Regierung selbst) illustrieren:
„Nach dem Besuch des irakischen Vizepräsidenten Taha Muhieddin Maruf im Mai 1979 erkannte Brasilien die PLO als einzige legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes an, blieb aber taub gegenüber dem Wunsch, ein PLO-Büro in Brasilia zu eröffnen. Dennoch ist der Repräsentant der PLO in Brasilien, Farid Sawan, als erster Sekretär der Mission der Arabischen Liga in der Hauptstadt akreditiert." (LMD)
Neben den anderen, im folgenden behandelten Aspekten, war diese von Opportunismus geleitete Außenpolitik eine Grundvoraussetzung für den Erfolg des Waffengeschäftes mit der Dritten Welt.

Brasilien als Waffenverkäufer

Nach dem SIPRI-Jahrbuch von 1982 sind heute Angola, Kongo und Irak die Hauptabnehmer von brasilianischen Waffen (SZ, 27.5.82). Zu den wichtigsten Geschäftspartnern – nicht nur auf militärischem Gebiet – gehört der Irak; von dort kam bis zum irakisch-iranischen Krieg die Hälfte des brasilianischen Ölbedarfs von 500.000 Barrel/ Tag. Der Irak kaufte etwa 300 Cascavel-Radpanzer (NZZ, 10.1.81), weitere 800 sollen bestellt werden (dü). Ein weiteres Ölförderland, Libyen, kaufte wenigstens 200 amphibische Schützenpanzer vom Typ Urutu sowie 200 Cascavel (SIPRI '78), kämpfte mit ihnen nicht nur gegen die sowjetischen Panzer der Ägypter, sondern besetzte mit ihrer Hilfe auch den Tschad (SIPRI '81/M). Auch Abu Dhabi bestellte 200 Cascavel (SIPRI '80). China soll gar 2000 Radpanzer für insgesamt 600 Mio. US-$ bestellt haben (dü). Rund 30 Länder aus der Dritten Welt kaufen Radpanzer der Firma Engesa, die den Exporterfolg Cascavel entwickelte und baut (M). Die Exportorientierung reicht bis zur Größenordnung von Handfeuerwaffen hinab; so entwickelte die brasilianische Rüstungsindustrie „in Hinblick auf die Dritte Welt" eine Maschinenpistole als Konkurrenz zur überall verbreiteten israelischen Uzi, die „den Markt revolutionieren wird" (Newsweek, Nov. 81).
Auf dem Flugzeug-Sektor ist der „Verkaufsschlager" die Turboprop-Maschine Bandeirante, die es in militärischer und ziviler Version gibt und von der bisher mehr als 400 Stück gebaut wurden (M). Zusammen mit Argentinien ist der Bau von zwei neuen Flugzeug-Typen geplant, „um die Luftwaffen der Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens auszurüsten und zu modernisieren" (dü). Insgesamt werden rund 20 zivile und militärische Flugzeug-Typen gebaut (BZ). Die folgende Zusammenstellung aus den Tabellen des SIPRI-Jahrbuches 1981 mag die Waffengeschäfte Brasiliens illustrieren.

Um zu einer realistischen Einschätzung zu kommen, wird man die Zahlen höher ansetzen müssen, als angegeben, denn im Rüstungsgeschäft haben im allgemeinen weder die Lieferanten noch die Empfänger ein Interesse daran, genaue Informationen an die Öffentlichkeit dringen zu lassen.

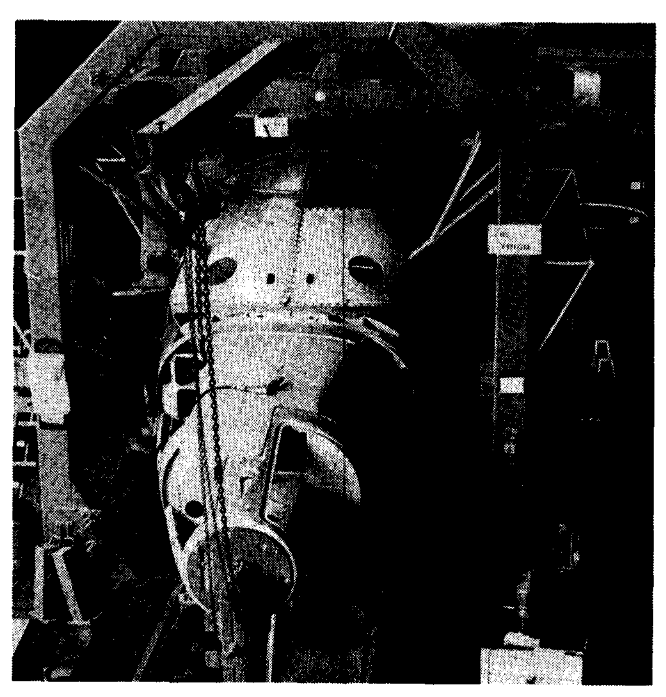


Bereits über 70 Xingu sind montiert worden

Empfängerland	Benennung	Beschreibung	Bestellung Anzahl	Bestellung Jahr	Lieferung Anzahl	Lieferung Jahr	Bemerkungen
Bolivien	T-25 Universal	Trainingsflugzeug	12	(1979)			Produktion soll wieder aufgenommen werden, wenn Vertrag unterzeichnet ist; bestellt für Aufstandsbekämpfung
Belgien	EMB-121 Xingu	Transportflugzeug	5	1980			Zweiter brasilianischer Vertrag mit industrialisiertem Empfängerland
Chile	EMB-326 Xavante	Trainingsflugzeug/ f. Aufstandsbekämpfung	6	(1978)			unbestätigt
	T-25 Universal	Trainingsflugzeug	20	(1979)			
	Anchova-Klasse	Küstenwachboot	10	1977	(10)		
Frankreich	EMB-121 Xingu	Transportflugzeug	35	1980			Bestellt im April; erstes industrialisiertes Empfängerland; F. erwartet als Gegenleistung Bestellung von 50 Mirage- u. 50 Puma-Hubschraubern
Irak	EE-11 Urutu	Schützenpanzer		(1979)	(50) (100)	1979 1980	Insgesamt verkauft: 2.000 EE-9, EE-11 u. EE-17; 10 EE-9/11/17 pro Monat ab Juli 1979 geliefert
	EE-17 Sucuri	Panzerjäger		1979	(150)	1980	
	EE-9 Cascavel	Panzerspähwagen		(1979)	(50) (100)	1979 1980	
Libyen	EE-11 Urutu	Schützenpanzer	(200)	1978	(100) (100)	(1979) 1980	Eingesetzt bei militärischer Operation 1980
Paraguay	EMB-110 Bandeirante	Transportflugzeug	10	1977			Bestellt vom Präsidenten
	EMB-326 Xavante	Trainingsflugzeug/ f. Aufstandsbekämpfung	9	1979			
	Uirapuru-122A	Trainingsflugzeug/ f. Aufstandsbekämpfung	(12)	1979			Zusätzlich zu 8 bereits gelieferten
Sudan	EMB-111 Bandeirante	Seeaufklärungsflugzeug	6	(1979)			Für Luftwaffe
Obervolta	EMB-110 Bandeirante	Transportflugzeug	1	(1980)			Angeblich bereits verkauft; unbestätigt
Uruguay	EMB-110 Bandeirante	Transportflugzeug	1	(1979)	1	1980	Damit insgesamt 6 Bandeirantes in der Luftwaffe Uruguays

Dies trifft besonders für das Lieferer-Land Brasilien zu, denn: „Offizielle brasilianische Stellen verringern aus Gründen des internationalen 'Image' und der nationalen Sicherheit systematisch die Waffenexportzahlen." (LMD) Eine nicht nur wirtschaftliche Wertung von Rüstungsexporten muß außerdem in Betracht ziehen, daß brasiliani-

sche Rüstungsgüter meist billiger sind als vergleichbare „Waren" aus Industrieländern – die Bedeutung des Landes als Rüstungsexporteur ist somit noch größer, als die vom Geldwert ausgehenden Exportzahlen aussagen.



Bau einer Xingu

„Angepaßte" Militärtechnologie für die Dritte Welt

Wie erwähnt, betrieben die Militärs den Aufbau einer Rüstungsindustrie zunächst hauptsächlich mit dem Ziel, das Land von Importen (d.h. auch politisch) unabhängiger zu machen und den durch Rüstungsimporte bedingten Abfluß von Devisen einzudämmen. Die Waffensysteme, die die Industrie für den Eigenbedarf des Landes entwickelte, konnten genau auf brasilianische militärische Bedürfnisse zugeschnitten werden. Die dabei zu berücksichtigenden Bedingungen sind auch die von vielen anderen Ländern der Dritten Welt:

– Militär in der Dritten Welt ist hauptsächlich mit Aufstandsbekämpfung, Guerilla-Bekämpfung und lokal beschränkten Grenzkriegen konfrontiert (LMD).
– Die Masse der Soldaten ist ohne größere Bildung und technische Qualifikation.
– Die Versorgungs- und Instandsetzungsmöglichkeiten sind stark eingeschränkt.
– Die investierbaren Geldmittel sind meist gering.

Daraus ergibt sich für die Ausrüstung, daß sie nicht für die Bedingungen des „totalen Krieges", eventuell sogar für den Einsatz von Kernwaffen ausgelegt sein muß, wie die Waffensysteme der Industrieländer. – Dementsprechend sind die brasilianischen Waffensysteme in erster Linie einfach, so daß die Soldaten sie schnell beherrschen lernen. Die Komponenten sind auch außerhalb des militärischen Bereiches verbreitet, was ihren Preis senkt, die Versorgung mit Ersatzteilen erleichtert und die Instandsetzung durch Personen ermöglicht, denen die Komponenten teilweise bereits aus dem zivilen Bereich bekannt sind. Die Reichweite der Fahrzeuge ist größer als bei denen „industrialisierter" Armeen, die mit einem umfangreichen Nachschubsystem operieren. Waffen für diesen Bedarf zu produzieren liegt außerdem für eine Rüstungsindustrie, die sich in den Anfängen befindet, nahe, denn einfache Konstruktionen mit bereits vorhandenen Komponenten sind leichter zu bewältigen.

Die Konkurrenz mit den traditionellen Rüstungs-Nationen war damit von vornherein eingeschränkt, da diese auf einen anders gelagerten Markt zielten. Die Überlegenheit der brasilianischen Rüstungsgüter auf dem Dritte-Welt-Markt wird von hier aus verständlich: Was nämlich die Industrienationen auf diesen Markt werfen ist meist Nebenprodukt einer Rüstungstechnik, die für ganz andere Verhältnisse entwickelt worden ist; die Brasilianer dagegen verkaufen an die Voraussetzungen der Dritten Welt angepaßte Militärtechnologie.
So bauen sie in ihre Radpanzer Mercedes-Motoren ein, die als Lastwagenmotoren auf der ganzen Welt verbreitet sind. Den meist aus Waffensystemen unterschiedlichster Herkunft zusammengesetzten Arsenalen der Dritten Welt trägt die Brasilianische Rüstungsindustrie Rechnung, indem sie vielfältig kombinierbare Waffen entwickelt, z.B. die Luft-Boden-Rakete SBAT, die ebenso von der sowjetischen MIG aus, wie auch von der französischen Mirage oder der amerikanischen F-5 Tiger verwendet werden kann (M). Teil der Rüstungsverkäufe sind immer auch ein guter Service und Ausbildungshilfen. Ein besonderes Unternehmen, Engevideo, stellt Ausbildungs-Filme in fünf Sprachen her (M). Und nicht zuletzt: Brasilianische Waffen sind billig. 400.000 - 500.000 US-Dollar für den Cascavel-Panzer werden als „Sonderangebot" eingestuft (BZ). Eine Rakete, die auf dem Markt 100.000 US-Dollar kostet, soll von Brasilien für die Hälfte geliefert werden (DC). Auch das Xavante-Flugzeug dürfte mit einem Preis von 1 Mio. US-Dollar (HB) billig sein.

Rüstungsunternehmen und ausländische Beteiligung

Der wichtigste brasilianische Rüstungsunternehmer ist der Staat. Die Rüstungsfirmen sind zu großen Teilen im Besitz des Luftwaffe-, Heeres- und Marine-Ministeriums, die Entwicklungskosten trägt z.T. der Staat, es gibt heimliche Subventionen und Vergünstigungen (FAZ), die nicht unwesentlich zum niedrigen Preis der Rüstungsgüter beitragen. Weitere Unterstützung erhält der Rüstungsexport vom Außenministerium, das sich eine besondere „Promotions"-Abteilung zur Förderung des Waffengeschäftes im Ausland angliederte (FAZ).



Wichtige Rüstungsunternehmen

– **Avibrás** – entwickelte und produziert für die zukünftige Raumfahrt, außerdem Raketen, Brandbomben und Panzer-Abwehr-Waffen (M); 5 000 Beschäftigte; Rüstungsprodukte: die der amerikanischen „Sidewinder" vergleichbare Rakete „Piranha" (FAZ), die Luft-Boden-Rakete SBAT, die an 10 Länder verkauft wird, Napalm-Bomben, 500-Pfund-Bomben u.a. (M)

– **Bernardini** – entwickelt, baut und verändert Kettenpanzer; Rüstungsprodukte: Panzer XIA-2 (Kanonen und XLF-40 (Raketenwerfer) (dü), geplant ist ein 40t-Panzer für 2 Mio. US-$ pro Stück für den Export, wobei deutsche Firmen auf Beteiligung hoffen (FAZ).

– **CBC** (Companhia Brasileira de Cartuchos) – entwickelt und produziert Handfeuerwaffen und Munition; bereits vor 1942 gegründet; Export (1981) für 8 Mio. US-$, Beginn des gezielten Exports 1973; Rüstungsprodukte: ca. 100 000 Gewehre im Jahr, 115 Mio. Patronen (1980/81), vor allem 7,62 mm – Munition für das Gewehr FAL, 5,56 mm Gewehrmunition, div. Spezialmunition, Munition für Oerlikon- und Boffors-Kanonen; bis 1979 im Besitz von Imperial Chemical und Remington, jetzt rein brasilianisch (Imbel u.a.); zahlt keinerlei Lizenzgebühren. (M)

– **Embraer** (Empresa Brasileira de Aeronautica) – entwickelt und baut Flugzeuge; gegründet 1969 (dü); 5 800 Beschäftigte (von 15 000 in der Luftfahrtindustrie ingesamt) (HB); sechstgrößter Flugzeugbauer der westlichen Welt (dü); Export für 100 Mio. US-$ (1981) (HB); Rüstungsprodukte: Xavante, Bandeirante, Xingu, Tucano, geplant: Überschalljäger AMX, Brasilia – ein Transportflugzeug für 30 Personen; Besitzanteile: Luftwaffe 51 %, Rest private Aktionäre, größter davon: VW do Brasil (dü), dagegen: 9 % Luftfahrtministerium, Rest bei 220 000 „Kleinaktionären" (HB); „marketing" zusammen mit Aer Macchi und Aeritalia, hat 27 Verkaufsgesellschaften im Ausland (M).

– **Engesa** (Engenheiros Especialisados) – entwickelt und baut leichte (Rad-)Panzer; 4 000 Beschäftigte (FAZ); wird bald der größte Panzerproduzent der westlichen Welt sein; 90 % der Produktion für den Export, 1979 und 1980 jeweils Verdoppelung der Exporte, 1981 Verdreifachung; Rüstungsprodukte: 50 Panzer/Monat für 200 Mio. US-$, Typen: Cascavel, Urutu, Jararaca, Sucuri, außerdem Kanonen und diverse Militärlastwagen (M), Bau von 1000 Schützenpanzern/Jahr möglich (FAZ); Aerospace-Textron (USA) will Lizenzen für die Panzer Cascavel und Urutu kaufen (dü); Tochterunternehmen: Engesco („trading"), Engepeq (Entwicklung, beschäftigt 100 Ingenieure), Exgex (baut die 90 mm-Kanone des Cascavel, Aufhängung und Transmission). (M)

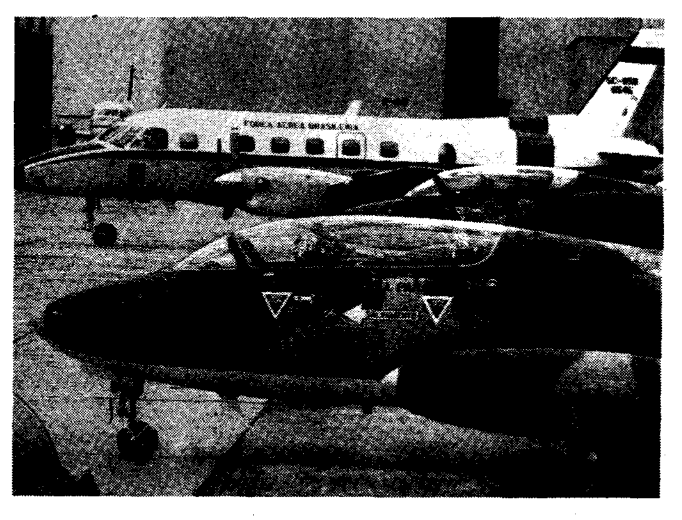
– **Hlibrás** (Helicópteros do Brasil) –entwickelt und baut Hubschrauber; gegründet 1978; 68 Beschäftigte in der Produktion; baut aus weitgehend importierten Komponenten die französischen Hubschrauber „Lama" und „Ecureuil" nach, 18 pro Jahr, ab 1985 auch ein rein militärisches Modell; Teilhaber: 18 % Bundesstaat Minas Gerais, 20 % Luftfahrtministerium, 16 % Marineministerium, 1 % Aerofoto Cruzeiro, 45 % die französische Firma Aerospatiale (die auch das know-how liefert); die Hälfte der Produktion ist für den Export vorgesehen. (NfA, 27.8.80)

– **Imbel** – entwickelt und produziert Handfeuerwaffen, Munition, Explosiv-Stoffe, Panzer-Abwehr-Raketen u.a. (FAZ); 1976 als Dachgesellschaft zur Koordination der Waffenproduktion vom Heeresministerium gegründet (HB); 6 000 Beschäftigte, 50 % der Produktion gehen in den Export, Wert: mehrere 100 Mio. US-$ (FAZ); Rüstungsprodukte: Gewehr FAL, 9mm-Maschinenpistole (Konkurrenz zur israelischen Uzi (Newsweek Nov. 1981)), Handgranaten (M); gehört dem Heeresministerium (M).

– **Schiffsbau** – über 100 000 Beschäftigte insgesamt (FAZ); nach Japan zweitgrößte Schiffsbau-Industrie (HB); Rüstungsprodukte: Patrouillenboote (an Chile und Kolumbien), angekündigt: Bau von 12 Korvetten, 3 U-Booten für je 130 Mio. US-$; Howaldtswerke/Deutsche Werft hofft auf Beteiligung (FAZ).

Trotz der Forcierung der Rüstungsproduktion versucht die einschlägige Industrie, ihre Produktion zu diversifizieren. So sollen nur 55 von 350 an der Rüstungsproduktion beteiligten Firmen ausschließlich Kriegsmaterial herstellen (HB); 80 % der Engesa-Produktion soll für den zivilen Sektor bestimmt sein (DC). Damit will man Schwankungen im Rüstungsgeschäft auffangen. Der Umfang der Rüstungsproduktion ist durch diese Verknüpfung von militärischem und zivilem Sektor aber noch schwerer einzuschätzen.

Wie beim Aufbau seiner Industrie überhaupt, kam Brasilien auch auf dem Rüstungssektor nicht ohne internationale Technologie und Kapital aus. Vor allem waren Firmen aus der BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und der Schweiz daran beteiligt (Die Welt, 13.12.80). Das Bestreben der Brasilianer war aber immer die Unabhängigkeit auf beiden Gebieten. Aus diesem Grund wurde die Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen stets auf der Basis von „joint ventures" geführt, was die Einflußnahme des ausländischen



Eine Xavante für die paraguayische Luftwaffe

Kapitals zumindest einschränkte. Bedingung der Brasilianer war auch, daß der Technologie-Transfer uneingeschränkt stattfinden mußte; auch der Kauf von ausländischen Waffensystemen wurde mit dieser Bedingung gekoppelt. Trotz der anscheinend konsequent verfolgten Tendenz, die Rüstungsindustrie zu „nationalisieren", ist die Beteiligung ausländischer Firmen auch heute noch bedeutend.
So ist VW do Brasil der größte private Anteilseigner von Embraer (dü/ Die Neue, Jun. 81). Eine brasilianische Krupp-Tochter, an der der Iran noch aus den Zeiten des Schah beteiligt ist, liefert Teile für Militärfahrzeuge, die der Irak kaufte, mit dem Ergebnis, daß iranische Soldaten mit Ausrüstungen bekämpft werden, an denen ihr eigenes Land Geld verdient (FAZ). Auch Mercedes, dessen Motoren in den Engesa-Panzern verwendet werden, verdient mit. Die 90mm-Kanone des Cascavel ist ein Modell der schweizer Firma Oerlikon (M). Zudem ist die Schweiz auch an der „Finanzierung nicht näher genannter Projekte" beteiligt (NZZ, 27.11.81). Seit 1975 wird die Panzer-Abwehr-Rakete „Cobra" in deutscher Lizenz nachgebaut (dü). Die schwedische Firma Saab-Scania entwickelte für Bernardini den Motor für den Panzer M-41B (DC). Die in Lizenz der italienischen Flugzeugfirma Aero Macchi gebaute Xavante war ein solcher Geschäftserfolg, daß Embraer, Aer Macchi und Aeritalia sich zusammentaten, um ab 1982 das Jagdflugzeug AMX für die italienische und die brasilianische Luftwaffe zu bauen, was eine Serie von mindestens 350 Stück garantiert (M). Darüber hinaus hat Embraer Kooperationsverträge mit den amerikanischen Firmen Northorp und Piper (dü). Aus den SIPRI-Listen zur Waffenproduktion geht hervor, daß mindestens bis 1977 sämtliche Motoren bzw. Triebwerke von brasilianischen Flugzeugen, Hubschraubern und Panzern Modelle US-amerikanischer, britischer, französischer, italienischer oder bundesdeutscher Firmen waren (SIPRI '78).



Die 400ste Bandeirante...

Auf dem Gebiet des Hubschrauber-Baus ist die ausländische Beteiligung noch besonders groß. Der Nationalisierungsgrad beträgt nur 4 % und soll bis 1987 auf 70 % gesteigert werden (NfA, 17.5.82).
Ebenfalls sehr große Abhängigkeit besteht auch im Bau von Kriegsschiffen. Die Zerstörer der Niteroi-Klasse werden in britischer Lizenz gebaut (SIPRI '78).
Mögliche Vorbilder für das geplante U-Boot waren der italienische Typ „Sauro", der französische „Agosta" und der deutsche Typ „Michael" (DC). 40 deutsche Firmen sollten an dem Projekt beteiligt werden (SZ, 3.7.81). Inzwischen ist die Entscheidung für das deutsche U-Boot IKL-209 gefallen (Spiegel).

Embrasid, ein Unternehmen, das dem brasilianischen Staat und dem US-Computer-Hersteller Honeywell gehört, soll die Produktion von elektronischen Ausrüstungen für militärische Zwecke aufnehmen (dü).
Die Gründe für das starke Engagement von ausländischen Unternehmen in der brasilianischen Rüstungswirtschaft sind offensichtlich: Die Beschränkungen, denen diese Unternehmen in den Herkunftsländern aufgrund von deren Blockzugehörigkeit, sonstigen politischen Interessen, Gesetzen oder kritischer Öffentlichkeit unterworfen sind, und die zu manchmal komplizierten Umgehungsmanövern zwingen, entfallen. Es vermeidet Aufsehen und Schwierigkeiten, wenn man nur Lizenzen verkauft, durch ausländische Tochterfirmen produzieren läßt oder sich nur als Inhaber von Anteilen am Geschäft beteiligt. Daher drängen „erfahrene internationale Firmen mit ihrem Wissen im Rüstungsgeschäft nach Brasilien (...), um sich von hier aus Zutritt zu den Märkten der lateinamerikanischen Nachbarn zu verschaffen, die von Europa aus allein wegen ihrer internationalen Ächtung als 'Rechtsdiktaturen' kaum zu beliefern sind." (FAZ)
Die Technologie, die die Brasilianer kaufen, ist außerdem nicht die allerneuste und komplizierteste, die sie im Rahmen ihres Konzeptes der an die Verhältnisse der Dritten Welt angepaßten Rüstungsproduktion gar nicht benötigen. Die Lizenz-Inhaber aus den Industrieländern vergeben sich also nichts; der Markt für ihre modernste Kriegstechnologie bleibt ihnen selbst – vorläufig – erhalten.
Die Tatsache, daß die Brasilianer eine echte Marktlücke füllen, ihr positives Image in der Dritten Welt, ihre moralische und politische Bedenkenlosigkeit, ihr Verkaufsgeschick und die finanzielle und diplomatische Unterstützung der brasilianischen Regierung garantieren zudem für lukrative und sichere Geschäfte.

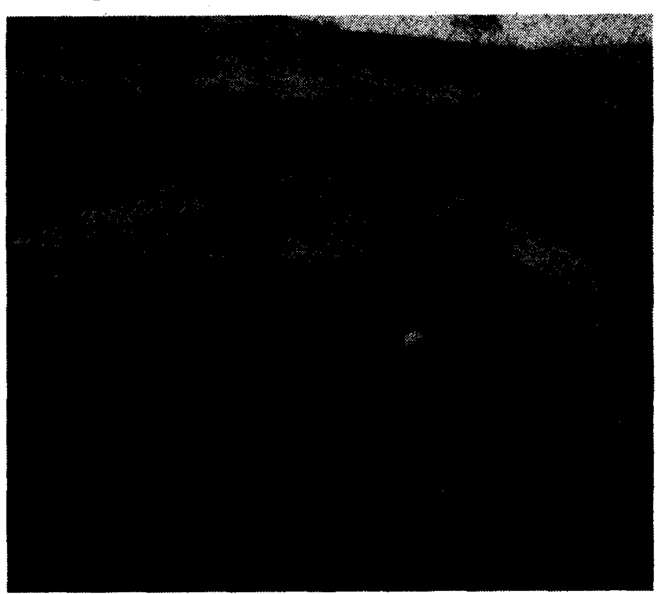
Politische und moralische Bedenkenlosigkeit

Trotz der ausländischen Beteiligung kann Brasilien nicht als bloßer Handlanger der internationalen Rüstungskonzerne bezeichnet werden, denn das Gesamtkonzept der Rüstungswirtschaft, das Konzept der eingesetzten Technologie, der Waffensysteme und des Verkaufsmanagements liegen in brasilianischen Händen. Voraussetzung dafür, daß europäische und nordamerikanische Rüstungsunternehmen mit Hilfe Brasiliens Geld verdienen können ist zudem, daß seine Regierung keinerlei Bedenken kennt, wenn es gilt, an Devisen zu kommen. So versucht eine brasilianische Zeitschrift den Sinn des Rüstungsexportes ganz einfach durch einen „Vergleich Gewicht/Dollar" einsichtig zu machen: „... ein Auto kostet auf dem internationalen Markt 4.000 US-$ pro Tonne; Eisenerz 8 US-$; ein Militärflugzeug 400 000 US-$ pro Tonne." (M) Magalhães da Silveira, Chef des Materialbeschaffungsamtes des Heeres, meint: „Brasilien braucht für seine Entwicklung dringend Devisen. Wir müssen alles was möglich ist exportieren. Warum kein Kriegsmaterial? Wir haben ein hohes Qualitätsbewußtsein gegenüber dem Produkt." (M) Im Zusammenhang mit den Rüstungsgeschäften ist die einzige Sorge, wie Brasilien als Lieferant von „guten" Waffen und als zuverlässiger Geschäftspartner anderer Regierungen zu etablieren sei. Libero Cerroti, Präsident des Munitionsherstellers CBC, formuliert dieses Selbstverständnis so: „Brasilien ist eines der vertrauenswürdigsten Länder im Verkauf von Kriegsmaterial, sowohl was den ethischen Aspekt, als auch was die Auslieferung und den Verkauf angeht, die nur direkt an Regierungen getätigt werden." (M) Diese einzige Einschränkung des Kundenkreises ist verständlich für ein Regime, das selbst jahrelang mit einer bewaffneten Opposition zu tun hatte und dürfte zudem bei

vielen Regierungen Sympathie erwecken, die sich in einer ähnlichen Lage befinden. Kritik an den Rüstungsgeschäften scheint es auch von Seiten der brasilianischen Oppositionspolitiker nicht zu geben. Bekannt wurde lediglich die Kritik der Bischofskonferenz. (SZ, 22.2.82)
In diesem Zusammenhang ist die wohlbegründete Annahme, daß Brasilien derzeit an der Entwicklung von Kernwaffen arbeitet und in wenigen Jahren über sie verfügen wird (FR, 13.7.82/Spiegel), um so bedenklicher. Selbst wenn Brasilien gegenwärtig außerhalb der Spannungsfelder liegt, die den Einsatz von solchen Waffen auslösen könnten, ist wahrscheinlich, daß die Regierung versuchen wird, auch aus dem Handel mit Kernwaffen Kapital zu schlagen. Daß auf diesem Gebiet ebenfalls keine Hemmungen bestehen, beweist die Lieferung von Uranoxid (aus dem man Plutonium für Kernwaffen herstellen kann) an den geschäftlich eng verbundenen Irak, der auf die Herstellung der Bombe zusteuerte, als im Juni 1981 die isaraelische Luftwaffe den irakischen Reaktor zerstörte (Spiegel). Auch hat Brasilien den internationalen Vertrag über die Nicht-Weitergabe von Kernwaffen nicht unterzeichnet, da es Sprengsätze für friedliche Zwecke entwickeln wolle (FT, 31.7.82). Diese militärischen Folgen des deutsch-brasilianischen Atomgeschäftes waren für die Verantwortlichen in der BRD sicherlich abzusehen. Außer Brasilien sollen auch sieben weitere Dritte-Welt-Länder in absehbarer Zeit in der Lage sein, Kernwaffen zu produzieren (Spiegel).

Brasiliens militärische Eigenständigkeit – eine Gefahr?

Daß westliche und östliche Nationen kühl kalkulierend das Geschäft mit dem Tod betreiben ist bekannt. Brasiliens Rüstungsgeschäfte stellen insofern nichts grundsätzlich Neues dar. Das Besondere an ihnen ist aber, daß es die weitgehend eigenständig initiierten und durchgeführten Geschäfte eines Dritte-Welt-Landes sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit zu einigen grundsätzlichen Überlegungen.
Bei der fortschreitenden Natioanlisierung des Rüstungssektors (100 % sind – vermutlich illusorischerweise – bis Ende der 80er Jahre angestrebt (DC)), bei der fortschreitenden Loslösung von ausländischer Technologie und der erfolgreichen Weiterentwicklung des eigenen know-how zeichnet sich ab, daß Brasilien auf dem Rüstungssektor in ein oder zwei Jahrzehnten kein abhängiges „Unterzentrum" mehr sein wird, auch wenn gesamtwirtschaftlich eine Lösung aus der sich in wachsenden Auslandsschulden ausdrückenden Abhängigkeit nicht sichbar ist.



Jararaca – ein Panzerspähwagen

Besonders bedeutsam ist, daß der Weg, den know-how bzw. Fertigprodukte üblicherweise nehmen (aus einem Industrieland in ein Dritte-Welt-Land), sich bereits umgekehrt hat, so im Falle von 35 Xingu-Transportflugzeugen, die Frankreich als erster Industrieland-Kunde 1980 kaufte (SIPRI '81), oder im Falle des US-Rüstungsproduzenten Aerospace-Textron, der sich – vielleicht ebenfalls zu Export-Zwecken – um brasilianische Lizenzen für den Bau der Panzer Urutu EE-11 und Cascavel EE-9 bemüht (dü). Es ließen sich noch weitere Beispiele anführen.
Es ist kein Zufall, daß das „Schwellenland" Brasilien gerade auf dem Rüstungssektor die Industrieländer einholt. Der in diesem Land herrschende uneingeschränkte Glaube an eine durch moderne Technologie und schnelle Industrialisierung machbare Zukunft hat auch einen technokratischen und unreflektierten Stolz auf die hohe Qualität seiner modernen Rüstungsprodukte zur Folge. Das Bewußtsein eines erfolgreichen Wettbewerbs mit den Industrieländern überlagert mögliche Bedenken. Andere Beispiele wären die wirtschaftlich sinnlosen (wenn auch eventuell militärisch „sinnvollen") Kernkraftwerke, oder der weltgrößte, aber wirtschaftlich zweifelhafte Itaipu-Staudamm.
Da die Opfer des weitgehenden Ausverkaufs der Volkswirtschaft an die internationalen Kapitalgeber und der rücksichtslosen Industrialisierung im eigenen Land nicht gezählt werden, sind Bedenken, die die Opfer der Rüstungsgeschäfte im Ausland betreffen, erst recht unverständlich.
Die weitgehende Neutralität als wichtigem Dritte-Welt-Land ermöglicht einen pragmatischen Nationalismus, wie ihn sich sogar die Großmächte nicht mehr leisten können. Er verzichtet auf Selbst-Demonstration nach außen, was ihn schwer durchschaubar und unangreifbar macht.
Das Zusammentreffen dieser Faktoren – selbständige Beherrschung von Militärtechnologie, uneingeschränkter Glaube an die Möglichkeiten einer Industriegesellschaft, aufgrund von ungemilderter Klassengesellschaft fehlendes mitmenschliches Verantwortungsbewußtsein nach innen und nach außen, pragmatischer Nationalismus und außenpolitische Bindungslosigkeit – ist auch in anderen Dritte-Welt-Ländern angelegt und muß deshalb in entwicklungstheoretischen Überlegungen in Zukunft stärker berücksichtigt werden. Angesichts der die Industrienationen einholenden brasilianischen Rüstungsindustrie und -geschäfte von einer generellen Tendenzwende zu sprechen, wäre übertrieben; doch scheint sie sich zumindest auf dem Rüstungssektor anzubahnen. Eine Gleichheit oder Überlegenheit von Dritte-Welt-Ländern gegenüber den Industrieländern auf militärischem Gebiet, verbunden mit den oben aufgezählten Faktoren, könnte – wer die Machtmittel hat, hat auch die Macht – tatsächlich das Gesicht der Welt in einer Weise verändern, wie sie wenig wünschenswert ist.

Quellen:

BZ – Badische Zeitung, 13.3.82
DC – Diario de Caracas, 8.11.79
dü – Der Überblick, 1/1981
FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.11.81
FT – Financial Times, 31.7.81
HB – Handelsblatt, 13.7.82
LM – Le Monde Diplomatique, April 1982
LMH – Lutherische Monatshefte, Februar 1981
M – Manchete (Rio), 26.12.81
NfA – Nachrichten für Außenhandel, 27.8.80 u. 17.5.82
NZZ – Neue Züricher Zeitung, 10.1.81 u. 27.11.81
SIPRI – Stockholm International Peace Research Institute: Armaments and Disarmament. Yearbook (div. Jahre)
Spiegel – Der Spiegel 33/1982

Horst Hüncker

Internationalismus

Die Solidaritätsbewegung mit El Salvador in den Vereinigten Staaten.

Interview mit Bill Zimmermann

Bill Zimmermann ist Präsident der Weltfront der Solidarität mit dem Salvadorianischen Volk (s. Kasten), er besuchte Anfang Juni einige europäische Länder. Dabei entstand ein Interview, von dem wir Auszüge abdrucken.

So sieht also die El-Salvador-Solidarität in den USA aus. Einige der beschriebenen Vorgehensweisen (daß z.B. Adressen für Solidaritätsspenden per Computer ausgewählt werden und bewußt Methoden der Werbung angewandt werden) werden zumindest fremd erscheinen, wenn nicht gar die Einschätzung „typisch amerikanisch" bestätigen, und damit das Urteil eines mangelhaften politischen Bewußtseins in den USA. Was hier über die amerikanische Solidaritätsbewegung gesagt wird, sollte nicht einfach solcherart von der Hand gewiesen werden. Zum Beispiel ist ein Vorteil der kritisierten amerikanischen Verhältnisse, daß „Etablierte" durchaus für politische Fragen zu aktivieren sind, daß sie Zivilcourage zeigen. Das ist bei uns doch sehr selten. Die — schockierenden? — Strategien und Technologien der Solidarität zeigen, daß manche Linke dort die „Errungenschaften", vielleicht auch das ganze System nicht so radikal in Frage stellen, wie europäische Linke. Eine Analyse der Gründe würde hier zu weit führen.

Sprechen wir den Amerikanern ihre eigene politische Kultur zu und setzen wir uns mit ihr in der konkreten Frage auseinander. Das Interview zeigt, daß in den USA doch nicht die Friedhofsruhe herrscht, die dort oft gesehen wird, wenn man von hier aus hinüberschaut. Die europäische Presse schreibt ja auch sehr wenig zu politischen Bewegungen in den USA, es sei denn, sie haben eine sehr breite Wirkung wie die Friedensbewegung Ende 81 und die Anti-Interventionsbewegung in diesem Jahr.

Die Strategien der El-Salvador-Bewegung in den USA können als Beiträge zu einer Diskussion um Solidaritätsarbeit einige Aspekte abgeben. Wie aus dem Interview hervorgeht, basieren sie auf einer sehr genauen Analyse der Standpunkte verschiedener gesellschaftlichen Gruppen in der betreffenden Frage. Sie begrenzen die in der Informationsarbeit dargestellten Zusammenhänge eng auf das Problem. Und sie scheuen nicht eine Zusammenarbeit mit Gruppen, mit denen Das gemeinsame Interesse nur ganz kurzfristig bestehen kann. Das gilt im übrigen auch für andere Kampagnen in den USA, wie etwa zu Nestlé. Eine „technokratische", eine „reformistische" Herangehensweise? Für die Revolution in El Salvador war sie sicher von großer Bedeutung, da sie eine Intervention der USA verhindern half. Einflußnahme auf außenpolitische Entscheidungen einer Regierung werden umso notwendiger, je größer das Machtpotential des Landes ist. Eine solche Einflußnahme wird aus der Solidaritätsarbeit der Linken in der BRD ausgeklammert. Bei uns ist es verpönt, auf dem parlamentarischen Parkett zu agitieren. Und doch ist auch die Bundesregierung in Unterdrückung verwickelt (z. B. Türkei), wenn auch nicht so offen wie die Reagan-Administration in El Salvador.

F.: *Kannst Du uns erklären, wie sich die El Salvador-Solidaritätsbewegung in den USA entwickelt hat – dies auch in Beziehung zur allgemeinen, breiteren Oppositionsbewegung in den USA?*

B.Z.: Die Bewegung gegen die Intervention in El Salvador entstand in den USA aus mehreren Quellen gleichzeitig: Zum einen aus der organisierten politischen Opposition, zum anderen aus der Solidaritätsarbeit für andere lateinamerikanische Länder, insbesondere Chile und Nicaragua, und schließlich aus der großen Anzahl von politisch Aktiven, die während des Krieges in Vietnam politisch gearbeitet hatten. Es gibt Ähnlichkeiten zwischen der Situation in Vietnam damals und der in El Salvador und deshalb wird die Frage, was in den USA selbst gegen die Intervention zu tun ist, ebenfalls in ähnlicher Weise angegangen. All diese Kräfte begannen zu arbeiten, begannen sich Ende 1980 zusammenzuschließen. Heute wird die meiste Solidaritätsarbeit auf breiter Ebene von einer Organisation namens CISPES (Committee in Solidarity with the People of El Salvador) gemacht. Gegenwärtig gibt es etwa 300 CISPES-Gruppen in den USA. Nicht alle diese Gruppen sind gleich stark. Vielleicht 100 von ihnen sind sehr stark, treffen sich regelmäßig und entwickeln Aktionen zur Solidarität und gegen die Intervention. Die anderen 200 sind da, wenn wir sie brauchen, aber bestehen nicht unbedingt dauernd. CISPES macht nur Solidaritätsarbeit, während viele Aktivitäten der Gruppen angemessener als anti-interventionistisch zu bezeichnen sind. In den USA ist die Solidaritätsarbeit zu El Salvador vielleicht anders als in anderen Ländern, denn wir haben zwei Hauptrichtungen in den USA: die eine ist die Solidarität mit El Salvador, in der Leute engagiert sind, die die Revolution in El Salvador unterstützen, und die andere ist die Anti-Intervention, die sich nur um die Einmischung der USA in El Salvador kümmert und nicht notwendigerweise die FMLN und die FDR in



CON EL PUEBLO

SALVADOREÑO

Hacienda de Corlome 51,
Col. Floresta-Coyoacán.
C.P. 14310,
Tel. 594 26 13. México, D.F.

El Salvador unterstützt. Natürlich sind unterschiedliche Wählerschaften, unterschiedliche Gruppen von Leuten in diesen Tendenzen engagiert. Die Solidaritätsarbeit wird hauptsächlich von der Linken gemacht, von Leuten, die einige politische Erfahrungen haben. Im Hinblick auf die weltweite Situation und auf die Situation in El Salvador ist dies nicht notwendigerweise die wichtigste Arbeit. In den USA, denke ich, ist die Arbeit gegen die Intervention die wichtigste. Wir werden wahrscheinlich keine so große Solidarität entwickeln können wie z.B. die Leute in Westdeutschland, die eine Menge Geld zusammengebracht haben, die im allgemeinen ein entwickelteres Bewußtsein haben, das es ihnen erlaubt, im Gang befindliche Revolutionen in Mittelamerika zu unterstützen. Die strategische Rolle der Bewegung in den USA liegt nicht so sehr in der finanziellen Unterstützung und der materiellen, sondern eher darin, die Intervention der US-Regierung in El Salvador zu stoppen. Deshalb schenken wir der Entwicklung der Diskussion über El Salvador unter Liberalen und in humanitären Organisationen, in religiösen Organisationen, unter Kongreßmitgliedern große Aufmerksamkeit – in Organisationen, die sich nie auf die Seite der FMLN/FDR stellen werden, die aber gegen die US-Intervention sind. Wenn wir also die Arbeit gegen die Intervention betrachten, sehen wir ein sehr breites Spektrum von Engagement. Es gibt viele Veteranen-, Kirchen-, humanitäre Organisationen, die gegen die Intervention in El Salvador opponieren; die meisten, weil sie spüren, wie sich eine Situation wie damals in Vietnam entwickelt. Wie ihr wißt, war der Vietnam-Krieg eine sehr dramatische Erfahrung für das Volk in den USA – in allen sozialen Schichten – sowohl was die Menschenleben betrifft, die wir in Vietnam verloren, als auch die Veränderungen der Wirtschaft der USA. Es gab in den letzten Jahren sehr dramatische wirtschaftliche Veränderungen und viele Leute schreiben den Niedergang der US-Wirtschaft der Einmischung in Vietnam zu.

Deshalb gibt es eine Abneigung, in eine ähnliche Situation verstrickt zu werden. Dies wiederum spiegelt sich im Kongreß wider, der für uns der schwächste Punkt in der Strategie des US-Imperialismus ist. Der Präsident muß – egal was er in El Salvador machen will – vor den Kongreß gehen, um den Haushalt genehmigt zu bekommen. Egal wie aggressiv Reagan und Haig in Mittelamerika sein wollen, ihre Hände werden gebunden sein, wenn der Kongreß den Preis dafür nicht bezahlen will. Der Kongress war auch in den letzten Jahren des Vietnamkrieges der wichtigste Ort gewesen, weil er die Unterstützung an die Saigoner Regierung kontrollier-

Weltfront der Solidarität mit dem salvadorianischen Volk

Vom 26. bis 28. März fand auf Initiative des „Mexikanischen Solidaritätskomitees mit dem salvadorianischen Volk" (CMSPS) und der FDR/FMLN in Mexiko-Stadt das „Internationale Forum der Solidarität mit dem salvadorianischen Volk" statt. Breiter als ein vorangegangenes internationales Treffen, bezweckte dieses Forum, an dem 81 ausländische und 102 mexikanische Delegationen teilnahmen, vor allem die Gründung einer „Weltfront der Solidarität mit dem salvadorianischen Volk."
Die dann tatsächlich gegründete „Weltfront" hat sich folgende Ziele gesteckt:

– Kampf für die Respektierung des Selbstbestimmungsrechtes des salvadorianischen Volkes und für die Einhaltung der Menschen- und sozialen Rechte in El Salvador.
– Stop der Intervention der USA und ihrer Verbündeten in El Salvador.
– Entfaltung aller Formen der Solidarität, die notwendig sind, um den Kampf des salvadorianischen Volkes zu unterstützen.
– Vertretung der politischen Vorschläge der FDR-FMLN auf internationaler Ebene.
– Möglichst breite Einbeziehung aller Bevölkerungsschichten in die militante Solidarität mit dem salvadorianischen Volk.
– Aufrechterhaltung des permanenten Charakters der Weltfront während der Entwicklung des nationalen Befreiungsprozesses durch die Umsetzung konkreter Aktionspläne in den jeweiligen Phasen.
– Ausweitung der Soliaritätsaktionen auf den mittelamerikanischen Raum.

Auf Vorschlag der anwesenden FDR/FMLN-Vertretung wählte das Forum 18 Mitglieder für ein „Permanentes Büro" der „Weltfront", das zwischen den jährlich geplanten Plenen die Ziele der „Weltfront" verfolgt, nationale und regionale Koordinationen anregt, weltweite Aktionen vorschlägt, Informationen verbreitet.
Das „Permanente Büro" setzt sich zusammen aus Vertreter(inne)n von 3 US-amerikanischen-, 8 lateinamerikanischen-, 5 europäischen Organisationen sowie je einem Vertreter der PLO und des Weltgewerkschaftsbundes.
Zum Präsidenten der Weltfront wurde Bill Zimmerman von der US-amerikanischen Solidaritätsorganisation „Medical Aid for El Salvador" gewählt. (Im Auftrag des „permanenten Büros" besuchte Bill Anfang Juni Frankreich, die Niederlande und die BRD. Bei dieser Gelegenheit entstand das hier abgedruckte Intervierw.)
In Mexico-Stadt wurde inzwischen eine Koordinationsstelle der Weltfront eingerichtet, die auch eine Zeitschrift herausgibt: Frente Mundial de Solidaridad con el pueblo salvadoreno Hacienda Carlome 51 Col. Floresta-Coyoacan, C.P. 141110 Mexico D. F.
Das Bundestreffen der Salvador-Komitees beschloß am 26. Juni 1982 Mitglied der „Wetlfront" zu werden, sprach sich aber gegen die Entsendung eines/einer ständigen Vertreters/Vertreterin aus der BRD in das „Permanente Büro" aus.
Auf seiner letzten Sitzung an Pfingsten schlug das „Permanente Büro" den 15. Oktober 1982 als Datum für weltweite Demonstrationen gegen die US-Intervention vor.

te. Wir meinen, daß heute dasselbe für El Salvador gilt. Wir sind strategisch schwach. Eine der Regeln des Guerilla-Krieges besagt: wenn du schwach bist, konzentriere deine Kräfte auf den schwächsten Punkt des Feindes. Und wir meinen, der schwächste Punkt ist der Kongreß. Deshalb versuchen wir alle Organisationen, die gegen die Intervention sind, die Gewerkschaften, die kirchlichen, die humanitären Organisationen dazu zu bringen, ihre Anstrengungen auf den Kongreß zu konzentrieren und die Kongreßabgeordneten zu überzeugen, gegen die US-Hilfe für El Salvador zu stimmen. Man muß daran erinnern, daß in den USA das Repräsentanten-Haus, das Unterhaus, alle zwei Jahre neu gewählt wird, und daß jedes Mitglied sich alle zwei Jahre zur Wiederwahl stellen muß. Dies gilt für kein anderes öffentliches Amt in den USA (...).

Gegenwärtig gibt es bezüglich der El-Salvador-Frage viele Differenzen im Kongreß, die allgemeine Bilanz lautet: 1/3 ist gegen eine weitere US-Hilfe für El Salvador, ein Drittel dafür, ein Drittel – in der Mitte – schwankt. (...).

Wir versuchen, die Leute in der Mitte zu überzeugen. Es gibt viele Gründe, weshalb Kongreßabgeordnete gegen die US-Intervention in Mittelamerika stimmen und diese sind nicht notwendigerweise unsere Gründe. Einige der Kongreßabgeordneten befürchten nur Unruhen in den USA selbst, ähnlich denen, die es während des Vietnamkrieges gab, und sie meinen El Salvador ist nicht den Preis wert, der zu bezahlen wäre, wenn diese Unruhen entstehen. Andere meinen, El Salvador habe keine wirtschaftliche Bedeutung für die USA und tatsächlich sind nur sehr wenige US-Konzerne und eine sehr kleine Investitionssumme in El Salvador und El Salvador ist zudem ein sehr kleines Land. El Salvador hat politische Bedeutung, weil es nahe am Panamakanal liegt und wenn die Revolution in El Salvador Erfolg hat, wird das die Revolution in Guatemala und Honduras ermutigen, und diese Länder sind viel wichtiger für die USA.

Andere Kongreßabgeordnete haben wiederum das Gefühl, El Salvador sei schon verloren, die Faschisten sind an der Macht und in der Regierung und es lohne sich nicht dafür zu kämpfen; sie denken, laßt uns die Linie um Guatemala ziehen und nicht um El Salvador. So hat jeder seine eigenen Gründe für seine Opposition.

Einige der Gründe sind gut, andere nicht so gut. Aber wir denken nicht, daß unsere Arbeit darin bestehen sollte, die Kongreß-Mitglieder zu erziehen oder unter ihnen eine Solidaritäts-Bewegung aufzubauen, sie sollte vielmehr darin bestehen, die US-Hilfe zu stoppen und dann können die Salvadorianer den Krieg selbst gewinnen.

Das ist in etwa das Bild der Bewegung in den USA. Sie wächst sehr schnell. Die öffentliche Meinung ist auf unserer Seite, überwältigend auf unserer Seite. Bei einer Gallup-Umfrage wurde gefragt: sind Sie für oder gegen den Einsatz von US-Truppen in El Salvador. 89 % der Befragten waren gegen einen solchen Einsatz. Das bedeutet, daß jeder Präsident, der US-Truppen nach El Salvador schickt, die nächsten Wahlen nicht gewinnen wird. (...)

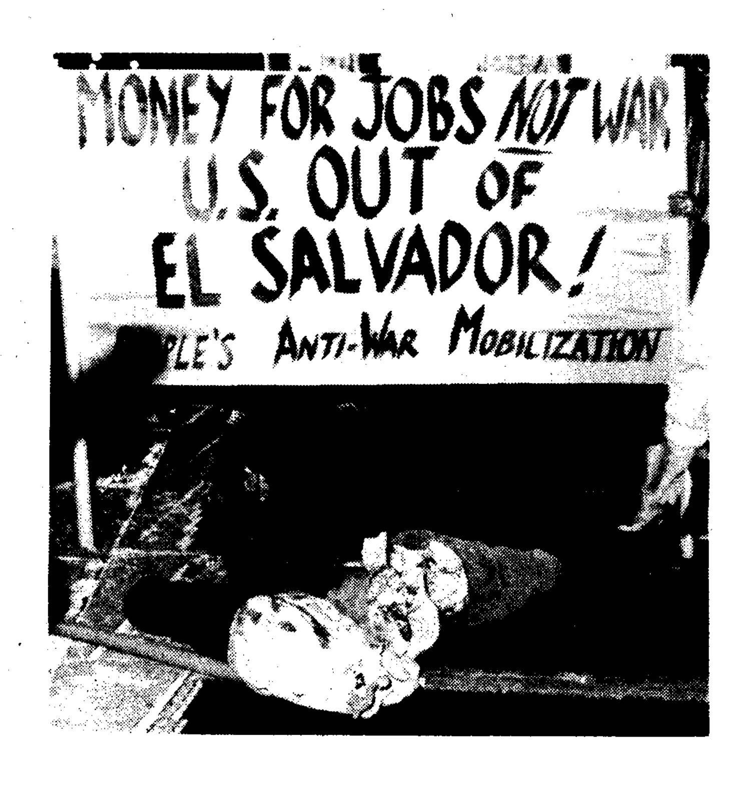
Eine andere Gallup-Frage lautete: Sind Sie für oder gegen jegliche Art von US-Einmischung in El Salvador, sei es durch Entsendung von Militärberatern, durch Militär- oder Wirtschaftshilfe. 54 % der Befragten sprachen sich gegen jede Art von Einmischung aus. Das ist anders als zu Beginn des Vietnam-Krieges, als sich die überwältigende Mehrheit der Leute für ein Eingreifen der USA aussprach. Heute ist die überwältigende Mehrheit gegen die US-Einmischung in El Salvador. Wir meinen deshalb, strategisch in der Lage zu sein, den Spielraum von Reagan und Haig in Bezug auf El Salvador einzugrenzen.

Wenn die FMLN ihre militärische Kapazität vergrößern kann und wir die militärische Hilfe aus den USA niedrighalten können, wird das Kräfteverhältnis schließlich zu Gunsten der FMLN ausschlagen.

F.: *Das ist sehr verschieden von anderen Ländern. Zumindest hier in der Bundesrepublik arbeiten wir nicht oder kaum mit Abgeordneten. Du sagtest, daß ihr eure Anstrengungen auf dieses Drittel der Kongreßabgeordneten konzentriert. Kannst Du etwas ausführlicher erklären, welche Taktik ihr dabei anwendet.*

B.Z.: Es gibt in Washington zwei linke Organisationen, das „Washington Office on Latin America" und die „Campaign for a New Military and Foreign Policy". Diese beiden Organisationen machen vielerlei in Richtung Kongreß. Zuerst verfolgen sie die politische Biografie, den Werdegang eines jeden Kongreßabgeordneten, um zu wissen, welcher Gruppe er zuzuzählen ist: dagegen, dafür oder in der Mitte. Dann knüpfen sie in den Wahlkreisen derjenigen Kongreßabgeordneten, die der mittleren Position zugerechnet werden, Kontakte zu den Organisationen der Kirchen, der Beamten und der Wirtschaft, je nach dem, was möglich ist. Die Organisationen in Washington fordern dazu auf, diesen Abgeordneten die Meinung mitzuteilen, ihnen Briefe zu schreiben und sie zu besuchen, wenn sie an den Wochenenden in ihre Wahldistrikte kommen — nicht einzeln, sondern in Gruppen.

Zweitens entwickeln diese beiden Organisationen in Washington Beziehungen mit den Beratergruppen dieser Kongreßabgeordneten, die für die Beratung in außenpolitischen Fragen verantwortlich sind. Sie machen für diese Leute Seminare über El Salvador, sie geben ihnen Literatur, sie organisieren Treffen und Konferenzen, bei denen alle Berater zusammenkommen und eine Strategie für das Vorgehen im Kongreß planen. Sie beschließen z.B., eine Gesetzesvorlage zu entwerfen und sie von einem oder mehreren Kongreßabgeordneten einbringen zu lassen, denn die Gesetzesvorlagen werden von den Beratern geschrieben und nicht von den Kongreßabgeordneten selbst. Es wird also viel getan, um die Beratergruppen zu bilden und zu organisieren, damit sie strategisch denken können und Informationen über die andere Seite haben. Auf diese Art und Weise kommt die Information in den Kongreß,

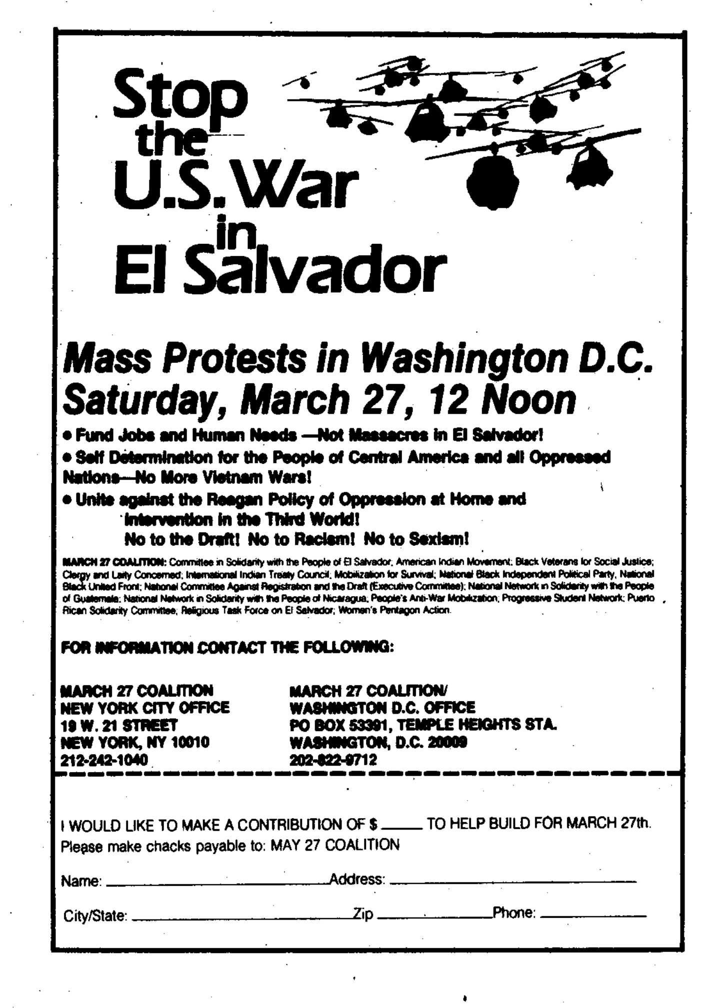


nicht notwendigerweise über die Massenmedien. Die New York Times, die Washington Post drucken vielleicht nur eine Seite der Information, aber die andere können wir vielleicht über diese Arbeit in den Kongreß bekommen. Die Literatur, die den Beratern gegeben wird, wird von den Organisationen erarbeitet. Sie haben Verbindungen mit Forschungseinrichtungen wie z.B. dem „North American Congress on Latin America", die die Entwicklung in El Salvador und in anderen mittelamerikanischen Ländern aus der Nähe verfolgen. Das sind die Taktiken, die benutzt werden.

F.: *Was für Methoden wendet ihr bei der Massenarbeit an?*

B.Z.: Die Komitees machen Demonstrationen. Manchmal werden diese Demonstrationen landesweit koordiniert. Im März 1981 gab es gleichzeitig in 15 – 20 Städten der USA Demonstrationen; im März 1982 gab es eine zentrale Demonstration in Washington mit 50 000 Teilnehmern. Wir werden Demonstrationen im Oktober haben. Die „Weltfront der Solidarität mit dem salvadorianischen Volk" plant für den 15. Oktober einen Tag des weltweiten Protestes gegen die US-Intervention in El Salvador. An diesem Tag soll es Demonstrationen vor den US-Botschaften auf der ganzen Welt geben. Hoffentlich wird es auch hier in Deutschland eine solche Demonstration geben. Am Tag darauf, am 16. Oktober, soll es eine Demonstration in den USA geben, in New York oder Washington. Wir werden versuchen, 100 000 Menschen dafür zu mobilisieren. Demonstrationen sind also eine Art, Massenarbeit zu organisieren.

Andere sind Anzeigenkampagnen in Zeitungen, vor allem während kritischer Momente in El Salvador, damit die Öffentlichkeit andere Informationen als die in den Nachrichten bekommen kann. Wir haben jetzt auch drei Filme, die über El Salvador gemacht wurden: einer ist besonders wirkungsvoll, nämlich „El Salvador – ein anderes Vietnam?". Der wurde, glaube ich oft in Europa gezeigt; er wird auch überall in den USA gezeigt, viele Kopien sind im Umlauf. Dann gibt es Redner, die regelmäßig auftreten, vor allem an den Universitäten, um das El Salvador-Problem zu diskutieren. Wir haben auch eine Reihe von Film- und Fernsehschauspieler(innen) für die Solidaritätsarbeit für El Salvador gewonnen. Und wir haben eine Organisation namens „Medical Aid for El Salvador" eingerichtet, mit ihrem Aufbau habe ich vor einem Jahr begonnen. Es ist eine Organisation nach dem Muster einer anderen namens „Medical Aid for Indochina", die während des Vietnamkrieges arbeitete. „Medical Aid for El Salvador" sammelt Spenden in den USA, im wesentlichen auf einer humanitären Linie. Dieses Geld wird für die Volkskliniken der FMLN zur Verfügung gestellt. Wir haben versucht, in dieser Arbeit Leute zu engagieren, die unmittelbar rechts neben jenen einzuordnen wären, die in CISPES direkt arbeiten, d.h. Leute, die nicht zu Demonstrationen gehen wollen, die sich bei militanten Aktionen nicht wohlfühlen, in erster Linie weil sie der amerikanischen middle-class angehören, oder politisch noch nicht so weit sind , die aber gleichwohl zur US-Außenpolitik in El Salvador Stellung beziehen wollen. Diese Leute kann man auf der Grundlage der humanitären Sorge um die Kriegsopfer ansprechen.
Wir sammeln Spenden auf zweierlei Art und Weise. Auf der einen Seite über Massenarbeit, d.h. wir lassen Sammelbüchsen rumgehen bei Filmvorführungen oder Leute laden alle ihre Feunde zu sich nach Hause ein, wir schicken einen Redner und bitten um Spenden. Andererseits – und das ist die wirkungsvollse Methode – sammeln wir Geld mit „computergesteuertem direkten Post-Spendensammeln"



(computerized direct mail fund-rising). Ich weiß nicht, ob ihr hier in Deutschland diese Methode kennt, es ist ein sehr ausgeklügeltes System von Computern und Adressenlisten. In den USA gibt es viele Adressenlisten von Leuten, die Zeitschriften abonniert haben, die politischen Parteien gespendet haben, einzelnen ihrer Kandidaten. Leuten, die Mitglieder von Vereinen und Organisationen sind. All diese Listen sind heutzutage computergespeichert, also man drückt einen Computerknopf und bekommt Adressenlisten ausgedruckt. Wir nehmen – und das machen heute viele politische Organisationen – eine Reihe von Listen, die linke oder liberale politische Meinungen repräsentieren, z.B. dieAbonnent(inn)envon „Mother Jones' Magazine", die Leute, die für Senator Kennedys politische Kampagne gespendet haben oder die Leute, die zu einer der Vietnam-Solidaritäts-Organisationen gehörten. Wir lassen uns vom Computer eine Zufalls-Stichprobe, eine sehr kleine Zufalls-Stichprobe, ca. 1000 Namen, von jeder dieser Listen machen. Diesen Leuten schicken wir dann einen Spendenaufruf für „Medical Aid for El Salvador". Zusammen mit dem Aufruf schicken wir in einem Fensterumschlag eine Karte, auf der die Adresse steht. Wer eine Spende macht, muß auch diese Karte zurückschicken. Neben der Adresse auf dieser Karte ist ein kleiner Code, der die Liste angibt, aus der die Adresse kommt. Wenn die Karten zurückkommen, können wir feststellen, wieviel Spenden jede dieser Listen eingebracht hat. So haben wir herausgefunden, daß die durchschnittliche Spende 18 Dollar beträgt. Wenn wir 1,5 % Rücklauf haben mit durchschnittlich 18 Dollar pro Spende, deckt das Spendenaufkommen die gesamten Kosten (Listen, Druckkosten, Postgebühren usw.). Wenn wir also einen Rücklauf von 3 % haben, haben wir unser Geld verdoppelt.

Wenn wir alle Listen durchgetestet haben, schmeißen wir die Listen, die weniger als 1,5 % Rücklauf brachten, weg. Dann lassen wir uns vom Computer die restlichen Namen aus jenen Listen geben, die mehr als 1,5 % Rücklauf erbrachten. Wir hatten ja zuvor nur eine Zufalls-Stichprobe genommen. Wenn es wirklich eine Zufalls-Stichprobe ist, kann man mit hoher Zuverlässigkeit sagen, daß der Rest der Liste sich ähnlich verhält wie die Stichprobe. Also, wenn wir aus einer Liste mit 50 000 Namen eine Stichprobe von 1000 getestet haben, lassen wir uns dann vom Computer die restlichen 49 000 Adressen ausdrucken. Aber wir schicken natürlich nicht gleich an diese 49 000 Adressen den Spendenaufruf, denn das würde ungefähr 12 000 Dollar kosten. Das ist zuviel Geld, um ein Risiko einzugehen. Deshalb machen wir zuerst noch einmal einen Test.
Mit dieser Technik haben wir bis jetzt 75 000 Dollar zusammenbekommen und an die Volkskliniken geschickt – in den ersten 10 Monaten. Wir haben dieses Geld mit ungefähr 1 Million Spendenaufrufen per Post bekommen. Wir werden mit diesem Programm weitermachen und denken, damit noch viele Leute zu erreichen. Bisher haben auf diesem Weg ungefähr 13 000 Leute gespendet.

F.: *Diese Listen werden gekauft? Gibt es dabei keine gesetzlichen Schranken?*

B. Z.: Sie werden gekauft: 55 Dollar für 1000 Namen... Deshalb müssen in den USA Technologie und Politik verbunden werden ...

F.: *Von der historischen Kontinuität bezüglich der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung haben wir schon kurz gesprochen. Kannst Du noch etwas sagen über die sozialen Zusammensetzung der El Salvador-Solidaritätsbewegung und über Beziehungen zu den nationalen Minderheiten.*

B.Z.: Das sind viele Fragen auf einmal. Laßt uns nochmals auf die Kontinuität der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung zurückkommen. Gegenwärtig gibt es in den USA sehr wenige linksgerichtete Parteien, bzw. haben sie sich wenig entwickelt. Die meisten, die noch existieren sind sehr isoliert, sehr sektiererisch, sehr borniert in ihren Perspektiven und sie rekrutieren weder sehr viele Leute noch die besten. Gleichzeitig gibt es Überreste von der Vietnam-Bewegung, Zehntausende von Leuten mit großer politischer Erfahrung als Organisatoren, als Aufklärer und Propagandisten. Sie waren alle beteiligt an dieser damals sehr breiten, militanten und differenziert handelnden Bewegung. Diese Leute wissen nicht, wo sie politisch hingehen sollen, weil die linken politischen Parteien nicht reif genug sind, um sie zu interessieren. Wir haben also eine Situation, wo es sehr, sehr viele unorganisierte, aber gute politische Arbeiter in den USA gibt. Wenn etwas passiert wie heute in El Salvador, kommen diese Leute aus dem Niemandsland, wie es scheint, hervor mit ihren politischen Fertigkeiten, die für diese Art Arbeit erforderlich sind. Als wir z.B. beschlossen, die Sache mit den Adressenlisten zu machen, fand ich innerhalb von einer Woche eine sehr reiche junge Person der Linken, die uns das Geld lieh, um die Kampagne zu beginnen, jemanden, der weiß, wie man solche Spendenaufrufe schreibt, der das während des Vietnam-Krieges gemacht hatte, eine andere Person, die aus den Vietnam-Tagen noch wußte, wie man für so was ein layout macht und ich fand noch jemanden, der wußte, wo man die Listen bekommt und wie man sie aussucht. Innerhalb von einer Woche war das ganze Ding beieinander und in Marsch gesetzt, und das alles mit Leuten aus der Vietnam-Bewegung, die diese Fertigkeiten hatten, aber mittlerweile ins Geschäftsleben, in die Werbung gegangen sind. Sie spielen im Alltag keine aktive Rolle in der Bewegung, wenn man sie aber braucht, sind sie da. Eine Menge der Leute, die für El Salvador arbeiten, kommen also aus dieser Tradition – natürlich nicht nur für El Salvador, sondern auch in der Anti-AKW-Bewegung, in der Bewegung für die demokratischen Rechte. Viele der politischen Aktivitäten zu Problemen, die die USA insgesamt angehen, werden von Leuten mit Erfahrungen aus der Vietnam-Bewegung organisiert. Sie sind nicht in politischen Parteien organisiert. Sie sind einfach da und wenn sie in Aktion treten, werden sie eine sehr mächtige politische Kraft in den USA.
Aber die El-Salvador-Bewegung umfaßt viel mehr als diese Leute. Es gibt auch eine neue Generation von politischen Aktivisten, die zu jung waren, um an der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg teilzunehmen. Die Führung von CISPES besteht z.B. in erster Linie aus diesen jüngeren Leuten. Sie sind sehr gut, sie haben eine enorme Energie und Kreativität und sie setzen sich sehr ein. Das macht uns, die wir graue Strähnen in den Bärten haben, optimistischer, wenn wir sehen, daß sehr viele junge Leute da sind, die sich in der Politik engagieren. Ihr habt nach der sozialen Zusammensetzung der Bewegung gefragt. Sie ist viel breiter als bei der Vietnam-Bewegung, eben wegen der Vietnam-Erfahrung. Die USA haben in den letzten 10 Jahren nicht nur sehr ernste wirtschaftliche, sondern auch politische Veränderungen durchgemacht. Dies nicht nur wegen Vietnam, sondern auch wegen Watergate. Da Vietnam und Watergate zur selben Zeit und im Zusammenhang miteinander passierten, sind die meisten US-Amerikaner sehr skeptisch gegenüber der Regierung geworden. Heute glauben sie nicht mehr so einfach an die Informationen, die aus Washington kommen. In dieser Beziehung hat sich sehr viel verändert, wenn wir uns daran erinnern, wie die meisten US-Amerikaner zu Beginn des Vietnam-Krieges loyal waren und glaubten, was die Regierung sagte. Heute ist das Gegenteil der Fall: viele Leute glauben der Regierung zunächst mal nicht; sie haben eine skeptische Grundhaltung.
(...) Die soziale Zusammensetzung der El-Salvador-Bewegung schließt Gewerkschaftsmitglieder ein (Während des Vietnam-Krieges waren die Gewerkschaften immer auf der anderen Seite; bis zum Ende des Krieges waren die Gewerkschaften dafür, während wir dagegen waren; heute ist



Die New Yorker Polizei verhaftet Demonstrantin am 28. Juli 1982 vor der Salvadorianischen UN-Gesandschaft

es viel leichter, mit den Gewerkschaften zu arbeiten). Die Kirchen in den USA, vor allem die katholische, nehmen eine sehr gute Position ein in der El-Salvador-Frage. Das hängt offensichtlich mit der Ermordung von Romero und der nordamerkanischen Nonnen zusammen. Aber die katholische Kirche ist normalerweise eine sehr konservative Kraft und während des Vietnam-Krieges waren die katholische Hierarchie und Führung immer auf der Seite Washingtons. Dies sind nur zwei Beispiele für ein viel breiteres Interesse. Sogar unter den Kapitalisten gibt es eine gewisse Unterstützung für unsere Seite, eine gewisse Opposition gegen die Einmischung in El Salvador, denn sie betrachten das Problem vom Standpunkt einer Kosten-Nutzen-Analyse aus und denken, daß der Preis gemessen am Nutzen zu hoch ist.
Ihr habt auch nach Beziehungen zu den nationalen Minderheiten gefragt. Diesbezüglich sieht die Sache leider nicht sehr gut aus, mit Ausnahme der mittelamerikanischenMinderheiten in den USA. Die schwarze Gemeinschaft hat einen sehr niedrigen politischen Organisationsgrad und leidet mehr als jeder andere Sektor der Gesellschaft unter dem wirtschaftlichen Niedergang der USA; sie haben die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Armut. Ihr Interesse konzentriert sich daher viel stärker auf innenpolitische und wirtschaftliche Fragen als auf außenpolitische und es ist sehr schwierig, schon existierende schwarze Organisationen für außenpolitische Probleme zu engagieren. Auch unter den lateinamerikanischen Minderheiten leiden die Puertoricaner und die Chicanos/Mexikaner vor allem unter der wirtschaftlichen Situation. Diese Gemeinschaften sind besser organisiert als die schwarzen und die Salvador-Bewegung wird von ihren Organisationen in gewissem Umfang unterstützt, mehrheitlich aber haben sie dieselben Probleme wie die Schwarzen, hohe Arbeitslosigkeit und Armut, weniger Interesse an außenpolitischen Fragen. Aber wir haben in den USA auch sehr große mittelamerikanische Minderheiten, es gibt große guatemaltekische, nicaraguanische, costaricensische, haitianische und dominikanische Gemeinschaften und jetzt auch aus El Salvador. Man spricht von einer Viertel Million Salvadorianern in den USA. Innerhalb der salvadorianischen Gemeinschaft wird sehr stark organisiert; sie spenden viel, weil die Leute hochmotiviert sind und es gibt viele Organisationen unter ihnen. Sie fangen gerade erst an, Verbindungen mit den weißen Organisationen herzustellen – da spielt das Sprachproblem eine Rolle.

F.: *Kannst du die Verbindung der Salvador-Bewegung mit oder ihre Integration in anderen sozialen Bewegungen wie der allgemeinen Friedensbewegung, der Anti-AKW-Bewegung etwas näher erläutern?*

B.Z.: Die Verbindungen sind nicht sehr tief. Vor allem die Anti-Atom-Bewegung versucht, sich einzig und allein auf Atomwaffen zu konzentrieren, wegen der historischen Möglichkeit, neue Gruppen zu gewinnen, vor allem aus den Lagern der Konservativen, der Unternehmer und der Republikaner. Sogar das Atomenergie-Problem wird aus der Bewegung rausgehalten; sie möchten sich ganz eng auf die Atomwaffen konzentrieren. Das heißt natürlich nicht, daß es keine Anti-AKW-Aktivitäten mehr gibt; es gibt immer noch sehr viele Leute, die daran interessiert sind. (...)
(...) Die Arbeiterorganisationen, die sich gegen die Intervention engagiert haben, haben natürlich eine breitere Analyse und behandeln viele politische Fragen gleichzeitig. Die linke Bewegung in den USA, die Linken und die linken Parteien beschäftigen sich alle auf die eine oder andere Art mit der Salvador-Frage. Für einige der linken Organisationen ist das ein korrekter Schritt, andere machen es aus opportunistischer Taktik, weil es ein Problem ist, mit dem man Leute rekrutieren kann. Es hat einige Schwierigkeiten mit einigen der sektiererischen Gruppierungen in den USA gegeben, weil sie die Salvador-Solidaritätsarbeit opportunistisch angehen. (...)

F.: *Du bist ja im Werbegeschäft. Wie hat denndie US-Einmischung in Mittelamerika die Popularität von Reagan beeinflußt?*

B.Z.: Sie hat ihm geschadet, sehr geschadet, und der Republikanischen Partei im allgemeinen auch. Viele der Demokraten, die sich im November zur Wahl stellen werden – es wird ein Drittel der Senatoren und das ganze Repräsentantenhaus neu gewählt werden – fangen an, El Salvador als wichtiges Wahlkampf-Thema zu begreifen. Einige von ihnen haben angefangen, Radio- und Fernseh-Werbespots zu machen, in denen sie sich gegen die US-Einmischung in El Salvador aussprechen. Das ist Opportunismus; sie meinen, daß sie mehr Stimmen bekommen können, wenn sie sich für ein Ende der Intervention stark machen, daß sie die Republikaner von Wählern isolieren können, die normalerweise republikanisch wählen, aber gegen eine Möglichkeit sind, bei der die USA in eine ähnliche Situation geraten könnten wie damals in Vietnam. Eine Gallup-Umfrage zeigte, daß 74 % der Befragten denken, El Salvador sei wie Vietnam. 74 % das ist sehr viel. Das ist viel mehr als das demokratische Stimmpotential. Es gibt nur 35 - 40 % der Leute, die sagen würden, sie sind „Demokraten". (...)

F.: *Sind die Chancen gut, daß die Kongreß-Wahlen zu einer Veränderung führen werden, zu einer Veränderung der Mehrheitsverhältnisse und schließlich dazu, daß die Reagan-Regierung nicht mehr Hilfe an die salvadorianische Regierung schickt?*

B.Z.: Ja, die Chancen sind gut. Aber es ist zu früh, um genaue Vorhersagen zu machen. (...)
Ihr solltet euch wirklich daran erinnern, was in den letzten Jahren des Vietnamkrieges passierte – als Parallele. 1973, als die USA ihre Truppen aus Vietnam zurückzogen, unterstützten sie die Saigon-Regierung weiter mit Geld, das

In der Bundesrepublik ist geplant, vom 15. – 17. Oktober auf der Kölner Domplatte eine permanente, von möglichst vielen Gruppen aus dem ganzen Land getragene, zentrale Aktion durchzuführen.
Nähere Informationen sowie die Gründungsdokumente der „Weltfront" gibt es bei der

Informationsstelle El Salvador e.V.
Siebengebirgsallee 81
5000 Köln 41
Telefon: 0221 / 42 87 43

Alle Einzelpersonen, Gruppen, Organisationen, die die Ziele der Weltfront unterstützen, können und sollen Mitglieder werden.
(Monatsbeitrag: 25,– US-Dollar). Die FDR/FMLN hofft – so Bill Zimmerman –, daß die Weltfront vielleicht einmal eine Organisation wird, zu der alle Solidaritätsgruppen der Welt gehören. Lassen wir diese Hoffnung Wirklichkeit werden.

diese brauchte, um den Krieg weiterführen zu können. Das war die sogenannte Vietnamisierung des Krieges. Zum Zeitpunkt des Truppenrückzuges 1973 zahlte die US-Regierung jährlich 3 Milliarden Dollar für diesen Krieg als Militärhilfe an Saigon. Im selben Jahr, etwas später, wurde ein Gesetz im Kongreß eingebracht, um die Militärhilfe von 3 Milliarden auf 600 Millionen Dollar zu reduzieren. Viele von uns, die in der Führung der Bewegung gegen den Krieg engagiert waren, argumentierten für eine Unterstützung dieser Gesetzesvorlage. Leute von der extremen Linken sagten, nein, man sollte diese Gesetzesvorlage ablehnen, denn immer noch gehe so viel Geld nach Saigon. Wir argumentierten dagegen, daß es weniger Geld als vorher ist, und daß man Schritt für Schritt vorgehen muß. Wenn man diese Gesetzesvorlage über 660 Millionen Dollar unterstützt, sagten wir, machen wir es den Kongreßmitgliedern, die alle zwei Jahre neu gewählt werden müssen, möglich, mit zwei Zungen zu sprechen: nach links können sie sagen, wir haben die Militärhilfe reduziert, nach rechts können sie sagen, wir haben für 660 Millionen Dollar gestimmt. Wir argumentierten, daß man den Kongreßmitgliedern diese Möglichkeit, mit zwei Zungen zu sprechen, geben muß, weil sie das wollen. Wenn man ihnen hilft, das zu tun, was sie wollen, macht man größere Fortschritte. So kam die Gesetzesvorlage durch und die Militärhilfe für Saigon wurde auf 660 Millionen reduziert. Sechs Monate später brachten einige Kongreßabgeordnete eine Gesetzesvorlage ein, wonach die Militärhilfe auf 300 Millionen Dollar reduziert werden sollte. Und wieder passierte dasselbe; und auch diese Gesetzesvorlage wurde verabschiedet. Wie das so weiterging, gingen der Saigon-Armee Treibstoff und Munition aus. (...)
Damit war sie mit ihrer Militär-Taktik, die auf überlegener Feuerkraft und hoher Mobilität beruhte, am Ende. (...)
Das ist die historische Erfahrung für uns in den USA, die bestimmt wie wir auf die US-Intervention in El Salvador reagieren. Wir denken, daß dieser Krieg noch lange Zeit dauern wird, daß militärisch zur Zeit ein Kräftegleichgewicht herrscht und daß die FMLN sicher ihre militärische Kapazität verstärken wird mit wachsender Erfahrung auf diesem Gebiet (bessere Koordination von großen Einheiten, bessere logistische Versorgung, bessere Kommunikation usw.) Wenn wir die US-Militärhilfe niedrig halten können, wenn wir sie dann Schritt für Schritt verringern können, dann wird dies zu einer Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses beitragen und das ist dieselbe Strategie, die wir während des Vietnamkrieges verfolgten.

F.: *Wie steht es mit der Gefahr, daß die Reagan-Regierung, ihrer möglichen Wahlniederlage im November bewußt, versucht, den Krieg in El Salvador zu forcieren?*

B.Z.: Zwei Faktoren arbeiten zu unseren Gunsten: der eine ist der Malvinas-Krieg. Die Reagan-Regierung machte einen sehr großen Fehler, als sie Großbritannien so stark unterstützte. Damit hat sie alle ihre Freunde in Südamerika verloren. Sogar die faschistischen Regierungen sind heute gegen die USA. Die Strategie, über die sie vor diesem Konflikt verfügte, nämlich, die Armeen von Venezuela, Argentinien, Kolumbien für die Intervention in El Salvador zu benutzen, bezahlt von den USA – diese Strategie funktioniert nicht mehr. Vielleicht können sie in zwei, drei Jahren diese Beziehungen wieder reparieren und für eine solche Strategie benutzen. Aber ich denke, daß diese Länder sich für mindestens zwei Jahre nicht mehr auf diese Art einbeziehen lassen. Das ist für die FMLN ein sehr positiver Umstand.
Der zweite Faktor ist die Wahl der extremen Rechten in El Salvador. Das beste Argument, das Reagan dafür hatte, die Regierung dort weiter zu unterstützen, war, daß die Christdemokraten wirkliche Reformen durchführten, das Land verteilten, die Regierung veränderten, die politische Gewalt abschafften, weil sie wie wir sehen, dieselbe Politik machen wie wir. So wurde die Wahlfarce vom 28. März vorbereitet und durchgeführt und die Wahlen waren in dem Sinne erfolgreich daß sie viele Leute auf der ganzen Welt davon überzeugten, viele Menschen hätten daran teilgenommen. Das war eine Lüge, aber wir konnten nicht wirklich beweisen, daß es eine Lüge war. Von diesem Standpunkt aus betrachtet waren die Wahlen also ein Erfolg, aber bezüglich des Wahlsiegers waren sie eine schreckliche Niederlage für Reagan, denn die Christdemokraten sind weg und Roberto d'Abuisson ist Präsident der verfassungsgebenden Versammlung. Viele der liberalen und sogar einige der konservativen Kongreßmitglieder, die bislang die Reagan-Linie unterstützten, tun dies nicht länger, eben wegen d'Abuissons Wahl. Das beste Beispiel dafür wurde vor ca. zwei Wochen deutlich, als der auswärtige Ausschuß des Senats nach dem Wunsch der Regierung die Militärhilfe von 66 auf 166 Millionen Dollar hätte erhöhen sollen. Der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses des Senats, der ein „Republikaner" ist, Senator Percy von Illionois, sagte nein und sprach sich für eine Reduzierung des vorgeschlagenen Haushaltes um 100 Millionen Dollar aus, womit die US-Militärhilfe für die salvadorianische Regierung auf dem Niveau von 1982, 66 Millionen Dollar, bleiben wird. Der Grund für seine Entscheidung war die Wahl von Roberto d'Abuisson. Die Einschätzung von Percy ist wiederum eine unternehmerische: was bekommen wir zurück, wenn wir so und soviel investieren? Senator Percy ist ein Unternehmer, er war Manager bei einem transnationalen Konzern, Bell and Howell, bevor er in den Senat ging. Er beurteilt diese Probleme also von einem unternehmerischen Standpunkt und so sagte er: d'Abuisson ist an der Macht, er ist isoliert, es wird keine wirklichen Reformen geben und wir wissen aus unseren Erfahrungen in Vietnam, daß wenn die Leute gegen die Regierung sind, es keinen Sinn hat, noch so viel Geld und noch so viel Truppen reinzustecken – die Regierung wird schließlich aufgeben. Angesichts der Wahl von d'Abuisson und angesichts des Malvinas-Krieges hat Reagan keine Möglichkeiten mehr offen. Ich denke daher, daß wir zumindest in den nächsten 2 Jahren wesentliche Fortschritte machen, die Bewegung verbreitern und die Militärhilfe auf 66 Millionen Dollar jährlich unten halten werden.

F.: *Zur gleichen Zeit als im Haushaltsentwurf die Militärhilfe für El Salvador gekürzt wurde, wurde die Militärhilfe an Israel um den gleichen Betrag erhöht. Die Frage wäre, wie die antiinterventionistische Bewegung in den USA mit anderen US-Interventionen auf der Welt umgeht, z.B. im Mittleren Osten, in Südafrika und Namibia usw.*

B.Z.: Die Frage unterstellt einen höheren Grad politischer Entwicklung als er in den USA besteht. Es gibt keine Beziehungen zwischen der Arbeit gegen die Intervention zugunsten von Israel, in Namibia und Südafrika und der Arbeit gegen die Intervention in El Salvador. (...)

F.: *Wir sprachen von Reagans Popularität bezüglich der Mittelamerikapolitik. Kannst Du uns etwas über die Popularität der Salvador-Solidaritätsbewegung sagen; in folgendem Sinne: wie können sich die katholischen Bischöfe z.B. in einer Bewegung engagieren, die die US-Aggression stoppen will, die eine Befreiungsbewegung unterstützt,*

die versucht, – so denken wohl die Leute in den USA – der salvadorianischen Bevölkerung den Kommunismus aufzuzwingen?

B.Z.: Sie haben zu oft den kommunistischen Teufel an die Wand gemalt. In Vietnam, in anderen Teilen der Welt. Und jedes Mal stellte sich heraus, daß die Bewegungen für die nationale Befreiung gar nicht so sehr von kommunistischer Ideologie beeinflußt waren. (...)
Erstens haben wir US-Amerikaner wegen unserer eigenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme heute mehr Verständnis dafür, daß in den abhängigen Ländern Entwicklung in Gang kommt, Arbeitsplätze geschaffen werden usw.. Zweitens hat es schon zu viele nationale Befreiungsbewegungen gegeben, die zu besseren Gesellschaften geführt haben. Ich denke, daß heute viele Gruppen in den USA verstehen, daß es den Kubanern und den Chinesen seit der Revolution besser geht. Natürlich ist sich nicht jedermann in den USA dessen bewußt, aber viele Leute eben doch. Die Zeitungen, der Rundfunk und das Fernsehen bringen jetzt auch ein wenig mehr Informationen über Kuba und — wegen der Annäherung — auch über China. Das hat die öffentliche Meinung über die chinesische Revolution verändert.
Diese Dinge machen es Reagan und den Rechten schwerer, uns, die Salvador-Solidaritätsbewegung, Verräter zu nennen, weil wir dagegen halten können, daß es in El Salvador nicht um Kommunismus geht. Sogar einige Republikaner im Kongreß sagen: wenn wir nicht wollen, daß der Kommunismus nach El Salvador kommt, sollten wir die FMLN anerkennen. Wenn wir wirklich einen Bündnispartner in El Salvador haben wollen, sollten wir nicht die Faschisten unterstützen, die von der Bevölkerung isoliert sind, sondern die Revolution, ihr wirtschaftliche Unterstützung anbieten und Verbindungen herstellen zwischen den USA und der Revolution. Ich weiß nicht, ob dies notwendigerweise eine korrekte Analyse ist, aber so argumentieren viele von ihnen. Und das ist ein Argument, das von vielen Leuten in den USA mit Sympathie aufgenommen wird. (...)

F.: *Gibt es über diese Fragen Konflikte in den Kirchen?...*

B.Z.: Ja, es gibt eine Menge Konflikte in den Kirchen. Ich weiß nicht, ob sie den Klassenkampf innerhalb der Kirchen widerspiegeln; ich nehme an, daß es Widersprüche zwischen verschiedenen Fraktionen innerhalb der Hierarchie sind; ich glaube, es gibt beides.
Der Bischof von Seattle (Hunthausen) hat den Leuten geraten, ihre Steuern nicht zu bezahlen, als Protest gegen die Atomwaffen. Der Bischof von Amarillo, Texas, hat seinen Gläubigen geraten, nicht in der Fabrik zu arbeiten, in der die Zünder auf sämtliche Atombomben der USA montiert werden. Der Bischof sagte zu seinen Gläubigen, es sei unmoralisch, in dieser Fabrik zu arbeiten. Das sind also sehr fortschrittliche Positionen, aber es sind nicht die Positionen, die die meisten US-Bischöfe einnehmen. Diese beiden Bischöfe sind sehr radikal.

F.: *Das ist immer noch undenkbar in Westdeutschland.*

B. Z.: Vor zwei, drei Jahren war es in den USA auch noch undenkbar.

F.: *Wir waren beim ersten internationalen Forum der Solidarität mit dem salvadorianischen Volk bei dem die „Weltfront" (siehe Kasten) gegründet wurde. Wie wurde dieses Ereignis in der Solidaritätsbewegung in den USA aufgenommen? Wie geht es weiter mit der „Weltfront"?*

B.Z.: Das Treffen des Permanenten Büros der „Weltfront" (an Pfingsten) wurde von mehr Führungsmitgliedern der FMLN besucht als noch das Forum. Die FMLN engagiert sich jetzt mehr für den Aufbau der Weltfront. Sie hofft, daß die Weltfront vielleicht einmal eine Organisation wird, der alle Solidaritätsgruppen der Welt angehören (...).

Ein Brief aus Nikaragua

„Berichte fruchten gar nichts, solange man nicht über das Raster spricht, durch das sie wahrgenommen werden“

Im folgenden drucken wir einen Brief aus Nicaragua ab, in dem sich eine Internationalistin eindringlich mit der Herangehensweise westdeutscher Linker an die nikaraguanische Revolution auseinandersetzt. Dieser Brief ist ein dramatischer Aufruf, die Ergebnisse der Revolution an ihrer eigenen Geschichte und ihren eingenen Bedingungen zu messen und auch in einer Diskusssion ihrer Widersprüche die akute Gefahr, die ihr droht, nicht zu übersehen.

Anlaß für diesen Brief waren zwei Interviews mit Eden Pastora und Brooklyn Rivera in der Tageszeitung (TAZ). Damit wurde nach Meinung der Autorin zwei engagierten Kritikern und Gegnern der sandinistischen Führung eine breite Öffentlichkeit in einem Medium des westdeutschen Linken verschafft, ohne diese Interviews in einen Gesamtrahmen der gegenwärtigen Situation in Nicaragua zu stellen (siehe Kasten). Uns erschien der Brief als Fortführung der Internationalismusdiskussion (siehe Blätter des iz3w Nr. 86 und Nr. 101) und als Appell zur Solidarität mit Nikaragua wichtig. Wir haben ihn an Stellen der konkreten Auseinandersetzung mit der Tageszeitung gekürzt.

– Red. –

„. . . Tja, sonst sieht hier alles ganz böse aus! Die wenigen Überfälle an der Grenze oder im Inland, von denen ihr erfahrt, die sind nur ein Bruchteil, von dem was tatsächlich passiert. Und wenn ich das so sage, dann ist das überhaupt keine Übertreibung oder Panikmache.

Es fliegen tatsächlich von Honduras aus Flugzeuge weit ins Land rein, um Bomben abzuwerfen, die dann nicht treffen (z. B. Benzinkanister in der Hafenstadt Corinto), oder nach Managua, in Richtung auf die Raffinerie.

Es werden Massaker verübt, von denen man offiziell nichts erfährt, ich denke, um den Zorn der Leute nicht anzuheizen oder um sie nicht allzusehr zu verunsichern. In San Francisco (bei Somotillo) wurden die Milizen durch den Ort getrieben, gezwungen „Viva Somoza“ zu rufen; da es nicht gelang und weil sie „Viva Sandino“ riefen, — ich wage es kaum zu schreiben — köpfte man sie und beging andere Schauerlichkeiten. Die Revolution ist an die Wand gedrückt. Die Rechte kämpft an sämtlichen Fronten.

An der Costa (Atlantikküste) — das erzählen die Leute, die von dort kommen — ist im nördlichen Teil ein normales Leben wegen der ständigen Überfälle mit schweren Waffen kaum noch möglich.

Obando y Bravo (der Erzbischof von Managua) exkommunizierte die Gemeindemitglieder in Managua, die sich dagegen zur Wehr setzten, daß der Monseñor José Arias Caldera aus dem Dienst entlassen wird, der Mitbegründer der FSLN ist.

Die Überschwemmung hat ein riesiges Loch gerissen, das nur zu 10 % gestopft werden konnte.

La Prensa arbeitet weiter mit ihrer Verleumdungskampagne, wobei sie sich der Berichterstattung über El Salvador, Guatemala etc. bedient (Terroristen, demokratische Regierungen, etc.), sowie auf allgemeiner Ebene reaktionäre Ideologien verbreitet (z.B. zum Sozialismus allgemein, zur Frage der Demokratie, zum Wesen der Familie . . .). Die honduranischen Zeitungen schreiben von steten Agressionen von Seiten Nicaraguas gegen Honduras, sodaß die Leute in Panik vor den Sandinisten geraten.

. . .

Im Moment hat die Revolution gar keine Chance, sich irgendwie weiterzuentwicklen, da Kräfte aufgesogen werden, das zu erhalten, zu verteidigen, was bis jetzt ist. Im Grunde gibt es überhaupt keinen Landstrich, wo sich die Strukturen hätten ungestört entwickeln können. Am Pazifik, wo noch kein Krieg herrscht, vernichtet die Überschwemmung nicht nur Aussaat und Ernte, sondern auch mühselig errichtete Projekte, wie Schulen, Straßen, usw. Alle Kräfte gehen in den Wiederaufbau, also nicht in einer Weiterentwicklung. In den Bergen rissen ebenfalls große Regengüsse Kaffeeplantagen ab, dort treiben zudem die Contras (Regimegegner, die Red.) ihr Unwesen. Fast täglich wird irgendwo ein Aktivist, Milizionär oder sonst jemand, der politisch aktiv ist, umgebracht.

So reiht sich eins ans andere . . .
Aus dieser Tatsache, daß es überhaupt keinen Spielraum gibt, schon mal gar keinen für Fehler oder auch nur Fehleinschätzungen, entsteht zumindest hier bei uns in Nicaragua eine enorme Betroffenheit über Berichterstattungen, die in die wunden Punkte stößt, ohne differenziert genug die Problematik der Gesamtlage mit zu reflektieren.

Die TAZ war ja mals angetreten, unterbliebene Nachrichten zu veröffentlichen. Was Pastora und Brooklyn zu sagen hatten, war aber schon reichlich verbreitet. Unterblieben sind die Richtigstellungen, d.h. unterblieben ist, sich die beiden im Interview selbst entlarven zu lassen.

Ich will nun nicht behaupten, die Revolution Nicaraguas habe keinerlei Perspektive. Nur was sie real darstellt, in ihren verschiedenen Phasen, wird immer ganz anders ein, als sich erstens die FSLN je selbst erhoffte und zweitens ganz anders, als man es sich in Deutschland vorstellt. Von den Hoffnungen der deutschen Linken an einer Revolution ganz zu schweigen, Ich meine, es gibt aber nur einen möglichen Bewertungspunkt: In der Kenntnis der Geschichte des Landes und seines Umfelds auf ökonomischer, politischer und ideologischer Ebene betrachtet man die aus dem Land heraus definierten Revolutionsansprüche und deren Umsetzung. Wobei man auch hier wieder, sowohl was die Ansprüche betrifft, als auch deren Umsetzung, die konkreten Voraussetzungen und Möglichkeiten berücksichtigen muß, die auch wieder eingebettet sind in einen internen und internationalen Gesamtzusammenhang. Man kann also nicht erwarten, daß Insektizide von heute auf morgen abgeschafft werden, wenn man weiß, daß die entstehenden Seuchen ökonomische Verluste erzeugen, die der eh zu knappe Staatshaushalt nicht ersetzen kann, für die das Ausland aber auch keinen finanziellen Ausgleich zur Verfügung stellt. Man kann auch nicht den Verzicht auf einen militärischen Apparat verlangen, wenn schon drei Monate nach dem Sieg rechte Gruppen bewaffnet auftreten. Es ist auch falsch zu behaupten, der Militärapparat sei nur nötig, weil es Frente nicht gelungen sei, das gesamte Volk auf ihre Seite zu bekommen. Ist es etwa den linken Partein in der BRD gelungen, das ganze Volk zu überzeugen und wieso sollte das in Nicaragua leichter sein? Und selbst wenn dieses gelungen wäre oder je gelänge, soll sich dann das gesamte Volk unbewaffnet den es umgebenden rechten Militärmächten geopfert werden? Oder ein anderes Beispiel: Kann man wirklich erwarten, daß Medien unbeschadet ihr tägliches Lügenwesen treiben dürfen; oder besser, kann das eine Linke erwarten, die sich in der BRD gegenseitigt das Maul verbietet? Eine Linke, die gerade deshalb auch so wenig Boden unter den Füssen gewinnt, weil die bürgerlichen Medien sich infamer Propaganda bedienen?

Es ist in Nicaragua schon ein enormer Fortschritt, daß es ein staatliches Projekt zur Untersuchung und Anwendung angepaßter Technologien gibt, daß die Waffen in den Händen des Volkes liegen und nicht in denen der Guardia, die das Volk morden; daß die Medien der Opposition eben nicht verboten sind, obwohl sie auf indirekte Weise nicht nur den Sturz der Regierung propagieren, sondern mit ihrer Propaganda auch für das verantwortlich sind, was in San Francisco del Morte passierte. Ja, aber, ich weiß — man kann die Dinge auch von der anderen Seite sehen. Kann man. Aber es fragt sich, auf welcher Seite sich sich das moralische Recht befindet.

Betrachtet man, was die Revolution bereits erreicht hat, dann „lohnt" es sich in jedem Fall, sie zu verteidigen, auch, wenn Ihr in der BRD meint, nicht mit allem einverstanden sein zu können.

Viel wesentlicher ist es jetzt, daß wir davon überzeugt sind, daß es sich eben doch um eine Revolution handelt, uns sehr sorgfältig überlegen, an welchen Punkten Kritik im Moment angebracht ist, weil sie weiterführen könnte. Noch viel wichtiger ist es aber JETZT, in aller Konsequenz sich bewußt zu sein, daß gegen diese Revolution ein Krieg mit militärischen Mitteln

TAZ vom 25. 6. 1982
Interview von Michael Rediske mir Eden Pastora, in dem Pastora die Kommandanten als „korrupte Clique, die sich vom Volk isoliert hat" bezeichnet. Er spricht von „linkem Totalitarismus" in Nicaragua und daß sich „die nationale Leitung vom ursprünglichen Projekt der Revolution fortbewegt und dem kommunistischen Block angepaßt hat". Pastora unterstellt den Sandinistas eine „sinnlose Aufrüstung".

TAZ vom 27. und 28. 7. 82
Leserbriefe von westdeutschen Internationalisten in Nicaragua zu dem Interview:

„Ihr seid zu einer Art Sensationsjournalismus übergegangen, ... der sich darin ausdrückt, daß ihr Ereignisse, die die Neugierde des Lesers wecken ... einigermaßen spannend verkauft, wobei ihr aber gleichzeitig darauf verzichtet, ... den Hintergrund und die Zusammenhänge, die zu bestimmten Geschehnissen dann führen, darzustellen."

„Ihr faßt Eden Pastora mit Samthandschuhen an und macht euch zu seinem Sprachrohr ... Da gibt es hier ganz zwingende Notwendigkeiten, die Revolution ‚aufzurüsten'."

Es „wird ein völlig falscher Eindruck von der Bedeutung des Überlaufens von Pastora in Nicaragua und dessen Wichtigkeit auf internationaler Ebene erweckt."

TAZ vom 6. 7. 82

Interview von Michael Rediske mit dem Miskitoführer Brooklyn Rivera, in dem dieser die neuen Siedlungen für die Miskitos — entstanden aufgrund der Umsiedlungsaktionen der Sandinistas — als „Konzentrationslager" bezeichnet. Weiterhin behauptet er, „daß man die Alten, die Kinder und die Kranken, die den Marsch (in die neuen Siedlungen, d. Red.) nicht mitmachen konnten, niedergeschossen hat, weil sie im Wege waren . . ."

TAZ vom 13. 7. 82

Leserbrief von Cordelia Dilg, Managua:

„Als Fotografin besuchte ich . . . Anfang März die Ansiedlungen der evakuierten Miskitos an der nicaraguanischen Atlantikküste. Daraus entstand die TAZ-Reportage vom 26. 3. 82 . . . Den Begriff „Konzentrationslager" auf die Situation in den Neusiedlungen anzuwenden, ist eine Beleidigung derer, die in den allzu bekannnten Lagern der Diktaturen physisch und psychisch vernichtet wurden.
. . .
Der Streit um das Verhältnis der FSLN . . . zu dem Miskitos und der Streit um die Frage des WIE und WARUM der Evakuierung wird noch lange keine Ende finden. Wenn man auch gegen die Evakuierung ist, sollte man doch keine Lügen . . . verbreiten. Die Situation ist enorm konfliktbeladen, und jeder Stoß in die falsche Richtung kann die Explosion bedeuten."

geführt wird, in einem Ausmaß, das alle innerstrukturellen Kritikpunkte in den Hintergrund drängt, sodaß es schlicht darauf ankommt, den status quo zu verteidigen.

Soeben habe ich gehört, daß diejenigen, die auf die Rückkehr von Somoza (in Gestalt seines Sohnes) hoffen, unter anderem Zuckerrohrfelder anzünden, was ein Leichtes ist, da es nämlich nach dem großen Unwetter seit zwei Monaten viel zu wenig regnet (das bedeutet, daß die neue Aussaat nicht gut ansetzt). Nun, das erscheint als Kleinigkeit, verglichen mit den militärischen Übergriffen. Aber wenn Du täglich von x Kleinigkeiten erfährst, dann vergeht Dir das coole Analysieren von Wenns und Abers. Nicht daß Du dieses Hin- und Herdenken vergißt, denn man ist stets auf der Suche nach Lösungen oder nach Irrtümern, die man finden will, um mit ihnen auf die Lösung zu stoßen. Aber es gelingt mir einfach nicht mehr, cool zu bleiben, weil ich sehe, daß meinem Denken die Aktionen der anderen Seite zuvorkommen.

In der BRD ist es an der Zeit, die Anti-Interventions-Kampagne zu erneuern, zu überzeugen, daß es sich in Nicaraguas nicht um eine Militärdiktatur handelt, sondern um ein Land, das sich militärisch verteidigen muß, weil es militärisch angegriffen wird. Hat denn Nicaragua die Zuspitzung an der honduranische Grenze provoziert?

Während ich das alles schreibe, geht das Leben natürlich weiter. Es werden Lieder gesungen, Feste gefeiert, die Bäume blühen und die Kokosnüsse fallen von den Palmen, aber Alle sind sehr angespannt, und an vielen Orten ist die Zeit für Vergnügungen knapp . . .

Nachts müssen wir Wache schieben, tagsüber arbeitet man hart, um die Normalität aufrecht zu erhalten. Die Leute, die sich verantwortlich fühlen, sehen müde aus. Wer meint, die Kommandanten hingen faul in ihren großen Häusern und dicken Wagen herum, hat sich gründlich getäuscht.

Lassen wir das, es könnte wie eine Beschönigung aussehen. Und darum, ob die Kommandanten und alle anderen, die arbeiten 12 oder 16 oder 20 Stunden beschäftigt sind geht es auch nicht. Fakt ist, daß es keine Ruhe gibt in diesem Land. In dieser Situation ist es umso deprimierender, wenn die Linke — oder sagen wir: Teile von ihr — in ihrer überaus großen Skepsis den distanzierten Betrachterstandpunkt einnimmt, um hinterher — von dem ich nicht hoffe, daß es eintrifft — sagen zu können: das haben wir ja geahnt.

Vielleicht empfindet Ihr das, was ich schreibe, zu moralisch und zu wenig informativ. Aber ich habe in der letzten Zeit eher den Eindruck, daß Informationen und Berichte gar nichts fruchten, solange man nicht über das Raster spricht, durch das sie wahrgenommen werden. Die Betrachtungsweise, die Haltung, zu dem, was Revolution sein kann. Mit einem Es-geht-ja-alles-den-Bach-runter ist es nicht getan. SChließlich wollen wir auch in der BRD Veränderungen, die auch hier nicht anders aussehen werden als Revolution, Kämpfen um neue Strukturen und schließlich deren Verwaltung. Solange nicht die Weltrevolution auf einen Schlag sich ereignet, wird jedes einzelne Projekt von feindlichen Strukturen umgeben sein.

Ich rufe noch einmal ganz laut: Nicaragua ist Krieg angesagt. Ein Krieg mit den verschiedensten Mitteln. Schafft man es, diese Revolution zu zerstören, so hat das Konsequenzen für alle Befreiungsbewegungen im ganzen südlichen Amerika.

(Cordelia Dilg)

Europäische Kampuchea-Konferenz in Paris

In der Zeit vom 5. – 6. Juni 1982 fand in Paris eine europäische Kampuchea-Konferenz statt, an der etwa 100 Delegierte aus fast allen westeuropäischen Ländern teilnahmen. Die Konferenz war auf Initiative des internationalen Kampuchea-Sekretariats in Stockholm zustandegekommen und von der Mouvement Solidarite Cambodge in Paris organisiert worden. Die erste Konferenz dieser Art hatte im November 1979 in Stockholm stattgefunden, die zweite im Juni 1981 in Tokyo. Die nächste internationale Solidaritätskonferenz mit Kampuchea ist für Anfang 1983 in Montreal geplant. Aus der Bundesrepublik nahmen 10 Mitglieder von Kampuchea-Solidaritätskomitees oder Einzelpersonen an der Konferenz teil.

Der erste Tag der Konferenz fand im Palais du Luxembourg, dem Sitz des französischen Senats, statt und war mit Beiträgen und Grußadressen prominenter Persönlichkeiten ausgefüllt: Leo Mates, der jugoslavische stellvertretende Außenminister unter Tito und langjährige Generalsekretär der Blockfreien Gipfelkonferenzen; Samir Armin, der ägyptische Direktor des UNO-Instituts für Wirtschaftsentwicklung und Planung in Senegal; Edmond Jouve, ein namhafter französischer Völkerrechtler; Truong Thai Quang, ein vietnamesischer Historiker; Thoun Mumm, der Minister für Wissenschaft und Technologie im Kabinett des gestürzten Demokratischen Kampucheas u.a.

Leo Mates sprach aus der jugoslavischen Erfahrung mit Besetzung, Widerstand und dem ständigen Ringen seines Landes um Unabhängigkeit und Souveränität. Jugoslavien fühlt sich eng mit Kampuchea verbunden, weil beide Länder zu den Gründern und aktiven Förderern der Blockfreien gehören. Trotz der Spaltung der Blockfreien in Zustimmung und Ablehnung der vietnamesischen Besetzung, die auf der Gipfelkonferenz von Havanna 1979 zutage getreten ist, haben die Blockfreien auf allen Konferenzen mehrheitlich für die Wiederherstellung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität Kampucheas und damit für den Abzug der vietnamesischen Besatzungstruppen gestimmt. Vietnam, das durch seinen Befreiungskampf gegen die US-Aggression so viel Sympathie und Unterstützung in der Welt gefunden hatte, hat sich durch die Besetzung der kleineren Staaten des ehemaligen Indochina Kampuchea und Laos besonders in der Dritten Welt isoliert. Der erfahrene Politiker beschrieb auch den Weg zur Befreiung aus jugoslawischer Erfahrung: selbst Widerstand leisten und gegen die Besatzungsmacht kämpfen und internationale Verhandlungen führen. Er plädierte mit Nachdruck für die Einigung der Khmer und die Bildung einer Einheitsfront aller Widerstandsgruppen auf breiter Basis.

Nach Auffassung des internationalen Völkerrechts kann Vietnam nicht für sich in Anspruch nehmen, die Besetzung von Laos und Kampuchea sei als „Selbstverteidigung und Intervention zum Schutz der Menschenrechte" erforderlich, erläuterte Edmond Jouve. Die Invasion und Besetzung sind unbestritten als Aggression zu verurteilen. Daher haben folgerichtig internationale Institutionen den bedingungslosen Abzug der vietnamesischen Truppen und die Wiederherstellung der nationalen Souveränität auf der Grundlage von Wahlen gefordert, wie die Außenministerkonferenz der Blockfreien, die UNO (Resolutionen 34/22, 35/6, 36/5) und die ASEAN (Association of Southeast-Asian Nations) Staaten. Die internationalen Kampuchea-Konferenzen dienen dem Ziel, eine Öffentlichkeit für die Verwirklichung des Völkerrechts herzustellen. Kampuchea war offiziell nur durch Thioun Mumm vertreten. Prinz Norodom Sihanouk hatte aus Beijing ein Grußtelegramm geschickt. Die Nationalisten um Son Sann hatten nicht auf die Einladung der Organisatoren reagiert.

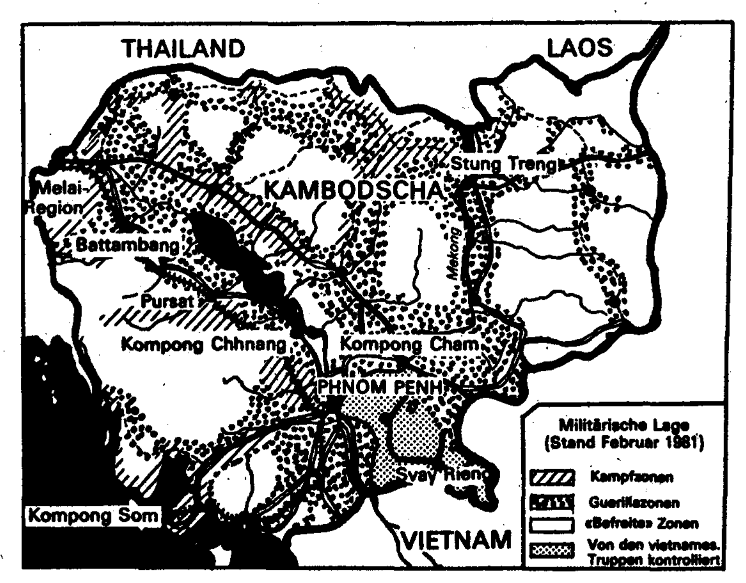
Thioun Mumm's Rede war bestimmt von der existenziellen Angst der Khmer, von Vietnam assimiliert zu werden und als Volk aus der Geschichte zu verschwinden. Er appellierte an die Konferenz und darüber hinaus an die Staaten Europas, stärker als bisher für die Durchsetzung der UN-Beschlüsse zum Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit seines Landes einzutreten. Zum Stand der Koalitionsverhandlungen erläuterte er die Prinzipien, die von seiner Regierung aufgestellt wurden:

– Eigenständigkeit und Gleichberechtigung der drei Parteien.
– Vertretung des Landes in der UNO durch das Demokratische Kampuchea.
– Beschlußfassung in allen wichtigen Fragen durch Konsensbildung.

Am 22. Juni 1982 ist nach zweijährigem Tauziehen eine Koalitionsregierung im Exil zustandegekommen, mit: Prinz Norodom Sihanouk als Präsidenten, Khieu Samphan als Vize-Präsidenten und Außenminister und Son Sann als Premierminister. Die Ressorts, bzw. Koordinationskomitees für:

– Finanzen und Wirtschaft,
– Verteidigung,
– Kultur und Erziehung und
– Gesunheit und Soziales

sind paritätisch von allen drei Gruppen besetzt. Die Koalitionsregierung hat die Staatsbezeichnung: Demokratisches Kampuchea beibehalten.



Lagekarte, herausgegeben vom Oberkommando des «Demokratischen Kampuchea».

Thioun Mumm ging mit keinem Wort auf die Vorwürfe der brutalen Behandlung der Bevölkerung und der Säuberungen während des Wiederaufbaus von 75 – 78 ein. Er verwies auf die „neue Politik" seiner Regierung, die eine strikte Abwendung von jeglicher Form des Sozialismus und eine Rückkehr zu traditionellen Gesellschaftsstrukturen der Khmer beinhaltet. Überzeugender als seine Rede wirkte dagegen die Tatsache, daß unter der Führung des Demokratischen Kampuchea Widerstand gegen die vietnamesische Besetzung geleistet wird und in den Grenzgebieten Siedlungen für Flüchtlinge von der Front und aus Thailand aufgebaut werden, die viele Teilnehmer der Konferenz auch selbst gesehen hatten.
Unterstützung erhielt Thioun Mumm von patriotischen Exilgruppen aus Vietnam und Laos. Die vietnamesischen Sprecher kritisierten den Verlust der Unabhängigkeit ihres Landes an die SU durch die Erben Ho Chi Minh's und die Verletzung der friedlichen Koexistenz mit den Nachbarländern durch die Besetzung von Laos und Kampuchea.

Am zweiten Konferenztag wurde in Arbeitsgruppen zu vier Themenbereichen gearbeitet:
- Informationsarbeit und Solidarität mit Kampuchea,
- Geschichte und Kultur Kampucheas,
- Entlarvung und Verurteilung von chemischen Waffen in Kampuchea,
- Humanitäre und medizinische Hilfe.

Die konkreten Hilfsmaßnahmen, teils von nur kleinen Gruppen geleistet, waren beeindruckend. Aus Schweden wird mit Unterstützung einer protestantischen Freikirche ein Anti-Malaria und -TB Programm für 100.000 Flüchtlinge und Neuansiedler im thailändisch-kampucheanischen Grenzgebiet durchgeführt. Die französische Hilfsgruppe Medicins Pour Cambodge, initiiert von Dr. Robert Andrei in Marseille, schickt dreimal jährlich ein Medizinerteam in die Widerstandsgebiete zur Ausbildung von kampucheanischen Ärzten und Krankenschwestern. Das Kampuchea-Komitee der Schweiz plant, in Phum Dong in West-Kampuchea ein Mittelpunktkrankenhaus mit einer Röntgenanlage, einem Labor, einem OP und Lehrmitteln für Hebammen- und Krankenschwesternausbildung auszustatten. Wegen der hohen Kosten sind Solidaritäsgruppen in der Bundesrepublik und Österreich gebeten worden, sich daran zu beteiligen. In der Bundesrepublik läuft seit Ende 1981 eine Kampagne, 30.000 DM für 100.000 Anti-Malaria Medikamente (hauptsächlich Fansidar) zu sammeln. Ein Teil der Medikamente im Wert von 12.000 DM ist im Juni 1982 nach Kampuchea geschickt worden (vgl. Aufruf: 100.000 Malaria-Tabletten für Kambodscha.)

Aus allen Ländern kam die gleiche Kritik an den traditionellen Hilfsorganisationen und Kirchen, daß sie aufgrund „alter Anhänglichkeit" an Vietnam oder infolge der Propaganda gegen Kampuchea keine Hilfe an die Bevölkerung in den Widerstandsgebieten leisten, vergleichbar mit der langjährigen Weigerung während des US-Vietnamkrieges; Hilfe an die Bevölkerung in den damals von der NLF (Vietkong) Vietnams kontrollierten Gebieten zu geben.
Vertreter des Demokratischen Kampuchea wiederholten auf der Konferenz das Angebot an humanitäre und kirchliche Hilfsorganisationen, Dörfer und Neusiedlungen in den Widerstandsgebieten zu besuchen und die Notlage der Bevölkerung vor Ort persönlich kennenzulernen.



Flüchtlinge im thailändischen Lager Khao-I-Dang-O

Zusammenfassend läßt sich sagen, die Konferenz hat deutlich gemacht, daß der Widerstandskampf der Khmer gegen die vietnamesische Besetzung auch in Europa stärkere Unterstützung gefunden hat. Das gilt besonders für Länder, wie Jugoslawien, Schweden, Dänemark und Norwegen, die Erfahrungen mit Besetzung und Bedrohung ihrer Unabhängigkeit durch mächtigere Nachbarländer haben, weniger dort, wo Unabhängigkeit als Gnadengeschenk der einen oder anderen Supermacht betrachtet wird. Außerdem entstand der Eindruck, daß der Bevölkerung in den Widerstandsgebieten über das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea wirksame Hilfe gegeben werden kann.
Daß es nicht gelungen ist, Vertreter aller drei Widerstandsgruppen für die Konferenz zu gewinnen, zeigt das mangelhafte Verhältnis der Solidaritätsgruppen zu allen Parteien. Die Präferenz für die Gruppe des Demokratischen Kampuchea ist offensichtlich auf die ML-Vergangenheit der meisten Solidaritätsgruppen zurückzuführen. Bezeichnenderweise wurde einer Gruppe von Sihanoukisten keine Redeerlaubnis erteilt, als bekannt wurde, daß sie Kritik an der Politik der Roten Khmer in der Zeit von 1975 – 78 üben wollte. Die Konferenz hat es nicht geschafft, die Solidarität mit den Khmer und die Unterstützung für den Widerstand und Befreiungskampf aus der isolierten und zusammengeschmolzenen ML-Ecke herauszuholen und in einer breiten Öffentlichkeit zu verankern.
Über den rigorosen Agrarsozialismus von 1975 – 78 und die zahlreichen Opfer wurde auch auf dieser Konferenz noch keine Diskussion geführt. Man befürchtete offensichtlich, noch mehr Solidarität einzubüßen, wenn man offen über Brutalität und Säuberungen der Roten Khmer sprechen würde. Aber die Verbesserung und Verbreiterung der Solidarität wird erst möglich sein, wenn Vergehen offengelegt werden und die Verantwortlichen sich durch Selbstkritik davon distanzieren. Aus langen Erfahrungen aus der Solidaritätsbewegung mit Vietnam, dem Iran und anderen Ländern haben wir genau zwischen dem Eintreten für die nationale Unabhängigkeit eines Landes und sozialen Veränderungen zu unterscheiden gelernt.
Die nächste internationale Kampuchea-Konferenz wird Anfang 1983 in Montreal stattfinden. Das kanadische Kampuchea-Komitee hatte bereits einen Aufruf und eine Einladung vorgelegt, wonach die Konferenz Fragen der Unabhängigkeit und des Friedens in Kampuchea, der Einheit der Khmer und der Unterstützung der neugebildeten Koalitionsregierung in den Mittelpunkt stellen wird.

Heinz Kotte



100 000 MALARIA-TABLETTEN FÜR KAMBODSCHA

Für 10 DM, die wir von Ihnen erhalten, können wir die Tabletten besorgen, die einen Malariakranken heilen.
In den nicht von den vietnamesischen Truppen beherrschten freien Gebieten grassiert die Malaria. Bis zu 50 % der Bevölkerung leiden darunter.
Malaria äußert sich in Fieberanfällen, führt zur Schwächung des Körpers, erzeugt Arbeitsunfähigkeit, damit sinkt die Kraft, für das eigene Überleben zu osrgen. Viele Malariakranke sterben .
Ca. 1 Mio. Einwohner Kambodschas ist vor den vietnamesischen Soldaten in die Gebiete geflohen, in denen Malaria besonders in der 6-monatigen Regenzeit stark verbreitet ist. Unter diesen widrigen Umständen organisiert das Kambodschanische Volk sein Überleben und kämpft für die Befreiung von den vietnameischen Besatzungstruppen. Die Anzahl der freien Gebiete hat im Jahr 1981 deutlich zugenommen. Es sind viele neue Dörfer aufgebaut worden. Voraussetzung für eine weitere Entwicklung ist allerdings die Überwindung der in der Regenzeit epidemisch auftretenden Malariakrankheit.
Es ist dringend notwendig, Malariatabletten zu beschaffen. Wir tun das ohne jeden Verwaltungsaufwand, der zur Verminderung des Spendenaufkommens führen würde.
Wird sind auf Ihre Hilfe angewiesen; mit Ihrer Spende können Sie direkt helfen. Wir selbst arbeiten ehrenamtlich, die Medikamente werden über Thailand nach Kambodscha gebracht und dort an das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea gegeben. Jede Mark, die wir erhalten, wird zum Kauf der Medikamente verwendet!

Sie können mit 10 DM dafür sorgen, daß ein Malariakranker Kambodschaner geheilt wird. Das ist ein gutes Geschenk!
Helfen Sie, die Malariakrankheit zu besiegen.
Mit ca. 30.000 DM, die wir uns als Ziel gesetzt haben, können die Menschen in den beiden Dörfern, die in den zwei Reiseberichten beschrieben werden, für ein Jahr von der Malaria befreit werden!

Jeder Spender, dessen Name uns bekannt ist, erhält Ende Januar einen Bericht von uns zugesandt, aus dem der Stand der Spendensammlung und die Verwendung der Medikamente hervorgeht.
Geld kann überwiesen werden oder im Brief an uns geschickt werden.
Dazu stehen zwei Konten und Adressen zur Verfügung, beide können genutzt werden, bei beiden Adressen ist weiteres Informationsmaterial und auch dieser Aufruf als Flugblatt erhältlich. Wir schicken gern weitere Exemplare zum weiteren Verteilen.

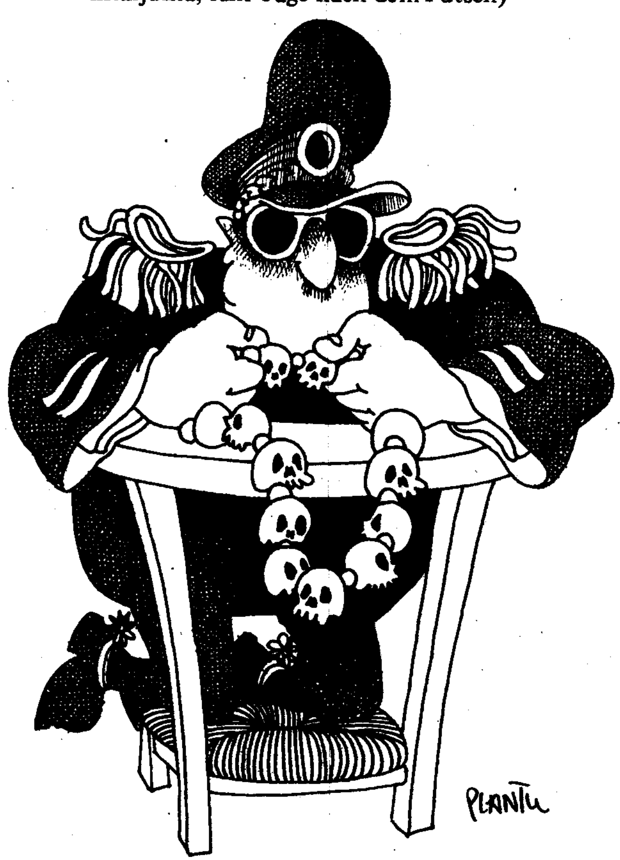
„Malaria-Hilfe"
PSchA Köln, Kto. 17 91 51 - 502
Rudolf Heinrichs
Hubertusstr. 15, 5040 Brühl, Tel. 02232/44426

„Malaria-Hilfe"
PSchA Stuttgart, Kto. 20 32 19 - 701
Maria Ritgen
Senefelderstr. 16, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/612452

Chile

Die chilenische Kirche und die Linke

„Zugleich aber wollen wir zusammen mit den Brüdern der anderen christlichen Bekenntnisse ausdrücken, daß die hohen Ziele, die die jetzige Regierung formuliert hat, nämlich die verfassungsmäßige Ordnung, den Frieden und die Einheit unter den Chilenen wiederherzustellen, die legitimen Errungenschaften der Arbeiter zu achten, die patriotischen Aufrufe zur Zusammenarbeit und Solidarität, um das Sektierertum zu überwinden, und die Zusicherung, nicht ideologische Richtungen zu verfolgen noch persönliche Rache zu nehmen, unsere volle Unterstützung verdienen." [1])
Kardinal Raul Silva Henriquez, Erzbischof von Santiago, 16.9.1973, (Predigt bei einem ökumenischen Gottesdienst für die Militärjunta, fünf Tage nach dem Putsch)



„Niemand von uns hat an die Möglichkeit gedacht, daß hohe Offiziere unserer Streitkräfte ihr eigenes Volk so behandeln würden, wie es geschieht. Als im Jahre 1973 eine Militärregierung die Macht übernahm, wußten wir, daß auf das parlamentarische Leben in unserem Land eine Menge Einschränkungen zukommen würden. Das ist in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern auch so gewesen. Aber ich glaube, daß niemand von uns wußte, daß wir eine Diktatur nach dem Nazimodell bekommen würden." [2])
Kardinal Raul Silva Henriquez, 11.9.1976 (in einem Interview mit einem norwegischen Priester)

Frage eines Journalisten: *„Am Ende der Predigt ... schlossen Sie mit den Worten der Bischöfe vor sechs Jahren: 'Wir vertrauen auf die Besonnenheit und den Patriotismus der Chilenen, auf die demokratische Tradition der Streitkräfte, auf das Versprechen der Juntamitglieder, daß sie uns sehr bald erlauben werden, zur institutionellen Normalität zurückzukehren, um einen Weg des Friedens und des Fortschritts wiederaufzunehmen.' Bedeutet das, daß Sie heute noch das selbe Vertrauen haben?"*
Antwort des Kardinals:

„Ja. Wir glauben, daß diese Worte heute wie gestern volle Gültigkeit haben, und wir bewahren dasselbe Vertrauen. Wir wollen gute Beziehungen zu allen unterhalten und besonders zur Regierung, und wir bitten Gott, daß ihr Handeln Erfolg habe zum Wohl unseres Vaterlandes".

(Interview mit der chilenischen Wochenzeitung 'hoy', September 1979)



Kardinal Silva und General Pinochet beim Te Deum am 11. März 1981

In den Jahren seit dem Militärputsch am 11.9.1973 ist die Haltung, die die chilenische Kirche zum Militärregime einnimmt, im Ausland stark beachtet worden. In der BRD und anderswo gibt es fortschrittliche Organisationen, die sich die Solidarität mit der chilenischen Kirche zur Aufgabe gemacht haben, und die speziell in der Unterstützung des bekannten Solidaritätsvikariats (einer Einrichtung der chilenischen Kirche, die die Armen und die politisch Verfolgten unterstützen soll) – einen spezifisch christlichen Beitrag zum Kampf des chilenischen Volkes gegen die Diktatur sehen.
In der BRD sind dies unter anderen die Initiative Internationale Christliche Chilesolidarität' (IICCS) in Mainz und die katholische Studentengemeinde Münster (die eine auszugsweise deutsche Übersetzung der Zeitschrift des Solidaritätsvikariats „Solidaridad" herausgibt).

Wenn man die internationale Chilesolidarität am Spendenaufkommen mißt, muß man davon ausgehen, daß das Solidaritätsvikariat und andere kirchliche Institutionen den

größten Teil der Solidaritätsspenden empfangen, die heute aus dem Ausland nach Chile fließen, und daß sich die Gesamtheit der nichtkirchlichen Organisationen, die sich im Widerstand gegen das Regime befinden – z.B. kirchenunabhängige Selbsthilfegruppen von Elendsviertelbewohnern oder auch die (verbotenen) Parteien der Linken [3]) – mit einem weitaus geringeren Spendenaufkommen aus dem Ausland begnügen müssen.
Eine Ursache für diesen Zustand ist das Abflauen der Chile-Solidaritätsbewegung, die in der BRD und anderen Ländern 1973 unter dem Eindruck des Militärputschs entstanden war. Es gibt nur noch sehr wenige Chilekomitees. Ein weiterer Grund ist die relative Isolation, in der die Gruppen von politisch aktiven Exilchilenen arbeiten, auf die Gründe hierfür kann ich hier nicht näher eingehen, eine der Ursachen ist die „konjunkturelle" Orientierung der linken Solidaritätsarbeit (vorgestern Chile, gestern Nicaragua, heute El Salvador); hier sollen nur einige Anmerkungen zur Bedeutung der Kirche für den chilenischen Widerstand gemacht werden. Ich beschränke mich im folgenden auf die katholische Kirche, obwohl auch die protestantischen Kirchen in Chile ein erhebliches sozialpolitisches Engagement entfalten, und ihre Aktivitäten an manchen Orten aufgrund besserer materieller Ausstattung und größerer Konfliktbereitschaft umfassender sind als die des Solidaritätsvikariats.
Es geht hier um die Kirche als Institution bzw. bürokratischer Apparat, denn die Kirche als Institution verfügt über materielle Macht, zahlt die Gehälter der Angestellten des Solidaritätsvikariats, gibt Zeitschriften heraus usw. Es geht hier nicht um eine „Kirche von unten" über deren Stärke man allenfalls Mutmaßungen anstellen kann (der ehemalige Leiter des Solidaritätsvikariats in Concepcion, Enrique Moreno, schätzte den Anteil der Linken innerhalb des Klerus auf drei bis fünf Prozent), sondern um die „offizielle" Kirche. Fortschrittliche Priester und Bischöfe, die sich stärker für das Volk engagieren wollen, sind auf den Spielraum angewiesen, den ihnen der Konsens der Hierarchie gestattet, müssen mit Versetzung rechnen, oder damit, daß ihnen der Geldhahn abgedreht wird, wie das im letzten Jahr mit dem Solidaritätsvikariat der Fall war. Die Haltung die die offizielle Kirche, repräsentiert durch die Bischofskonferenz und den Kardinal Silva Henriquez, seit 1973 gegenüber der Militärdiktatur einnimmt, läßt sich etwa so zusammenfassen: Die Kirche bezweifelt weder die Legitimität des Regimes noch den Katholizismus seiner Repräsentanten und sie stellt sich in dieser Hinsicht nicht nur nicht gegen das Regime, sondern verschafft ihm so auch eine ideologische Legitimation. Diese Haltung entspringt dem Wunsch, die Einheit der Kirche und ihren gesellschaftlichen Einfluß zu bewahren. Bei der Verfolgung dieses Ziels tun sich jedoch Widersprüche auf:
In dem Maß wie innerhalb Chiles die Verbrechen des Regimes bgekannter werden, sieht sich die Kirche gezwungen, zu diesen Verbrechen Stellung zu nehmen, wenn sie nicht ihre moralische Legitimation einbüßen will, andererseits ist die Militärdiktatur für die Stärkung der Macht der Kirche eine fast ideale Staatsform, weil sie alle nichtkirchlichen Organisationen, bis hin zu den Vereinigungen der mittleren und kleinen Unternehmer, in ihrem Betätigungsfeld weitaus stärker einschränkt als die Kirche.
Für die Arbeiter und die Bewohner der Elendsviertel ist es bis heute fast unmöglich, außerhalb kirchlicher Räume Versammlungen abzuhalten, ein Zustand, der der Kirche breite Einflußmöglichkeiten bietet.
Es ist auch keine Übertreibung zu sagen, daß der gesellschaftliche Einfluß der Kirche heute weitaus größer ist als unter der christdemokratischen Regierung Frei (1964 - 1970) und diesen Einfluß verdankt sie dem Regime. Die Repressionsmaßnahmen gegen einzelne Priester stehen dazu nur in scheinbarem Widerspruch.
Zwischen der Unterstützung des Regimes und seiner Verurteilung wird so ein prekäres Gleichgewicht gehalten: „Der Kardinal muß wahre Kunststücke vollführen, um das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten zwischen jenen Priestern, die auf der Seite des Regimes stehen, der breiten Gruppe der Unentschiedenen und denen, die der Opposition angehören. In diesem Sinne ist die Kirche auch ein Abbild der Gesellschaft". [4])
So schwanken die Erklärungen des Kardinals und vieler Bischöfe zwischen harten Anklagen des Regimes und offener Kollaboration.
Die Haltung der offiziellen Kirche zum Regime hat in den Jahren seit dem Militärputsch verschiedene Phasen durchgemacht, die man vielleicht so einteilen kann:



1. 11. September 1973 bis Mitte 1974 Unterstützung des Militärputschs und wenig soziales Engagement für seine Opfer.
2. Mitte 1974 – Ende 1980: Kritik an einzelnen Verbrechen des Regimes, verstärktes soziales Engagement für seine Opfer.
3. Anfang 1981 bis heute: Verstärkter Rückzug auf die „geistlichen" Aufgaben der Kirche, teilweise Aufrechterhaltung der Kritik am Regime, aber weitgehende Liquidierung des sozialen Engagements (Einstellung der materiellen Hilfe, des juristischen Beistands für Gefangene usw.).

Phase 1: In den Tagen des Putsches, als der Terror der Militärs in den Straßen wütete, unterstützte die Kirche offen den Putsch. Diese Haltung entsprach auch der der christdemokratischen Partei, die den Putsch offen gefordert hatte und ihn zunächst uneingeschränkt unterstützte.
Die kirchliche Unterstützung des Putsches reichte in einigen Fällen bis zur offenen Rechtfertigung des Massakers: „Die Bewegung vom 11. September hat die Machtübernahme und die Vertreibung der illegitimen Inhaber der Macht mit bewundernswerter Schnelligkeit, Entschlossenheit, Wirksamkeit und hochgestellten Zielsetzungen durchgeführt. Die Kirche hat die Legitimität der Militärregierung sowohl in gemeinsamen Dokumenten des Episkopates als in Einzelaussagen mehrerer Bischöfe anerkannt. Ich bin der Auffassung, daß die Militärjunta, die Streitkräfte und die Polizei von den edelsten und für das Vaterland besten Zielsetzungen ... erfüllt sind. Wir verdanken den Streitkräften die Rettung Chiles und daher auch das

Leben und die Freiheit der Kirche in Chile ... Das Vaterland lag im Sterben, es ist auferstanden"
(Mons. Augusto Salinas, Bischof von Linares, März 1974)[5])



Im Leichenschauhaus von Santiago, September 1973

„Wie ein Kranker, der zum Sterben verurteilt ist und der durch eine geschickte Operation gerettet wird, hat das Land zwar etwas Blut verloren, ein bißchen Schmerz und Verwundung erlitten, die geheilt werden müssen. Aber man hat das Leben Chiles gerettet, die freie und unabhängige Nation. Das ist das Entscheidende, das ist das Positive."
(Mons. Emilio Tagle, Erzbischof von Valparaiso, 13.11. 1973)[6])
Der Bischof orientierte sich hier offensichtlich an einem bekannten Zitat Pinochets: „Die Demokratie trägt den Keim ihrer eigenen Zerstörung in sich. Man sagt, die Demokratie brauche von Zeit zu Zeit ein Blutbad, um Demokratie bleiben zu können. Zum Glück ist dies in Chile nicht eingetroffen. Wir haben nur einige Tropfen Blut vergossen."[7])
Typischer für die Haltung der Kirche in dieser Phase sind allerdings subtilere Formen der Unterstützung des Massakers:
An den ersten beiden Tagen des Putsches (11. und 12.9. 1973) war der Kanal 13, der Sender der Katholischen Universität, der einzige funktionierende Fernsehsender in Chile. Die Regierungssender der UP waren zerbombt, andere Fernsehsender sendeten nicht, und die Junta hatte noch nicht begonnen, ein eigenes Fernsehprogramm auszustrahlen. Unter den Bedingungen des Ausgehverbots, das vom 11.9. abends bis zum Morgen des übernächsten Tages dauerte, hatte der katholische Fernsehsender ein Informationsmonopol. Am 11.9. waren den Tag über Bombenangriffe gegen Regierungsgebäude, von Arbeitern besetzte Fabriken und Arbeiterviertel, gegen Zeitungen und Radiostationen geflogen worden.
Viele Menschen waren in den Straßen erschossen worden. Es gab wenige Chilenen, die solche Vorfälle nicht gesehen hatten, oder von Freunden erzählt bekommen hatten, aber kein Normalbürger konnte unter den Bedingungen des Ausgehverbots das Ausmaß des Massakers abschätzen. In dieser Situation rechtfertigte der katholische Sender das Blutvergießen.

Über das Programm des katholischen Fernsehens in den Tagen des Putsches berichtet ein Fernsehzuschauer in den Chile-Nachrichten. Er beschreibt zunächst die Predigten des Fernsehpfarrers Hasbún, die mit Methaphern vom jüngsten Gericht den Putsch rechtfertigen. Dann beschreibt er die Abendnachrichten, die an die ideologische Vorbereitung des Militärputschs durch die Rechte während der Zeit der Regierung Allende (1970 - 1973) anknüpfen:
„Diese Abendnachrichten knüpfen an eine etwa einjährige bewußte und vom katholischen Fernsehen auf breitester Basis eingeführte Kampagne des Massenmords an. Diese Kampagne fand statt unter dem Namen Djakarta und führte dem chilenischen Volk das große indonesische Massaker des Jahres 1965 vor Augen, in dem alle mittleren und höheren Kader der indonesischen Linken innerhalb weniger Wochen ermordet wurden.



„Djakarta wird kommen" Wandparole der Rechten zur Zeit der Unidad Popular. In Indonesien waren nach dem Militärputsch Suhartos 1965 ungefähr eine Million Menschen umgebracht worden – ganze Familien, die als Linke galten.

Die Djakartakampagne rief zur Wiederholung dieses Experiments in Chile auf, und wurde besonders unterstützt von den Zeitungen El Mercurio, La Segunda und Tribuna, von der Radiostation Radio Agricultura und vom Fernsehkanal der katholischen Universität.
Sie erreichte in diesen Abendnachrichten ihren Höhepunkt, als der Nachrichtensprecher davon sprach, daß in Indonesien alles gut ginge und das Land jetzt in einen Industriestaat verwandelt werde. Der Korrespondent des Kanals in Djakarta habe berichtet, daß es zwar noch Probleme gebe, und man nicht das Ziel aus dem Auge verlieren dürfe, daß man aber gleichzeitig mit Krediten aus dem Ausland rechnen könne.
Dies ist die typische verschlüsselte Form, in der diese Kampagne geführt wurde, nachdem einmal der Mehrzahl der Fernsehzuschauer des Kanals der Katholischen Universität bekannt war, was Djakarta bedeutete. Einen Korrespondenten des Kanals in Djakarta gibt es natürlich nicht. Unmittelbar auf diese Djakartanachricht folgten folgende Texte, die schon am Morgen des selben Tages die Nachrichten abgeschlossen hatten:
'An diesem 12. September begrüßen wir besonders alle Frauen, die den Namen Mariens tragen, und denen wir Glück wünschen an ihrem häuslichen Ort. Wir vertrauen darauf, daß Maria, die jungfräuliche Mutter und Köni-

gin des Landes, über ihr Volk wachen wird. Ehrerbietig erneuern wir unsere Einladung an alle, die an einen Gott, Herrn der Geschichte, glauben, damit das Gebet ihres Glaubens auf unser Volk die Gabe des Friedens, auf dem Weg über Gerechtigkeit, herabziehe. Die Katholische Universität Chiles begleitet Sie mit ihrer Botschaft der Hoffnung, Gottes, des Vaterlandes und der Universität.' '[8])
(Dieser Fernsehkanal wurde mit Geldern von Misereor und Adveniat aufgebaut).
Ganz generell ist die Haltung der Kirche in dieser Phase von der Unterstützung der Junta bestimmt; die Hierarchie widerspricht in dieser Frage sogar dem Papst.
Paul VI hatte unter anderem gesagt: „Die traurigen Nachrichten, über die gewalttätige Unterdrückung, die aus Chile kommen, bedrücken Uns... Es ist irrational und unmenschlich, blindlings zu Mordwaffen zu greifen, um die Ordnung herzustellen..." [9])
Kardinal Silva antwortete hierauf, es sei bedauerlich, daß einige geflüchtete Priester und Nonnen dem Papst ein falsches Bild von Chile vermittelt hätten. „Die chilenische Kirche erkennt die Regierungen an, die das Volk sich gibt" sagte er. [10])
Noch schwerwiegender ist in dieser Phase jedoch das fast vollständige Unterlassen von Hilfeleistungen für die Opfer des Regimes. Hier blieb es einzelnen Priestern und Bischöfen überlassen, die Initiative zu ergreifen: Es wurde als Sensation betrachtet, daß der Weihbischof Enrique Alvear eines Tages vor dem berüchtigten Folterzentrum der DINA, Villa Grimaldi, erschien und Einlaß verlangte, mit der Begründung, er habe gehört, hier würden einige Mitglieder seiner Gemeinde festgehalten.[11])
Seit Oktober 1973 arbeitete das „Komitee für den Frieden", das sich der Opfer des Regimes annahm. Es wurde bewußt als ökumenische Initiative gegründet, ohne direkte Verantwortung der katholischen Hierarchie. Prominentester Vertreter der katholischen Kirche in diesem Komitee war der Weihbischof Ariztia, der später auf Druck der Junta in den Norden Chiles versetzt wurde, er führte den Vorsitz gemeinsam mit Helmut Frenz, dem Bischof von 25.000 chilenischen Lutheranern.
Unter Verleumdungen und Verfolgungen, fast ohne Unterstützung der Kirche, entfaltete das Komitee eine beachtliche Aktivität in den Bereichen, die später auch das Tätigkeitsfeld des Solidaritätsvikariats waren: Rechtshilfe, materielle und medizinische Hilfe, Flüchtlingsarbeit, Einrichtungen von Werkstätten für die Arbeitslosen, Unterstützung der Landarbeiter, Volksküchen für die Kinder der Armen, Besuchsfahrten für Angehörige von Inhaftierten.

COMITE DE COOPERACION PARA LA PAZ EN CHILE ★

Eine Statistik vom 23.7.1974 weist 3.890 Rechtshilfeaktionen für politische Gefangene aus (es gab 19.000 politische Gefangene), Auswanderungshilfe in 2.371 Fällen, Nahrungsmittelhilfe in 2.720 Fällen, Reisen zum Konzentrationslager Chacabuco (1.500 km von Santiago) in 620 Fällen und medzinische Hilfe (nur für den Zeitraum Mai – Juli) in 563 Fällen.[12]) Dies bedeutet, daß nur ein Bruchteil der Bedürftigen versorgt werden konnte.
Auch diese bescheidenen Aktivitäten mußten eingestellt werden, als Ende 1975 auf Druck der Junta das Friedenskomitee von der Hierarchie der Kirchen aufgelöst wurde.

Phase 2: Die Erkenntnis, daß der Terror keine vorübergehende Erscheinung sein würde und die Notwendigkeit, ihren Masseneinfluß zu bewahren, veranlaßten die kirchliche Hierarchie ab Ostern 1974 eine Haltung „kritischer Neutralität" gegenüber der Junta einzunehmen und sich zumindest verbal für die Verfolgten einzusetzen. Am 10.4. besuchte der Kardinal das Konzentrationslager Chacabuco. Im Frühjahr 1976 wurde das Solidaritätsvikariat gegründet, das im Gegensatz zum Friedenskomitee der direkten Verantwortung der kirchlichen Hierarchie untersteht. 90 der ehemals 150 Mitarbeiter des Friedenskomitees wurden wieder eingestellt. Das Solidaritätsvikariat begann, in größerem Umfang materielle Hilfe zu leisten und die Kirche nutzte den Spielraum zur „Evangelisation" aus, den die politische Situation ihr bot.



Die legalen und halblegalen Aktivitäten der Linken waren und sind bis heute weitgehend auf die materielle Infrastruktur angewiesen, die die Kirche bereitstellen konnte. Politische und kulturelle Veranstaltungen der Linken konnten und können fast nur in kirchlichen Räumen stattfinden, ebenso hat die Kirche ein praktisch hundertprozentiges Monopol über Druck- und Vervielfältigungsmöglichkeiten. Für die Bewohner der Elendsviertel dürfte selbst eine Schreibmaschine nur im Rahmen krichlicher Strukturen erreichbar sein. Dies brachte und bringt den Volkswiderstand in eine vielfältige Abhängigkeit von der Kirche, und die Kirche nützt diese Tatsache aus, um ihren ideologischen Einfluß zu verstärken. Darunter ist zu verstehen der Druck, der auf die Volksorganisation ausgeübt wird, politische Mäßigung zu üben, denn man scheut den offenen Konflikt mit der Diktatur, zweitens die Propagierung spezifisch religiöser Inhalte (im Sinne einer reaktionär-individualistischen Orientierung auf das Seelenheil des Einzelnen), und drittens eine Förderung des Einflusses der christdemokratischen Partei.

Fortschrittliche Pfarrer, die eine wirkliche Bewußtseinsbildung anstreben, sehen sich einem starken Anpassungsdruck durch die Hierarchie ausgesetzt. Es gibt in Chile ungefähr 1500 Priester, von denen über die Hälfte Ausländer sind, und schon von daher wenig Möglichkeiten haben, sich in die politischen Verhältnisse des Landes einzumischen. Unmittelbar nach dem Putsch sind etwa hundert Priester ausgewiesen worden, was einen erheblichen Aderlaß für die Linke innerhalb der Kirche bedeutet hat. Auch Laien, die innerhalb kirchlicher Strukturen politische Arbeit machen, sehen sich einem vielfältigen ökonomischen Druck ausgesetzt. Dies gilt für Studenten, die von kirchlichen Stipendien abhängig sind, oder z.B. für die Frauen, die Stoffbilder (arpilleras) herstellen. Hier ist das Solidaritätsvikariat der einzige Abnehmer, weist zu „politische" Inhalte der Bilder zurück, oder schreibt gar spezifisch christliche Inhalte vor. Gleiches gilt für anderes Kunsthandwerk.
Feinsinnig sind oft die politischen Abgrenzungen: so durften z.B. die „Vereinigung der Angehörigen der politischen Gefangenen" und die „Verenigung der Angehörigen der Verschwundenen" ihre Sitzungen in Räumen des Solidaritätsvikariats abhalten, nicht aber die „Vereinigung der Angehörigen der Erschossenen". Die Begründung hierfür ist folgende: Das Problem der ersten beiden Gruppen ist zumindest theoretisch reparabel: Die Gefangenen können freigelassen werden, die Verschwundenen können wieder auftauchen. Die Ermordeten jedoch sind eindeutig tot, ihre Mörder eindeutig Handlanger der Diktatur; wollte sich die Kirche mit den Angehörigen der Opfer solidarisieren, dann müßte sie damit die Diktatur eindeutig des Mordes bezichtigen und dies soll offenbar in diesem Fall vermieden werden.



Als im Mai 1980 einige Arbeiter und Studenten die Kirche „Erzengel Michael" besetzten um mit dieser Aktion gegen die Massenverhaftungen am 1. Mai zu protestieren, veröffentlichte das Erzbischöfliche Ordinariat von Santiago eine Erklärung, es handle sich um eine „Usurpation", gegen die man „diejenigen rechtlichen Schritte ergreifen werde, die das Gesetz für solche Fälle vorsieht".[13]) Dann kam die Polizei.

Phase 3: Anfang 1981 wurde damit begonnen, drei Viertel der Mitarbeiter des Solidaritätsvikariats zu entlassen, soziale Hilfsprogramme (wie z.B. Volksküchen für Kinder) wurden offiziell anderen kirchlichen Stellen zugewiesen, kamen in der Praxis allerdings fast ganz zum Erliegen. Aus Protest gegen diese Maßnahme traten der Exekutivsekretär und drei Abteilungsleiter zurück. Es gibt Vermutungen, daß das Solidaritätsvikariat ganz verschwinden soll.



Diese einschneidenden Maßnahmen, die, auch wenn das Solidaritätsvikariat erhalten bleiben sollte, die Hinaussäuberung sämtlicher nicht-christdemokratischer Mitarbeiter bedeuten, sind Bestandteil eines Rückzugs der Kirche aus dem politischen Leben. Es fällt auf, daß die Veränderungen ausdrücklich *nicht* mit einer Verbesserung der politischen Situation begründet werden.
Ein Grund dürfte in der Lateinamerikapolitik von Papst Johannes Paul II. liegen, wonach ein zu direktes politisches Engagement der Kirche vermieden werden soll, der zweite ist ein innerchilenischer Grund:
Das kirchliche Engagement für die Entrechteten seit 1974 lief parallel mit Versuchen der Christdemokratie, eine Massenbasis für eine bürgerliche, gemäßigte Opposition gegen die Junta aufzubauen, und zu diesem Zweck auch beim ehemaligen Wählerpotential der Linken Einfluß zu gewinnen, bei den Arbeitern und den Bewohnern der Elendsviertel.
Da nach dem Plebiszit 1980 deutlich geworden ist, daß die Diktatur auf lange Zeit nicht gewillt ist, die Christdemokratie an der Macht zu beteiligen, ist dieses reformistische Projekt deutlich gescheitert. Die Christdemokratie geht zur offenen Kollaboration über und bemüht sich spürbar weniger um eine Massenbasis unter den Unzufriedenen.
Die neue Zurückhaltung der Kirche hat leider auch zur Folge, daß sie eine völlig legalistische Haltung einnimmt und den politischen Gefangenen die Unterstützung entzieht. Wer beschuldigt wird, Gewalt angewendet zu haben, bei gewalttätigen Aktionen mitgeholfen oder sie geplant zu haben –

und diesen Vorwurf erhebt die Junta heute bei so gut wie jedem politischen Gefangenen –, der kann auch nicht mehr auf juristischen Beistand durch die Kirche rechnen.
Diese veränderte Haltung der Kirche bekommen auch Gefangene zu spüren, denen gar keine Gewalttaten vorgeworfen werden, wie z.B. Manuel Almeyda, der Bruder eines Außenministers der Allende-Regierung; er arbeitete als Arzt beim Solidaritätsvikariat und wurde am 19.5.1981 von Agenten des Geheimdienstes CNI verhaftet und an einen unbekannten Ort verschleppt: „die Menschenrechte (werden) dann verteidigt, wenn die bestehenden Gesetze und Normen mißachtet werden, diese selbst werden aber nicht mehr hinterfragt. So hat das Solidaritätsvikariat im Fall Dr. Almeyda, immerhin Funktionär der Vicaria, auf dessen medizinische Aussagen sich die Anklagen der Rechtsabteilung des Vikariats gegen Folterer der Sicherheitsdienste gründeten, eine Haltung des Abwartens eingenommen, wie die Justizbehörden diesen Fall behandeln würden. Dr. Almeyda ist inzwischen wieder frei (Juli 1981), aber er war über die gesetzlich mögliche Zeit von 20 Tagen hinaus an geheimen Orten gefangen"[14])
Nach Artikel 24 der neuen chilenischen Verfassung können politische Gefangene bis zu 20 Tage lang vom Geheimdienst an „Orten, die keine Gefängnisse sind" festgehalten werden (sprich: Folterzentren). Eine Chance, diese Zeit der Folter für den Gefangenen zu verkürzen, besteht in einem Rechtshilfeersuchen (recurso de amparo) an ein ordentliches Gericht, den Aufenthaltsort des Gefangenen festzustellen und seine Unversehrtheit zu gewährleisten. Wird dieses Rechtshilfeersuchen nicht oder nicht rechtzeitig gestellt, bedeutet das, daß der Gefangene seinem Schicksal überlassen bleibt.
Die katholische Hierarchie war gerne bereit, das Inkrafttreten der neuen Verfassung, die die Verletzung der Menschenrechte institutionalisiert, mit einem TeDeum[15]) zu feiern. Zahlreiche Proteste von Priestern und Nonnen nützten nichts.
Ausländische Organisationen, denen es gelingt, ein Visum für einen politischen Gefangenen zu erhalten, was für diesen bedeuten kann, daß seine Haftstrafe in Ausweisung umgewandelt wird, erhalten heutzutage vom Solidaritätsvikariat Briefe wie den folgenden:[16])

Sehr geehrter Herr,
wir haben Ihr freundliches Schreiben vom ..... erhalten, welches ein Angebot für ein Stipendium für einen Chilenen enthält, um das Land verlassen zu können.
Zuerst möchten wir Ihnen sehr aufrichtig für das Angebot danken und Ihre Sorge, die sich aus der Konfliktsituation ergibt, in der sich eine große Anzahl von Chilenen befindet. Allerdings sehen wir unsere Aufgabe nicht darin, die Ausreise weiterer Chilenen zu fördern, vielmehr erscheint uns die Rückkehr der Landsleute sehr wichtig, denen vielfach die Wiedereinreise nicht erlaubt wird. Vielleicht können wir Formen der Zusammenarbeit bei dieser Aufgabe finden.
Wir möchten Ihnen nochmals danken und verbleiben
mit freundlichen Grüßen
Javier Luis Egana Baraona
Exekutivsekretär

Exilchilenen, die legal ins Land zurückkehren wollen – was selbstverständlich bedeutet, dort auf jede politische Aktivität zu verzichten – mögen diese Haltung des Solidaritätsvikariats vielleicht begrüßen; es darf allerdings bezweifelt werden, ob diejenigen viel Verständnis dafür aufbringen, die heute in Chile Widerstand gegen das Regime leisten und deswegen verfolgt und eingekerkert werden.

Asylverfahren von politisch verfolgten Chilenen in der BRD hat das Solidaritätsvikariat in letzter Zeit dadurch erschwert, daß es Aussagen über die politische Verfolgung einzelner Personen nicht mehr macht, wenn die Betroffenen darum bitten, sondern nur noch auf Anfrage von Regierungsstellen.
Diese Entwicklungen innerhalb der Kirche veranlassen die chilenische Linke, sich verstärkt um eine größtmögliche Unabhängigkeit von der Infrastruktur zu bemühen, die die Kirche bereitstellt.
Solidaritätsgruppen im Ausland sollten den Schluß ziehen, nicht das Solidaritätsvikariat zu unterstützen, sondern die Organisationen des chilenischen Widerstands oder das „Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volks", CODEPU. (Siehe die beiden Aufrufe in diesem Heft).

cn

1) Arbeitsgemeinschaft Christen für Chile: *Chile, Herausforderung für Christen,* Wien, o.J. S. 31
2) A. Feid, *Plaza de Armas 444*
Generell sind die öffentlichen Äußerungen des Kardinals in Chile juntafreundlicher als seine Statements auf Auslandsreisen oder gegenüber ausländischen Journalisten, doch wuchs tatsächlich in den ersten Jahren nach dem Putsch die Distanz zwischen Kirche und Regime.
3) Über das Spendenaufkommen der Kommunistischen Partei Chiles können wegen ihrer guten Verbindungen zum Ostblock allerdings keine Angaben gemacht werden.
4) F. Mires, *Die Nachhut ohne Vorhut,* Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung, 1982, S. 12
5) *Chile, Herausforderung* ... S. 70 f.
6) und 7) loc. cit. S. 34
8) Chile-Nachrichten Nr. 14, März 1974, S. 28
9) L'Osservatore Romano, 14.10.1973, zit. in: *Chile una esperanza aplastada,* Estella (Navarra) 1975, S. 253
10) Le Monde, 12.11.1973
11) Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile, Bonn, Rundbrief 30/1982
12) *Chile, Herausforderung* ..., S. 82 ff.
13) El Rebelde, Nr. 162, Juni 1980
14) KHG Münster, Editorial zu „Solidaridad auf Deutsch" Nr. 19, Juli 1982
15) Feierlicher Dankgottesdienst für außergewöhnliche Anlässe
16) Mit Rücksicht auf zukünftige Aktionen dieser Art können hier keine näheren Angaben gemacht werden.



Chiles Linke arbeitet jetzt zusammen

Interview mit einem Repräsentanten des Komitees zur Verteidigung der Rechte des Volkes (CODEPU)

Frage: „Kannst Du uns sagen, wer in Eurem Komitee arbeitet, und welche Ziele es hat?“.
Antwort: „In CODEPU arbeiten verschiedene (verbotene) Parteien der chilenischen Linken zusammen. Das sind die sozialistische, die kommunistische, die radikale Partei, die Bewegung der revolutionären Linken (MIR), die christliche Linke (IC) und die Bewegung der einheitlichen Volksaktion (MAPU). Damit gibt es zum ersten Mal eine gemeinsame Organisation der Linksparteien. Das zeigt den Fortschritt im Kampf des chilenischen Volks. Unsere Organisation ermöglicht den Basisorganisationen und demokratischen Persönlichkeiten, die für die Rechte des Volkes kämpfen, sich zu treffen und zu koordinieren. Hier arbeiten gemeinsam Gewerkschaften, Frauen- und Studentenorganisationen, Organisationen der Elendsviertelbewohner, der Kirche, der Angehörigen von politischen Gefangenen und von Exilierten und Verbannten. So versuchen wir die Maxime der CUT in die Tat umzusetzen, des Gewerkschaftsverbandes vor dem Militärputsch, „die Einheit macht uns stark“. CODEPU entstand im November 1980. Seither setzen wir uns ein für die sozialen Rechte des Volks und für die Menschenrechte und machen Aufklärungsarbeit, um den Kampf des Volks für seine demokratischen Rechte zu unterstützen.“

F.: „Wir wissen, daß es sehr schwierig ist, gegen die Unterdrückung in Chile anzukämpfen. Inwieweit kann eure Organisation offen arbeiten?“
A.: „Wir sind eine illegale Organisation, die offen arbeitet. Deshalb werden wir ständig von der Diktatur überwacht. Der politische Kampf in Chile hat zwei Fronten:
Eine ist die der offenen Massenarbeit, sie soll Bewußtsein schaffen und die Leute vereinen, damit sie die Angst verlieren und handeln können — diese Arbeit macht CODEPU.
Es gibt andere Genossen, die beschlossen haben zu den Waffen zu greifen, um den Sturz Pinochets vorzubereiten. Logischerweise fürchtet die Diktatur diese Leute mehr. Um gegen die Untergrundkämpfer vorzugehen, muß die Diktatur sich an die Leute halten, die ihr bekannt sind. Die Diktatur überwacht und verfolgt uns ständig, um herauszukriegen, ob wir uns jemandem nähern, der im Untergrund arbeitet. Mich selber haben sie zweimal festgenommen, aber wen sie wirklich eliminieren wollen, das ist der militärische Teil des Widerstands.
Unter anderem sorgen wir dafür, daß die politischen Gefangenen einen Verteidiger erhalten. Bedauerlicherweise hat die Kirche erklärt, daß sie die Verteidigung jener Linker nicht übernehmen wird, die von der Staatsmacht wegen Waffenbesitzes angeklagt werden, wegen Gewaltanwendung, Anschlägen auf Folterer oder Spitzel usw. Wir glauben, daß das chilenische Volk das Recht hat, Widerstand zu leisten, sich zu verteidigen, wenn es physisch angegriffen wird. CODEPU verteidigt daher alle, auch die, die wegen Terrorismus angeklagt sind.

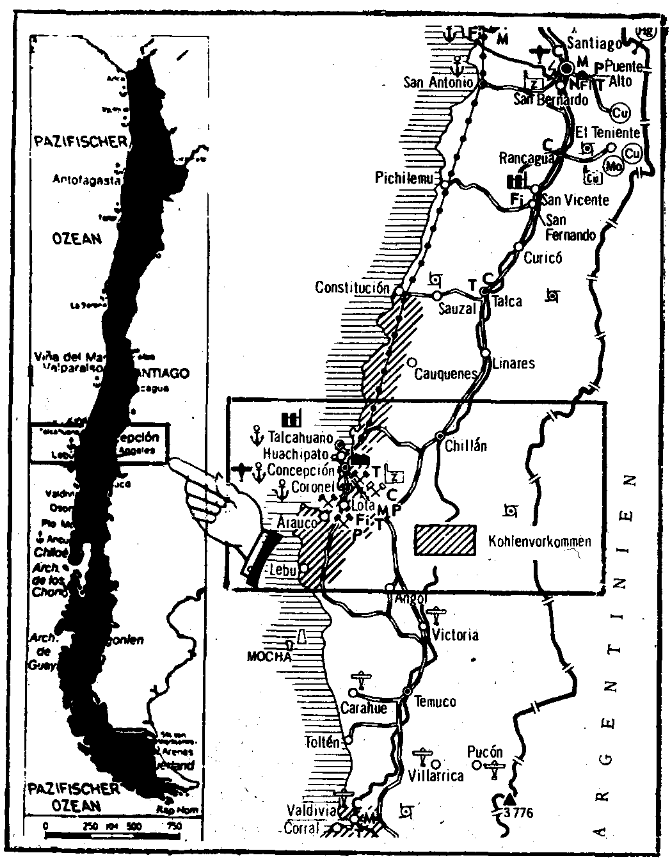
Die Tatsache, daß die Junta Anklagen erhebt, beweist noch lange nicht, daß sie auch gerechtfertigt sind.“

(Im August 1982 warf der Geheimdienst CNI nach einer Massendemonstration gegen die Wirtschaftspolitik der Junta eine Brandbombe in das CODEPU-Büro in Santiago. Alle Akten, die dort aufbewahrt waren, wurden durch den Brand vernichtet und 14 CODEPU-Mitglieder festgenommen.)

F.: „Du schlägst uns ein konkretes Projekt vor, für das du um die Hilfe der Solidaritätsbewegung in Deutschland bittest. Es ist eine Zeitung, die ihr in Concepción herausgebt. Kannst du uns etwas erläutern, an wen sie sich richtet und inwieweit sie das Volk auch wirklich erreicht?“
A.: „Bisher ist die Zeitung noch sehr klein. Unsere finanzielle Lage erlaubt nicht mehr. Die Zeitung hat bis zu zehn Seiten. Das wichtige an ihr ist, daß sie widerspiegelt, was an den verschiedenen Fronten des Kampfs im ganzen Land vorgeht. Sie richtet sich an die Leute, die in einem dieser Bereiche arbeiten: in Elendsvierteln, Gewerkschaften, an der Universität . . ., sie richtet sich an den Teil des Volks, der unter den heutigen Zuständen zu leiden hat, unterdrückt und mißachtet wird. Die Auflage beträgt bisher nur 500 Exemplare, sie wandern von Hand zu Hand. Die Region von Concepción hat 1,5 Millionen Einwohner. Unsere Möglichkeit, auf diese Weise zu verbreiten, was im Land vorgeht, ist also minimal. Die Zeitung erscheint einmal im Monat. Wir brauchen einen elektrischen Kopierer, eine Abziehmaschine, mehr Schreibmaschinen. Ohne bessere Arbeitsmöglichkeiten ist es nicht möglich, die Zeitung auszuweiten. Ziel für dieses Jahr ist eine Auflage von 2500, damit könnten wir die Verbreitung vervielfachen.
Die Junta hat viel gelernt und gibt viel Geld dafür aus, das Volk falsch zu informieren. Zeitungen können die Leute kaum kaufen, so bleiben hauptsächlich Radio und Fernsehen. Jeder Europäer der Chile besucht, wird merken, daß das Fernsehen in allen Programmen die Ideologie des Kapitalismus und eines schon krankhaften Konsumismus und Antikommunismus verbreitet. Dümmliche Programme mit viel Sport, Sex und Prostitution sollen die Realität verschleiern . . .“

Wir bitten um Spenden für die Zeitung der CODEPU in der Region Concepción auf das folgende Konto:
Aktion Dritte Welt, Sonderkonto Chilehilfe.
Konto-Nr. 187136-750 Postscheckamt Karlsruhe.
Nicht vergessen, das Kennwort CODEPU anzugeben.

F.: „Du bist Rechtsanwalt bei den Gewerkschaften des Kohlebergbaus. Kannst du uns etwas über den Streik der Bergleute im letzten Jahr erzählen?“



A.: „Bei ‚Filial Schwager' z.B. arbeiten 1700 Bergleute. Sie haben ihre Gewerkschaft erst vor einem Jahr aufgebaut. Ihr altes Unternehmen wurde zweigeteilt, was allerdings nur ein juristischer Trick war, um die Gewerkschaft zu spalten. (In Chile dürfen Gewerkschaften nur auf Betriebsebene gebildet werden). Die Firma wurde dabei reprivatisiert und die Bergleute wurden zu neuen Bedingungen wieder eingestell, d.h. nicht zu den Bedingungen, die seit vor 1973 gegolten hatten. Das bedeutete, daß ihre alte Gewerkschaft verschwand, und mit ihr eine Reihe von Errungenschaften aus früheren Jahrzehnten, z.B. übertarifliche Zulagen, eine Gefahrenzulage: die Mine ist ein Kilometer tief und erstreckt sich sechs Kilometer unter dem Meer, die Gefahr verschüttet zu werden ist daher sehr groß.
Ziel der Streikforderung war nur, zurückerobern was man schon einmal besaß, um nicht mehr nur vom Tariflohn leben zu müssen, der zur Zeit im Schnitt 8.000 Pesos monatlich beträgt (550 DM, bzw. nach Freigabe des Wechselkurses 250 DM). Vorher hatten die Arbeiter etwa 15.000 Pesos zur Verfügung gehabt. Der Streik dauerte 25 Tage. In dieser Zeit lebten die Arbeiter vom Essen in den Gemeinschaftsküchen, die in verschiedenen Elendsvierteln der Minenstadt Coronel eingerichtet wurden. Insgesamt entstanden 20 Gemeinschaftsküchen, in denen immer viele Familien gemeinsam aßen. Das war möglich durch die Unterstützung von Arbeitern anderer Bereiche, Lebensmittelhändlern und Studenten. Zur Durchsetzung der Forderungen wurden Demonstrationen und Pressekonferenzen durchgeführt und Flugblätter verteilt.
Allein der Kaufkraftverlust durch die Inflation seit 1973 bedeutete für die Arbeiter den Verlust von 50% des Reallohns. Deshalb haben die Arbeiter bei der ersten sich bietenden Möglichkeit zu Tarifverhandlungen eine Lohnerhöhung von 54% über den Index der Verbraucherpreise hinaus gefordert. Das Unternehmen bot zu Beginn nur an, die Löhne nicht noch weiter zu senken. Schließlich erhielten die Arbeiter 3% mehr, also drei Pesos mehr am Tag, was knapp dem Preis einer Schachtel Streichhölzer entspricht. Die Firma konnte so hart bleiben, weil sie eine wichtige Waffe hat: sie darf politisch aktive Arbeiter, Agiteure und Streikführer entlassen. Außerdem machte sie sich bei den Arbeitern der Hunger bemerkbar, und die Hilfe von außen war nicht die bestmögliche."

F.: „Ein Ziel der Wirtschaftpolitik der Junta ist es, die staatlichen Unternehmen zu reprivatisieren, und die Löhne zu kürzen."
A.: „Das ist richtig. Die Minen, die Eigentum der staatlichen Minengesellschaft ENACAR sind, gehören auch dazu. Der Plan zielt darauf ab, Personal zu reduzieren und die Löhne zu senken, damit Privatleute die Unternehmen kaufen, die mit einem Minimum an Arbeitern, die für geringe Löhne arbeiten, gute Profite versprechen."

F.: „Kannst du etwas zu den Problemen in den Bergarbeitersiedlungen und in den Elendsvierteln sagen?"
A.: „Die Probleme der Bergarbeiter in dieser Region sind die gleichen, die andere Teile der Bevölkerung und andere Regionen haben. Die Lebensbedingungen der Pobladores, der Bewohner der Elendsviertel, sind überall gleich. Sie leben in kleinen Häusern aus Holz, ohne Licht, Wasser und befestigten Boden, sechs, sieben Personen leben in einem Raum, oft müssen mehrere in einem Bett schlafen, all das führt zu Alkoholismus, Bettelei, Drogensucht (mit der Billigdroge Neopren), Prostitution und Verbrechen. Gleichzeitig verbreitet sich die Unterernährung. In Arauco etwa, der Region der Kleinbauern und Mapucheindianer leiden 80% der Bevölkerung an Tuberkulose. Im ganzen Land fehlt eine Million Wohnungen. Oft reichen die niedrigen Löhne nicht, um die Miete, das Wasser und, wenn vorhanden, den Strom zu bezahlen.
Die Regierung gibt eine Arbeitslosigkeit von 13% zu.


Eine ‚olla comun' (Streikküche), die von streikenden Frauen organisiert wird.



Ein Sack Kohlerückstände bringt 1,05 DM. Wenn die Kinder helfen, schafft die Frau ca. 10 Säcke am Tag.



Aber dabei sind nicht die Beschäftigten des Mindestarbeitsprogramms berücksichtigt, die 1350 Pesos im Monat verdienen (70 DM). Addiert zu der ersten Zahl bedeutet das 20% Arbeitslose. Unsere Region ist mit am stärksten von den Folgen der Wirtschaftspolitik betroffen.

Die Hilfsarbeiten, die mit dem Kohleabbau zu tun haben, haben stark zugenommen. So etwa die Chinchoreros, die Kohlereste aus dem Meer fischen und an die Unternehmen verkaufen, die Leute, die aus den Abraumhalden Kohle suchen, oder Löcher graben, um Kohle zu finden, deren Abbau sich für die Unternehmen nicht lohnt. Das sind Arbeiten auf eigene Rechnung, bei denen die Leute mit viel Mühe Kohle gewinnen, um sie dann zu niedrigen Preisen an die Bergbauunternehmen zu verkaufen. Aufgrund der schlechten Lebensbedingungen haben auch viele Leute angefangen, aus den fahrenden Zügen der Bergwerksgesellschaften Kohle zu stehlen. Sie werfen die Kohle neben die Gleise, sammeln sie dann wieder ein und verkaufen sie wieder an die Unternehmen."



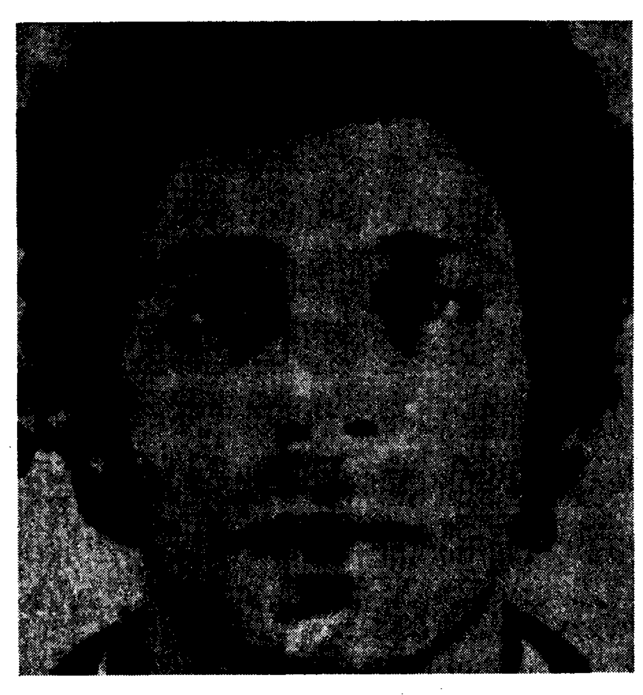
Kriegsgerichte in Chile

Verteidigungsrede eines chilenischen Widerstandkämpfers



Kriegsrecht und Kriegsgerichte kennzeichneten die blutige Machtübernahme der chilenischen Militärjunta am 11. September 1973. In Inquique, Válparaiso, Rancagua, San Fernando, Talca, Talcahuano, Temuco, Valdivia und Osorno gab es damals solche Kriegsgerichte. Einer der größten Prozesse vor einem Kriegsgericht war der von Temuco im März 1974, bei dem in zwei Tagen über 50 Mitglieder der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) abgeurteilt wurden, wobei zwei Todesurteile verkündet wurden.
Nach fast acht Jahren „Normalität" verfügte die chilenische Diktatur im März 1981 die Wiedereinführung der Kriegsgerichte (Decreto Ley 3.655). Vor diese Gerichte werden fortan alle diejenigen gestellt, die bewaffneter Aktionen beschuldigt werden, und die bisher vor einfachen Militärtribunalen abgeurteilt worden waren. Im Folgenden veröffentlichen wir die Verteidigungsrede von Guillermo Rodriguez in seinem Kriegsgerichtsverfahren im Oktober 1981.
Guillermo Rodriguez wurde im August 1981 durch Mitglieder des Geheimdienstes CNI verhaftet und 20 Tage lang in einem geheimen Gefängnis der CNI gefoltert, wobei er schwere Knochenbrüche davontrug. Er kam dann in eine Strafzelle des öffentlichen Gefängnisses von Santiago. Strafzelle deswegen, weil der Geheimdienst behauptete, seine schweren Verletzungen seien die Folge einer Schlägerei unter Häftlingen. Als seine Frau ihn besuchen durfte, war er nicht in der Lage, mit ihr ein Gespräch zu führen.
Zur gleichen Zeit wurde seine Mitkämpferin Arcadia Flores, Mitglied der Vereinigung der Angehörigen der verschwundenen politischen Gefangenen, auf der Straße von CNI-Agenten ermordet. Am 27. August 1981 wurde er, zusammen mit Adalberto Muñoz und Eugenio Pizarro, der Militärjustiz übergeben. Den drei wurden 40 Widerstandsaktionen zur Last gelegt, darunter Banküberfälle, über 20 Brandstiftungen und zwei Attentate auf CNI-Agenten, von denen eins erfolgreich war. Während Eugenio Pizarro wegen erwiesener Unschuld freigelassen werden mußte, bekam Adalberto Muñoz ein Verfahren vor einem Kriegsgericht unter den Modalitäten für Friedenszeiten, wohingegen Guillemo Rodriguez ein Verfahren vor einem Kriegsgericht unter den verschärften Modalitäten für *Kriegszeiten* bekam.
Im Folgenden Auszüge aus der Verteidigungsrede Guillermo Rodriguez', die er aus dem Gefängnis schmuggeln konnte:

„Meine Herren Offiziere des Kriegsgerichts, ich stehe hier vor Ihnen, um mich für den Tod eines Beamten des Geheimdienstes zu verantworten und für 31 weitere Verbrechen gegen die Sicherheitskräfte und den Geheimdienst, die ich angeblich begangen haben soll (...)
Ich erkläre mich schuldig, daß ich in einer Arbeiterfamilie geboren bin und seit meiner Kindheit Hunger und Elend kennengelernt habe, daß ich mir unter Schwierigkeiten eine Bildung angeeignet habe und schon in früher Jugend begriffen habe, daß die chilenische Gesellschaft auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrheit durch einige wenige beruht, und daß diese Wenigen sich dabei des Militärs als Unterdrückungsapparat bedienen. (...)
Ich gebe zu, daß ich im September 1973 wie viele andere Chilenen mich mit Waffen dem Militärputsch widersetzt habe; dem Putsch, den das Militär durchgeführt hat, um den Präsidenten Allende zu stürzen, um das kapitalistische Herrschaftssystem wieder aufzurichten, um das Volk in seine Schranken zu weisen, ihm mit Gewalt die Rechte zu entreißen, die es sich erkämpft hatte und um die Parteien der Linken zu vernichten, besonders die Revolutionäre. (...)



Guillermo Rodriguez

Ich gebe zu, daß ich mich im Ausland der breiten Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk angeschlossen habe, nachdem ich zwei Jahre im Gefängnis gesessen hatte und dann ausgewiesen worden war. (...)
Ich übernehme die Verantwortung dafür, daß ich mich nicht damit abgefunden habe, gezwungenermaßen im Exil zu leben und daß ich mich aus freien Stücken dazu entschlossen habe, nach Chile zurückzukehren, um mich wieder dem Kampf für die Freiheit anzuschließen.
Ich gestehe, daß mein Entschluß sich gefestigt hat, als ich das Unrecht sah, das das chilenische Volk täglich erleidet. (...)
Die Unterdrückung, die ich vorfand, war schlimmer; wer ein Dach über dem Kopf haben will, gegen den wird Gewalt angewendet, Gewerkschafter werden eingesperrt, nur weil sie Forderungen erhoben haben, bekannte Leute, die sich für die Menschenrechte einsetzen, werden des Landes verwiesen, die Justiz verteilt Ausweisungen, Verbannungsurteile und Gefängnisstrafen für Arbeiter, Studenten, und für all diejenigen, die ihre Stimme erheben, um ihre Rechte einzufordern; mehr noch, sogar in den Gefängnissen wird verfolgt und quält sie die politischen Gefangenen. Und ich habe auch, wie alle Chilenen, die „Gerechtigkeit" des Unterdrückungsapparats gesehen, der junge Menschen umbringt, wie Arratia, Jara, Olivares, Horta Jopia, Polanco und Riveros, ich habe gesehen, wie man mit der Arbeitsgesetzgebung die Unterdrückung der Arbeiter institutionalisiert und mit dem Universitätsgesetz die Unterdrückung der Studenten usw. (...)
Es lohnt sich nicht, hier die Situation der Unterdrückung und des Elends auszumalen, der die Chilenen ausgesetzt sind, es reicht, zu sagen, daß wir heute unter der Herrschaft des Hungers und der Repression leben, und wenn es in einem Land Hunger und Repression gibt, ist es gerechtfertigt und unvermeidlich, daß sich Widerstand regt, denn der Widerstand ist ein Recht, das sich die Menschheit erworben hat, in der Geschichte ihres Kampfes gegen die Unterdrücker, und immer haben die Unterdrücker den Widerstand verurteilt. (...)
Jede Verbesserung ihrer Lage, die die chilenischen Arbeiter erkämpft haben, ist durch Rebellionen und Streiks erkämpft worden und die Kosten waren Massaker und Gefängnisstrafen ... Deshalb hat das Volk selbst den Widerstand organisiert, er ist nichts anderes als die geheime Organisation der Unterdrückten, mit der sie ihr Widerstandsrecht in die Tat umsetzen und für ihre gerechten Forderungen kämpfen. Sie wissen, daß ihre Hoffnungen nur Wirklichkeit werden können, wenn die Diktatur gestürzt ist.



Mobilisiert Euch für einen kämpferischen 1. Mai

Denn für den Widerstand ist klar, daß die Diktatur sich nur auf die Gewalt der Waffen und des Militärs stützt, daher bemühen wir uns, dieser Gewalt die Kraft des Volkes entgegenzustellen, auf sozialem, politischem und militärischem Gebiet, denn wir wissen, daß wir die Diktatur nur werden stürzen können, wenn wir ihr ein Heer des Widerstands gegenüberstellen, das dem Militär überlegen ist. Deshalb haben wir uns entschlossen, einen revolutionären Krieg zu beginnen, denn dies erlaubt es uns, in allen Bereichen zu kämpfen, legal und im Untergrund, mit Propaganda und mit Waffen, denn im Lauf dieses revolutionären Kriegs werden wir in kleinen militärischen Auseinandersetzungen unsere eigenen militärischen Kräfte entwickeln.
Ich bekenne mich schuldig, zu dieser Miliz zu gehören und absolut überzeugt zu sein, daß nur der Volkskrieg uns frei machen wird. Während der kurzen Zeit, die ich in Freiheit in Chile war, habe ich mich dem Aufbau dieser Miliz gewidmet. Diese Volksmilizen sind nichts anderes als Gruppen von Arbeitern, Studenten, Bauern, Jugendlichen und Erwachsenen, Männern und Frauen, die zu den Waffen greifen, um ihr Recht auf Rebellion in die Tat umzusetzen.
Mit wenigen Worten: Dem Aggressionskrieg gegen das Volk, den die Monopole und das Militär gegen das chilenische Volk führen, setzt der Widerstand mit seinen Milizen den Krieg des Volkes entgegen.
Denn es ist klar, daß sich in Chile die erste Phase eines Volkskriegs entwickelt, auch wenn die offizielle Propaganda Chile als eine „Oase der Ordnung, des Friedens und der Ruhe" darstellt, das zeigen die mehr als 150 bewaffneten Aktionen der Milizen in Santiago und im ganzen Land während des Jahres 1980, das zeigen und beweisen die Überfälle auf Kasernen in Santiago und die heroische Guerilla in Neltume, die Keimzelle des Volksheeres des Widerstands. (...)
Es ist eine Maskerade ohne jede juristische oder moralische Bedeutung, wenn Sie hier ein Mitglied des organisierten Widerstandes den das Volk gegen die unterdrückerische Diktatur leistet, vor ein Kriegsgericht stellen, damit erkennen Sie zwar stillschweigend an, daß es in Chile einen bewaffneten Konflikt gibt, aber Sie müßten dann auch bereit sein, weitere Konsequenzen aus dieser Situation zu ziehen, ich zähle nur ein paar davon auf: Die Anwendung des Kriegsrechts müßte sich auf beide kriegführende Parteien erstrecken. Das bedeutet, daß den Kriegsverbrechern, die sich in den Reihen des Militärs und des Geheimdienstes befinden, der Prozeß gemacht werden müßte; das bedeutet, daß die Täter, Komplizen und Vertuscher von tausenden Fällen von Folter, Mord und Verschwindenlassen von Personen verurteilt werden müßten.
Nicht nur Kämpfer des Volkswiderstands sind Opfer dieser Verbrechen geworden, sondern auch unbeteiligte Zivilisten und Menschen, die mit bewaffneten Aktionen nichts zu tun hatten. Den Tätern müßte der Prozeß gemacht werden, unabhängig von Dienstgrad oder Funktion, ob sie noch im aktiven Dienst sind oder nicht, wie es das internationale Recht vorschreibt. Ein Kriegsverbrechen ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und als solches kann es nicht verjähren.
Die vielen Widerstandskämpfer, die als gewöhnliche Verbrecher in den Gefängnissen sitzen, müßten in Kriegsgefangenenlager überführt werden, die internationalen Normen entsprechen. Eine unparteiische internationale Organisation müßte beauftragt werden, zwischen den kriegführenden Parteien zu vermitteln, ich schlage vor, an das internationale Komitee des Roten Kreuzes in Genf heranzutreten.
Was meine eigene Verantwortlichkeit betrifft, habe ich folgendes zu sagen: Man klagt mich an, in 30 Fällen Sabotage

und Brandstiftung verübt zu haben; ich gebe zu, daß diese Aktionen vom Volkswiderstand durchgeführt wurden im Rahmen der Kampagne: „Wenn es keine Wohnungen für die Armen gibt, soll es auch keine Häuser und Vergnügungszentren für die Reichen geben" (...)
Man klagt mich an, an der Besetzung von Radio Portales teilgenommen zu haben, und ich gestehe mit Stolz, daß der Widerstand meine Stimme und die meiner Genossin Arcadia Flores Perez, genannt Marcela Victoria, ausgewählt hat, um eine Botschaft an das Volk zu verbreiten. Diese Botschaft wurde mittels einer bewaffneten Aktion am 29. April 1981 ausgestrahlt, denn es war unmöglich, sie offiziell über die Massenmedien zu verbreiten, denn hier in Chile gibt es keine Meinungsfreiheit, geschweige denn Freiheit der Medien.

Marcela Victoria wurde von der „Brigade zur Untersuchung von Überfällen" am 16. August 1981 ermordet.
Man klagt mich an, an der Verteilung von Lebensmitteln teilgenommen zu haben, die die Milizen im Jahr 1980 in der Siedlung „La Victoria" durchgeführt haben; ich gestehe, daß es angesichts des Hungers und des Elends der Menschen, die dort leben, legitim ist, die großen Unternehmen, die mit dem Lebensnotwendigen ihr Geschäft machen, zu enteignen und die Lebensmittel zu verteilen.
Man klagt mich an, an der Enteignung von Banken teilgenommen zu haben, und ich gebe zu, daß der Widerstand diese Aktionen durchgeführt, um die Milizen und den gesamten Kampf mit mehr Kraft zu entwickeln. (...)
Die Hauptanklage und der Anlaß für diesen Kriegsgerichtsprozeß ist die Hinrichtung eines CNI-Agenten durch den Widerstand und ein Attentat gegen eine Agentin des Geheimdienstes. Unabhängig davon, daß ich, wie mein Anwalt ausgeführt hat, nur einen Befehl an die Milizgruppe weitergeleitet habe, möchte ich darauf hinweisen, daß diese Situation eine Folge der Methoden der Diktatur ist. Seit 1973 wurden tausende von Chilenen ermordet, sind verschwunden, wurden hingerichtet, gefoltert und gequält von den Sicherheitsdiensten. (...)
Meine Herren Offiziere, als Mitglied der Volksmilizen, als Offizier, der von den gegnerischen Truppen gefangengenommen worden ist, weiß ich, daß dieses Kriegsgericht nicht unparteiisch urteilen wird. Jede Strafe, die Sie mir auferlegen, weise ich zurück, denn ich akzeptiere nur das Urteil des Volkes, des Widerstands und meiner Partei. Auch in meiner Lage als Kriegsgefangener werde ich die moralische Kraft haben, weiterzukämpfen..."

Am 9. Oktober 1981 wurde Guillermo Rodriguez in einem Prozeß, der weniger als 24 Stunden dauerte, zu lebenslanger Haft verurteilt.

Vergiftung von Gefangenen im öffentlichen Gefängnis von Santiago

Am 8. Dezember 1981 wurden sieben Gefangene des öffentlichen Gefängnisses in Santiago, darunter 4 politische Gefangene, Opfer einer Lebensmittelvergiftung. Erst als einer der Gefangenen starb, erhielten die übrigen medizinische Hilfe, was jedoch den Tod eines zweiten Opfers nicht verhindern konnte. Den Angehörigen der politischen Gefangenen wurde das Hinzuziehen eines Arztes ihres Vertrauens verweigert.
Unter den schwer erkrankten Gefangenen befindet sich auch Guillermo Rodriguez. Sein Zustand ist ernst. Er leidet nicht nur an den Folgen der Knochenbrüche aufgrund der Folter, sondern hat aufgrund von Folter und Vergiftung auch ein Auge verloren und steht kurz vor der Erblindung.

Die politischen Gefangenen protestierten dagegen, daß das Essen höchstwahrscheinlich mit Erregern einer Lebensmittelvergiftung versetzt worden war, mit einem Hungerstreik und der Forderung an das Justizministerium nach einer Untersuchung. Die Reaktion der Behörden war eine Bestrafung dieser Gefangenen und ihre Verlegung bzw. Verteilung auf andere Strafanstalten.

Schreibt Protestbriefe nach Chile!

Wir bitten alle Leser Protestbriefe nach Chile zu schreiben, in denen gegen die Vergiftung von Gefangenen protestiert, die sofortige ärztliche Versorgung Guillermo Rodriguez' gefordert und die Kriegsgerichte in Chile verurteilt werden.

Offener Brief

Sra. Ministro de Justicia Monica Madariaga.
Ministerio de Justicia.
Santiago Chile

Kopie an:

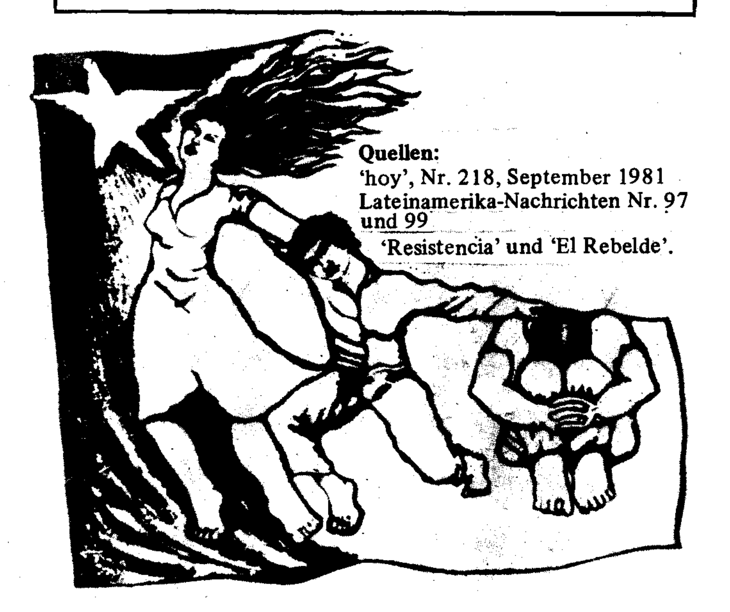
Vicaria de la Solidaridad
Plaza de Armas 444
Santiago Chile

Brieftext:

Protestamos energicamente contra los Consejos de Guerra en Chile y pedimos su derogación.
Pedimos que se le otorgue a Guillermo Rodriguez un tratamiento médico eficiente, para que recupere su salud.

Ich protestiere energisch gegen die Einrichtung von Kriegsgerichten in Chile und fordere deren Abschaffung.
Ich fordere, daß Guillermo Rodriguez eine angemessene medizinische Behandlung erhält, damit er seine Gesundheit wiedererlangt.

Spenden mit dem Kennwort „Widerstand" bitte auf das Konto:
Aktion Dritte Welt, Sonderkonto Chilehilfe
Konto Nr. 1871 36 - 750 Postscheckamt Karlsruhe



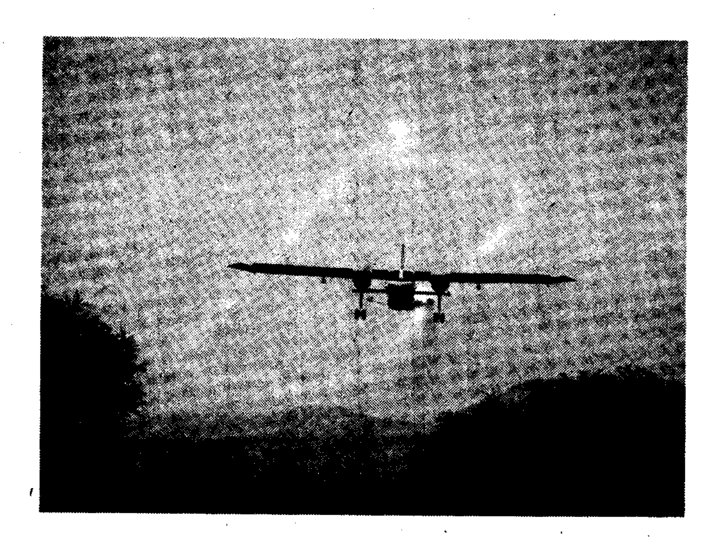
Quellen:
'hoy', Nr. 218, September 1981
Lateinamerika-Nachrichten Nr. 97 und 99
'Resistencia' und 'El Rebelde'.

Pflanzengifte

Der Kreislauf des Gifts

Zur Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes

Die chemische Industrie der Bundesrepublik produziert derzeit rund 150.000 Tonnen Pestizide (Pflanzenschutzmittel") pro Jahr. Der weitaus größte Teil davon, nämlich rund 140.000 Tonnen gehen in den Export.
In der Bundesrepublik dürfen nur Pflanzenschutzmittel auf den Markt gebracht werden, die nach dem Pflanzenschutzgesetz von 1968 zugelassen, d.h. von der Biologischen Bundesanstalt geprüft sind. Es gibt rund 80.000 verschiedene Wirkstoffe in mehr als einer Million Zubereitungen, und allein in der BRD kommen jährlich zwei- bis dreihundert Stoffe dazu. Es liegt auf der Hand, daß die Prüfungen da nicht allzu gründlich sein können. Kenner der Praxis der Biologischen Bundesanstalt berichten denn auch, daß dort nur rund 10% der vorgelegten Präparate wirklich geprüft werden, für den Rest übernimmt die Bundesanstalt einfach die Daten der Hersteller. Dennoch ist die Zulassung der Bundesanstalt für die Landwirte das entscheidende Argument, wenn es um die Verträglichkeit für Mensch und Umwelt der von ihnen angewandten Mittel geht.
Betroffen von dieser ungenügenden Prüfung sind freilich nur die rund 10.000 t Pestizide aus deutscher Produktion, die im Inland abgesetzt werden, sowie die etwa doppelt so große Menge, die eingeführt wird. Die 140.000 t Jahresproduktion an Giftstoffen für die Landwirtschaft, die in den Export geht, unterliegt dagegen nach dem Pflanzenschutzgesetz keinerlei Kontrolle. Sie werden weder geprüft, geschweige denn identifiziert.
Ein Teil dieser Produktion geht in Länder, die ihrerseits Zulassungsbestimmungen für Pflanzenschutzmittel haben. Der größte Teil der Länder der Dritten Welt ist jedoch nicht in der Lage, die Gefährlichkeit der für unentbehrlich gehaltenen und daher importierten Pestizide zu erkennen und zu beurteilen. Nach einer neueren Untersuchung der Landwirtschaftsorganisation der UNO, der FAO, gibt es in 81 Staaten keine Pflanzenschutzgesetze, also keinerlei Beschränkungen für die Biozidausbringung. In weiteren 26 Staaten existieren zwar Gesetze, doch ist über ihre Durchführung und damit die Effizienz solcher Vorschriften nichts bekannt. Nur 31 Staaten kennen ein „geordnetes Pflanzenschutzwesen".
Somit gelangt ein unbekannt großer Teil dieser 140.000 Tonnen ungeprüft von der Produktion bis auf die Felder. Darunter sind auch Präparate, die in der Bundesrepublik zur Anwendung nicht erlaubt sind, wie z.B. Quecksilberverbindungen oder Hexachlorbenzol. Auch aus den USA ist bekannt. daß die dortige Chemieindustrie in den USA verbotene Präparate in der Dritten Welt losschlägt.
Aus verschiedenen Ländern der Dritten Welt sind in der letzten Zeit Auswirkungen von landwirtschaftlich eingesetzten Bioziden bekannt geworden, die etwa das Vogelsterben am Bodensee durch Endrin als harmlose Panne erscheinen lassen.
Auf den riesigen Plantagen im Norden Mexikos, die fast ausschließlich für den US-Markt produzieren, sterben jedes Jahr hunderte von Landarbeitern an Pflanzenschutzmitteln. In einer einzigen Provinz in Kolumbien haben Forscher 7.000 Vergiftungsfälle durch Pestizide in den vergangenen 25 Jahren nachgewiesen. Immer häufiger treten dort auch Mißbildungen bei Säuglingen wie Hasenscharte oder Spaltrachen auf, die auf Kontamination durch Pflanzenschutzmittel zurückzuführen sind. Auf philippinischen Reisplantagen traten nach der Grünen Revolution, die unter anderem eine erhebliche Steigerung der ausgebrachten Mengen an Pestiziden mit sich brachte, Hauterkrankungen in epidemischem Umfang auf. Nach neueren Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden jedes Jahr inzwischen weltweit eine halbe Million Menschen durch landwirtschaftliche Biozide vergiftet, 5.000 davon tödlich.

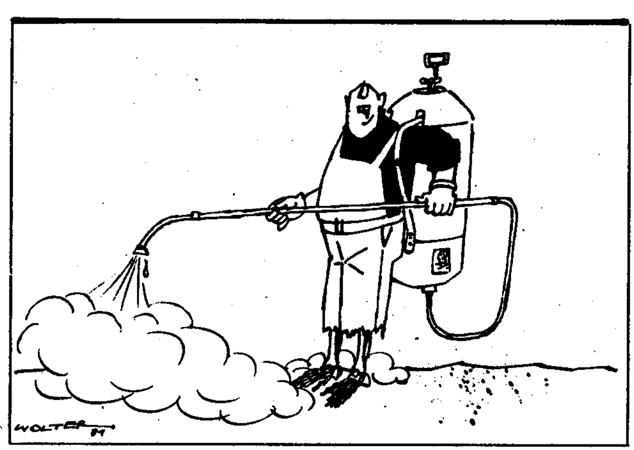


In der Dritten Welt werden bisher etwa rund 25% der weltweit produzierten Pestizide eingesetzt. Die Zahl der Opfer dagegen ist dort dreizehn mal so hoch wie in den Industrieländern. Das liegt natürlich nicht nur daran, daß dort auch extrem gefährliche, hier verbotene Stoffe produziert und angewandt werden. Gravierend ist vor allem die Art und Weise der Ausbringung. Auf Plantagen werden selbst dann Felder bedenkenlos von Flugzeugen aus besprüht, wenn sich dort Landarbeiter aufhalten. Oft sind ganze Regionen so verseucht, daß die Bevölkerung nur noch Wasser zur Verfügung hat, das von Bioziden kontaminiert ist. Die Behälter der Giftstoffe werden, wie unter den Armen der Dritten Welt allgemein üblich, „rezykliert", d.h. z.B. als Trinkwasserbehälter weiterverwandt, da die Bevölkerung die Gefahren dieser für sie neuen Stoffe oft gar nicht kennt oder aber wegen ihrer Armut sich nicht effektiv schützen kann.

Wo keine effektiven staatlichen Schutzmaßnahmen für die Landarbeiter und Bauern bestehen, und das ist in der Dritten Welt praktisch nirgendwo der Fall, sind sie den Managern der Plantagen und den Vertretern der Chemieindustrie hilflos ausgeliefert. Pflanzenschutzmittel werden in vielen Ländern der Dritten Welt von Vertretern mit

Umsatzprovision vertrieben, die natürlich nur an höchstmöglichem Verbrauch, kaum jedoch an richtiger Dosierung und Sicherheitsmaßnahmen interessiert sind.
Dabei müssen die katastrophalen Auswirkungen der Pestizide auf die menschliche Gesundheit und das menschliche Leben nur als die Spitze eines Eisberges gelten. Darunter verbergen sich oft weitreichende ökologische Zerstörungen, die sich zudem erst langfristig auswirken. Selten nur treten sie so spektakulär auf wie vor kurzem in Venezuela, wo die Regierung einen Küstenabschnitt mit einem Herbizig „säuberte", und zwar so gründlich, daß schon kurz nach dem Einsatz mehr als 90 Tonnen toter Tiere die Gegend verseuchten und das Gebiet für ungewisse Zeit unbewohnbar geworden ist.
Pestizide können, wie die genannten Beispiele zeigen, große akute Vergiftungen an höheren Lebewesen verursachen. Neben dieser unmittelbaren toxischen Gefahr besteht jedoch die ökologisch noch gravierendere Gefahr langfristiger Veränderungen, die sich oft nur schleichend ausbreiten – eine Gefahr, die vor allem mit dem Rückstandsproblem der chemischen Verbindungen in Zusammenhang steht. Typisch in dieser Hinsicht ist das DDT, das für den Menschen keine unmittelbar erhebliche toxische Wirkung hat, dafür umso einschneidendere Langzeitwirkungen. Über die Nahrungsketten vor allem der Weltmeere ist es inzwischen bis in die letzten Winkel der Erde vorgedrungen und bedroht inzwischen sogar die Pinguine mit dem Aussterben. Obwohl DDT seit längerem in den größten Industriestaaten verboten ist, steigen die weltweit festgestellten Rückstände immer noch an. Das liegt zum einen an seiner großen Langlebigkeit (exakte Halbwertzeiten lassen sich wegen der klimaabhängigen Verfallszeiten nicht angeben), zum anderen einfach daran, daß DDT in zahlreichen Staaten weiterhin angewandt und weiter produziert wird (natürlich auch von den Chemiekonzernen der Industrieländer wie z.B. von Hoechst in Brasilien). Das, obwohl DDT schon fast als einzigartiger Studienfall einer Chemikalie gelten kann, deren Ausbreitung, Zerfallsprodukte, Langzeitwirkungen und -schäden weltweit seit vielen Jahren erforscht sind und weiter werden, so daß es heute Symbolwert für die Gefährlichkeit von Agrarchemikalien besitzt, eine Position, die es möglicherweise ganz zu Unrecht von zahllosen, kaum erforschten anderen Substanzen abhebt.

Der Export von Pestiziden bzw. die Verlagerung ihrer Produktion in Länder der Dritten Welt richtet aber eben nicht nur dort unabsehbare Schäden an. Über die Vernetzungen des Welt-Ökosystems, und schneller und direkter noch über den intensiven Welthandel mit Agrarprodukten kehren die Giftstoffe auch wieder zu uns zurück. „Wir sind darüber erstaunt, mit welcher Gelassenheit die Öffentlichkeit die Tatsache hinnimmt, daß importierte Nahrungsmittel noch immer Rückstände solcher Chemikalien aufweisen dürfen, deren Anwendung deutschen Bauern längst verboten ist," erklärte vor kurzem der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, Gustav Sühler. Es wäre allerdings Illusion, zu glauben, daß schärfere Bestimmungen bei den Rückstandsmengen in importierten Lebensmitteln den Giftimport verhindern könnten. Bei der unübersehbaren Anzahl an heute verbreiteten gefährlichen Wirkstoffen ist es finanziell und zeitlich gar nicht möglich, auch nur Stichproben von den importierten Lebensmitteln in halbwegs aussagekräftigem Umfang zu nehmen. Eine Rückstandsanalyse auf nur einen Wirkstoff kostet heute bereits rund 300 DM. Rückstandsanalysen sind daher nur sinnvoll, wenn nach bestimmten Chemikalien gesucht wird. Allgemeine Untersuchungen von Proben. deren Herkunft bzw. Anbaubedingungen nicht detailliert bekannt sind, sind mittlerweile sinnlos geworden. Diese Ansicht wird auch von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Eschborn vertreten, die seit 1961 den chemischen Pflanzenschutz als wichtige Entwicklungsmaßnahme für die Staaten der Dritten Welt propagiert hat. Alarmiert von den Ergebnissen gelegentlicher Proben an importierten Lebensmitteln, hat sie es sich inzwischen zur Aufgabe gemacht, in Ländern der Dritten Welt Rückstandslaboratorien einzurichten, bzw. solche Labore mit zu fördern. Die Untersuchungen in diesen Laboratorien können natürlich wesentlich gezielter sein, da die Herkunft und die zu erwartenden Kontaminationen der Proben besser bekannt sind. Dementsprechend erschreckend fallen teilweise die Ergebnisse aus. Bei Gemüseproben in Sri Lanke wurden in über der Hälfte aller gezogenen Proben Rückstände festgestellt, die nach den derzeit gültigen, keineswegs ausreichenden deutschen Höchstmengenverordnungen unzulässig wären. Im Sudan wurden bei Baumwollpresskuchen, der zu den beliebtesten Importfuttermitteln gehört, DDT-Werte von 0,74 ppm im Durchschnitt (gemessener Höchstwert 1,32 ppm) festgestellt. Rückstände in Futtermitteln sind besonders bedenklich, da sie über die tierische Nahrungskette erst noch konzentriert werden, ehe sie den menschlichen Körper erreichen.
Auf der kürzlich in Nairobi veranstalteten Umweltkonferenz der UNO wurden die Gefahren des weltweiten Pestizideinsatzes und der damit verbundenen Giftkreisläufe zwar angesprochen. Es wurde aber auch deutlich, daß die eigentlich notwendigen, weltweit koordinierten Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Gefahren, z.B. Aufbau eines Informations- und Analysenetzes einstweilen nicht zu erwarten sind. Eine große Koalition aus Industrieinteressen der entwickelten Länder und vermeintlichen Entwicklungsinteressen der Staaten der Dritten Welt hat ernsthafte Maßnahmen bisher verhindert.



„Keine ökologische Gefühlsduselei – das Unkraut und Ungeziefer muß weg"

Es ist daher logisch, daß man sich in der Bundesrepublik Gedanken macht, welche nationalen Maßnahmen dann wenigstens ergriffen werden könnten. Derzeit wird daher vor allem diskutiert, ob Pflanzenschutzmittel die exportiert werden, in die Vorschriften des Pflanzenschutzgesetzes, das ohnehin zur Novellierung ansteht, einbezogen werden sollen. Dabei stehen sich bisher die Positionen des für den Umweltschutz zuständigen Innenministeriums und des für die Chemieinteressen offenbar zuständigen Landwirtschaftsministeriums gegenüber. Während im Innenministerium dafür plädiert wird, in den § 7 PflSchG, der bisher die Bestimmungen für den Import von Pestiziden regelt, auch entsprechende Bestimmungen für den Export aufzunehmen, damit nicht weiterhin jähr-



lich 140.000 Tonnen Gifte ungeprüft exportiert werden, ist man im Landwirtschaftsministerium strikt gegen eine solche Regelung. Schwankend ist die Haltung des Entwicklungshilfeministeriums (BMZ), wo man zwar einerseits die Gefahren sieht und auch nach Altemativen zum chemischen Pflanzenschutz Ausschau hält, andererseits aber weder der Industrie noch den „Partnerstaaten" zu nahe treten will. Im BMZ denkt man unter anderem an die Ausarbeitung eines intemationalen „Verhaltenskodex" für den Vertrieb von Pflanzenschutzmitteln, der ähnlich wie der kürzlich beschlossene Kodex für die Hersteller von Babynahrung die schlimmsten Auswüchse beseitigen soll. Wegen des ungleich größeren und unübersichtlicheren Marktes bei Pestiziden dürfte der Effekt jedoch minimal sein.

Im entwicklungspolitischen Ausschuß des Bundestags wurde das Problem vor kurzem ebenfalls diskutiert, wobei die unterschiedlichen Meinungen und Interessenspositionen deutlich wurden. Viel Druck in Richtung auf eine vemünftige Lösung wird man von diesem Gremium freilich nicht erwarten dürfen solange es einen derart rabiaten Vertreter der Chemieinteressen wie den CDU-Abgeordneten Heinz Günther Hüsch zum Sprecher hat, für den die „Gleichsetzung von Pflanzenschutzmitteln mit Giften" eine realitätsfremde Vorstellung ist, die umfassend nachgewiesene Ausfuhr von verbotenen Pflanzenschutzmitteln in die Dritte Welt eine „Legende", und der statt des seit Jahrzehnten erforschten weltweiten Kreislaufs des Gits nur einen Kreislauf von Vorurteilen erkennen kann. Den Beamten des Innenministeriums, der die Argumente für eine Exportkontrolle vortrug, kanzelte Hüsch im entwicklungspolitischen Ausschuß als Eiferer ab.

Dabei hatte das Innenministerium lediglich darauf aufmerksam gemacht, daß die fehlende Kontrolle des Exports der Pflanzenschutzmittel nicht nur eine Gefahr für die Anwender in den Entwicklungsländem bedeutet, sondem auch für die Konsumenten hierzulande, weil die aus Entwicklungsländern importierten Lebensmittel entsprechende Rückstände aufweisen. Und die schlichte Feststellung dieses Beamten, daß die Haltung der Reagan-Administration, die mit einer ihrer ersten Maßnahmen die Kontrolle des Pestizidexports aufhob, die Aussicht auf eine internationale Regelung des Problems verschlechtert habe, verbat sich Hüsch als „Angriff gegen die USA".

Die Chemieindustrie selbst nimmt eine seltsam widersprüchliche Haltung ein. Einerseits betonen ihre Vertreter natürlich immer, daß ihre Präparate „bei richtiger Anwendung" ohnehin ungefährlich seien, daß natürlich auch in den Export nur gründlich geprüfte Produkte gingen, daß die hier nicht zugelassenen Stoffe auf jeden Fall woanders angemeldet würden, und daß ohnehin praktisch keine hier verbotenen Pestizide exportiert oder im Ausland produziert würden. Auf der anderen Seite wehrt sie sich gegen eine Exportkontrolle. Zunehmend nervös reagiert die Branche auf jeden Versuch, ihr Expertentum in Frage zu stellen. Bei den heutigen Produktionskosten müsse die Industrie, so der Verkaufsleiter der BAYER AG und Präsident der GIFAP, der intemationalen Vereinigung der Chemieindustrie, Wemer Gebauer, vor dem entwicklungspolitischen Ausschuß in Bonn, auch die Sicherheit haben, daß sie in der Lage sei, die Produkte auch zu verkaufen. Dies gehe nur, wenn über den Einsatz der Produkte von Fachleuten entschieden werde und nicht von gesellschaftlichen Gruppen. Welche gesellschaftlichen Gruppen er meinte, und was er von ihnen hält, hat Gebauer schon im September 1981 in Zürich auf einem Symposium der intemationalen Großchemie offenbart, als er Konsumentengruppen, Forschergruppen, Kirchen und Gewerkschaften als „selbstemannte Apostel" qualifizierte, die der Chemieindustrie „am allermeisten verdächtig" seien.

Der Vorstoß des BMI zur Kontrolle der Pflanzenschutzmittelexporte wird zweifellos das Problem des Giftkreislaufs nicht beseitigen. Er ist jedoch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und sollte auch in der Öffentlichkeit massive Unterstützung erfahren.

Lit.
Al Imfeld, Agrochemie in den 80er Jahren, in: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 22/23, 1981, S. 22f
Heinz Günther Hüsch, Pflanzenschutzmittel für die Dritte Welt – ein wirtschaftlicher Neokolonialismus? in: Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 2, 1982
GTZ, Rückstandsprobleme im Pflanzenschutz der Dritten Welt, Eschborn 1978
Lötsch, Bernd, Die Gefahren chemischer Schädlingsbekämpfungsmittel, in: IFOAM, Nr. 33, 34, 35, 1980

Hinweis: ein INTERNATIONALES PESTIZIDENNETZWERK „PAN" wurde von 200 Konsumentengruppen, Umweltschutzvereinigungen, Bauerngruppen, Forschungsinstitutionen etc. aus der ganzen Welt vor kurzem in Malaysia gegründet.
Kontaktadresse: c/o Erklärung von Bern, Gartenhofstr. 27, CH-8004 Zürich

Rainer Huhle

Kultur

Kultur von unten — Druck von oben

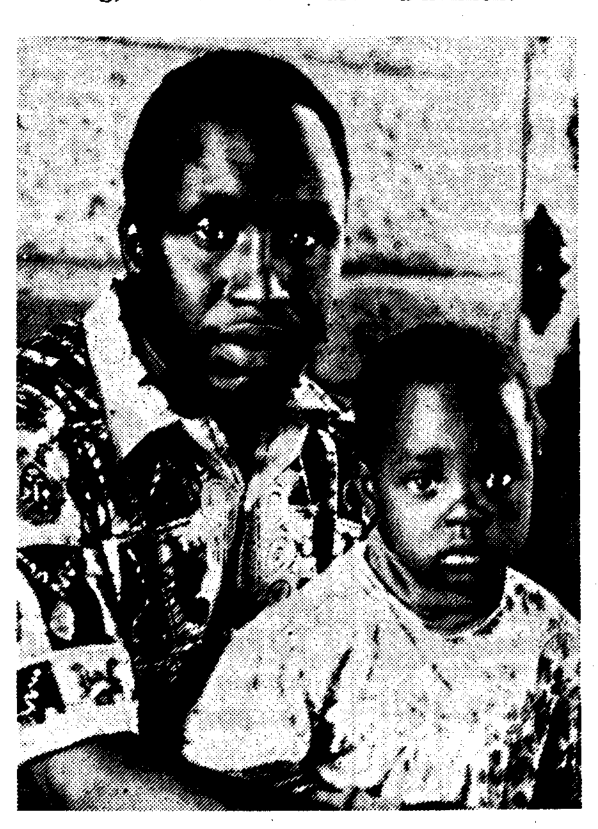
Der Fall Ngugi wa Thiong' o

Vom 30. 10. – 1. 11. 82 veranstaltet der Dritte-Welt-Laden Essen ein Seminar, das aufgrund des gescheiterten Militärputsches vom 1. 8. in Kenia von besonderer Aktualität ist. Das Thema: „Literatur im Kampf um die Befreiung. Zum Beispiel Kenia: Freiheit mit gesenktem Kopf." Die Relevanz der Veranstaltung rührt allerdings nicht nur von der zeitlichen Nähe zu den jüngsten Ereignissen in Kenia her, sondern mehr noch von ihrem Inhalt. Im Mittelpunkt soll nämlich der kenianische Schriftsteller Ngugi Wa Thiong'o stehen, ein Mann also der nicht nur in seinem Werk, sondern auch in seinem persönlichen Schicksal die problematische Situation widerspiegelt, die wahrscheinlich zu dem Putschversuch geführt hat.

Denn tatsächlich ist Kenia alles andere als jener Hort wirtschaftlicher und politischer Stabilität, als den es seine herrschende Clique immer wieder darzustellen versucht. Hinter der äußeren Fassade politischer Liberalität verbirgt sich nämlich eine autoritäre Alleinherrschaft — erst die Kenyattas, dann die seine Nachfolgers Moi — wie sie sonst auf dem Kontinent üblich ist, während die soziale Realität, die sich jenseits Strandhotels und der teuren Geschäftsstraßen von Nairobi auftut, zunehmend von sozialen Ungleichheiten gekennzeichnet ist. Ungleichheiten, die bestehen zwischen der neureichen Elite, die ihren meist durch Korruption und gut bezahlte Staatsämter erworbenen Wohlstand ungeniert zu Schau stellt, einerseits und der vor allem in Nairobi ständig wachsenden „Randgruppe" von Arbeitslosen, chancenlosen Schulabgängern, alleinstehenden Müttern usw. andererseits.

Ngugi Wa Thiong'o ist nun jemand, dem die Spannungen und Frustrationen, die sich hier anstauen, schon seit langem bekannt waren und nicht erst, seit sie am 1.8. mit der Verwüstung und Plünderung von Nairobis Geschäftviertel — über 200 Millionen DM soll der Gesamtschaden betragen haben! — gwaltsam zum Ausbruch kamen. Seine Bücher, wie „Weep not Child", „Petals of Blood" oder „A Grain of Wheat" stellten schon immer eine schonungslose Kritik an den neuen Herren Kenias dar, die mit ihrer hochtrabenden „Entwicklungsrhetorik", ihren dreiteiligen Nadelstreifenanzügen, ihren Diplomatenkoffern und den teuren Mercedessen die alten Herren nicht nur sklavisch nachäffen, sondern ihnen auch an Arroganz und Selbstgefälligkeit in nichts nachstehen[1]. Und von jeher hatte er die Lage der Bauern beschrieben, ihre Hoffnungen vor und ihre Enttäuschungen nach der Unabhängigkeit, ebenso die Situation der Frauen, die für ihn die „Ausgebeuteten unter den Ausgebeuteten" sind.

Freilich bekam Ngugi Wa Thiong'o aber auch bald zu spüren, wie eng in einem armen Land wie Kenia die Grenzen für eine politisch engagierte Literatur gesteckt sind. Denn während er im Ausland, nicht zuletzt durch zahlreiche Übersetzungen, als „progressiver, afrikanischer Schriftsteller" immer bekannter wurde und die ersten Doktorarbeiten über ihn bereits in der Planung waren, wurden seine Bücher von denen, für die er sie eigentlich geschrieben hatte — die „wananchi", die einfachen Leute — praktisch gar nicht gelesen: verstehen sie doch weder Englisch, um ein ganzes Buch lesen zu können, noch haben sie überhaupt das Geld übrig, um sich eines kaufen zu können!



Der Schriftsteller mit seiner jüngsten, während seiner Haft geborenen Tochter.

Ngugi Wa Thiong'os Bücher waren in Kenia aber nicht nur weitgehend wirkungslos, schlimmer noch, diese Wirkungslosigkeit führte obendrein auch noch dazu, daß er, ohne es zu wollen, mithalf, jene Fassade von politischer Liberalität aufrechtzuerhalten, die er mit seinen Büchern ja eigentlich hatte einreißen wollen. Denn ohne Gefahr für sie selbst konnte die Regierung ihm nicht nur großzügig die Veröffentlichung sei-

ner Bücher gestatten, sie konnte ihn darüberhinaus auch als Aushängeschild für ihre liberale, Kritik nicht scheuende Haltung präsentieren. So machte sie ihn zum Professor für Literatur an der Universität Nairobi und 1977 war es sogar der damalige Finanzminister Kibaki selbst, der seinen Roman „Petals of Blood"[2] gewissermaßen mit dem Segen der Regierung in der Öffentlichkeit vorstellte.

Doch bald — zum Glück für Ngugi Wa Thiong'o, so konnte man fast sagen, ließ die Regierung ihre liberale Maske bald fallen und zeigte ihr wahres, repressives Gesicht: nur wenige Monate nach Kibakis öffentlicher Laudatio war er seinen Universitätsposten schon wieder los und fand sich obendrein noch im Gefängnis wieder — ohne Anklage, ohne Prozeß und natürlich erst recht ohne Urteil. Was war geschehen?

Ngugi Wa Thiong'o hatte ein Theaterstück geschrieben, in dem er die Situation der kleinen Bauern vor und nach der Unabhängigkeit verglichen und die entsprechenden Schlüsse daraus gezogen hatte. Das war an sich noch nichts Neues, ähnliche Stoffe hatte er auch schon früher bearbeitet — wie eben in „Petals of Blood". Und doch gab es einen großen Unterschied zu früher: diesmal hatte er nämlich das intellektuelle Ghetto des Englischen verlassen und sein Stück auf Kikuyu geschrieben, der Sprache seines eigenen und mit etwa 3 Millionen Menschen auch größten Volkes Kenias. Und er hatte es von den Betroffenen für die Betroffenen spielen lassen! Die Schauspieler waren nämlich sämtlich Laien — Bauern, Arbeiter, Arbeitslose und Jugedliche — während der Aufführungsort ein eigens von de Bevölkerung dafür erbautes Freilichttheater in Kamiriithu war, einem Dorf in der Nähe von Nairobi.

Die Regierung war jedenfalls von dem Gedanken, daß Bauern sich selbst organisieren könnten, derart erschreckt — zumal wenn sie, wie hier geschehen, dabei auch noch Zulauf aus dem ganzen Land bekommen — daß sie alle Rücksichten auf ihre internationale Reputation fallen ließ. Ngugi Wa Thiong'o blieb jedenfalls im Gefängnis, bis er nach Kenyattas Tod durch eine vom neuen Präsidenten Daniel Arap Moi erlassene Amnestie wieder auf freien Fuß kam. Doch auf der schwarzen Liste des Regimes blieb er offensichtlich dennoch stehen, trotz des neuen, unter dem Motto „Love, Peace and Unity" stehenden Kurses der Regierung Moi. Einem zweiten Stück Ngugi Wa Thiong'os, einer Art von volkstümlichen Musical, ebenfalls auf Kikuyu geschrieben und von Laien dargestellt, ging es jedenfalls nicht besser als dem ersten. Ursprünglich hatte das Kulturministerium den Leuten von Kamiriithu sogar versprochen, zehn Vorstellungen im Nationaltheater von Nairobi zu subventionieren, doch wenige Tage später wurde dieses Angebot dann plötzlich kommentarlos zurückgezogen. Obwohl die ersten Vorstellungen schon längst ausverkauft waren, fand die auf den 19. 2. 82 angesetzte Premiere nicht statt. Die Polizei hatte dem Theater untersagt, die Truppe für die technischen Proben einzulassen und die Provinzverwaltung verweigerte ohne weitere Begründung die Bühnenlizenz. Daraufhin wurde im täglich vollbesetzten Theatersaal der Universität weitergespielt, bis die Gruppe auch hier verjagt wurde. Ein Angebot aus Zimbabwe, das Stück am dortigen Unabhängigkeitstag aufzuführen, konnte ebenfalls nicht wahrgenommen werden, weil sich die kenianische Regierung weigerte, den Schauspielern die dafür notwendigen Reisepässe auszustellen. Schließlich ging die Regierung so weit — gewissermaßen als Höhepunkt ihrer „Kulturpolitik" — das in mühsamer Kleinarbeit erbaute Freilichttheater von bewaffneten Polizisten abreißen und das mit dem Theater verbundene autonome Gemeinschaftszentrum auflösen zu lassen.

In letzter Zeit setzt sich in der Internationalismus-Diskussion immer mehr die Erkenntnis durch, daß die Abhängigkeit der Dritten von der Ersten Welt nicht nur etwas mit Rohstoffpreisen und Terms of Trade zu tun hat, sondern auch etwas mit Gedanken und Werten, Bildern und Geschriebenem, also mit „Kultur". Was den Imperialismus so mächtig werden ließ und auch noch läßt ist, daß er neben die Kolonialisierung der Arme und Hände stets auch die der Köpfe setzte. Imperialismus bedeutete daher immer auch Kulturimperialismus — früher in Gestalt von Missionaren und Lehrern, heute in der des „Marlboro"-Cowboys und des schurkischen „J. R." aus „Dallas", die beide dank der modernen Videotechnik inzwischen auch schon im tiefsten Sahel über den Bildschirm flimmern.



Die alte und die neue Elite

Selbst wenn es den Ländern der Dritten Welt gelänge, ökonomisch eigenständiger zu werden, wirklich unabhängig wären sie erst, wenn sie sich auch von dem „Kultur"-Ramsch befreit hätten, der aus der Ersten Welt immer wieder zu ihnen herüberschwappt.

Der Fall Ngugi Wa Thiong'o macht in diesem Zusammenhang zwei Dinge deutlich. Zum einen: offenbar beginnen auch in der Dritten Welt sich über kleine Intellektuellen-Zirkel hinaus breitere Bevölkerungsschichten dieses Problems bewußt zu werden und zumindest Ansätze zu einem eigenständigen Kulturleben zu entwickeln. Und zum anderen: Kulturimperialismus ist kein unabänderliches Schicksal, daß sich mit eiserner Notwendigkeit über alles vor ihm liegende hinwegwalzt. Was ihn oft als so übermächtig erscheinen läßt, ist nicht die eigene Stärke, sondern die Tatsache, daß er sich auf einheimische Helfershelfer stützen kann, die „Weißen Masken vor schwarzen Gesichtern", wie sie Frantz Fanon genannt hat. Also auf jene „Eliten", die in der Öffentlichkeit zwar ständig Begriffe wie

„Tradition" oder „afrikanische Identität" im Munde führen, tatsächlich aber alles tun, um zu verhindern, daß diese Begriffe auch mit einem realen Inhalt gefüllt werden. So hat man in Kenia zwar eigens ein Ministerium für Kultur geschaffen, daß die „Suche nach den eigenen Wurzeln" unterstützen soll, doch während Ngugi Wa Thiong'o die Aufführungserlaubnis für seine Stücke verweigert wird, läuft im „National"-Theater eine kitschige Ballettversion von „Alice in Wonderland", applaudiert die schwarze und weiße Schickeria Nairobis gemeinsam drittklassigen englischen Boulevardstücken, verhandelt das staatliche Fernsehen über den Ankauf eines Rassisten-Schinkens, den hierzulande wohl noch nicht einmal das Bayerische (CSU) Fernsehen zeigen würde. Und am gleichen Tag, an dem das Kamiriithu-Volkstheater von der Polizei in Stücke geschlagen wird, weiht ihr Chef, Präsident Moi, mit großem Gepränge die neuen Räume des britischen Kulturinstituts in Nairobi ein.

Tatsächlich scheint „Afrikanische Identität" für die kenianische Elite nicht mehr zu sein als eine sterile, aber devisenbringende Folklore-Show im Touristen-Ghetto oder das gelegentliche Tragen eine bunten Afro-Hemdes auf einer Gartenparty, während an die „Tradition" mit Vorliebe immer dann appelliert wird, wenn es gilt, die eigenen Privilegien zu rechtfertigen. Etwa wenn marxistisches Gedankengut unter Hinweis auf die „traditionelle" Klassenlosigkeit afrikanischer Gesellschaften denunziert wird oder wenn im (männlich dominierten) Parlament Gesetzesvorlagen, die die rechtliche Situation der Frauen und vor allem der unverheirateten Mütter erheblich verbessert hätten, abgeschmettert werden, weil sie nicht der „Tradition" entsprechen.

Offenbar fürchten die „Eliten" in Kenia nichts so sehr wie eine wirkliche afrikanische Kultur, d.h. eine solche, die von der Basis her aufgebaut wird und vor allem auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte — der vor- wie der nachkolonialen — mit einschließt. Diese Furcht hat allerdings gute Gründe. Die „Eliten" ahnen wohl nur zu deutlich, daß die Bevölkerung ihr Geschwätz und ihren Egoismus bald durchschauen und merken würde, daß sie auch ohne ihre „Führung" ganz gut zurechtkommen würde, wenn sie erst einmal ihre kulturelle Identität und damit ihr Selbstbewußtsein zurückgewonnen hätte.

Daß die Vorgänge um Ngugi Wa Thiong'o im Ausland zu Proteststürmen geführt hätten, kann man nicht gerade behaupten. Aber zum einen stehen Afrika und besonders die afrikanische Literatur hierzulande immer noch ziemlich weit hinten im Schatten des öffentlichen Interesses — es sei denn, es findet gerade die Frankfurter Buchmesse statt — und zum anderen ist Ngugi Wa Thiong'o eben kein Solschenyzin, und er lebt auch nicht in der Sowjetunion, sondern in Kenia, dem „strategischen Pfeiler des Westens" (Die Welt, 2. 2. 82) . . .

Schon gar nicht kam ein solcher Protest natürlich vonseiten des etablierten Kulturbetriebs im Land selbst, zu dem insbesondere die zahlreichen ausländischen Kulturinstitute gehören. Zumindest ist nichts davon bekannt geworden, daß etwa das Goethe-Institut, das in Nairobi einer kleinen Schar Auserlesener im gepflegten Rahmen deutsches Kulturgut nahezubringen versucht, sich für den „Kollegen" Ngugi Wa Thiong'o in irgendeiner Form eingesetzt hätte. Man wolle sich nicht in die „inneren Angelegenheiten Kenias einmischen" lautete die übliche offizielle Erklärung. Im Klartext: man will es sich mit der Elite, um derentwillen man ja schließlich da ist, nicht verderben.

Indessen, seit dem gescheiterten Putschversuch können die hochbezahlten Kulturfunktionäre aufatmen, sind sie jetzt doch auf jeden Fall der peinlichen Situation enthoben, vielleicht doch noch einige kritische Fragen an das Regime richten zu müssen: zuverlässigen Informationen zufolge befindet sich Ngugi Wa Thiong'o seit dem 1. August im Exil und es sieht nicht so aus, als würde er so bald in seine Heimat zurückkehren können.

fbt

Anmerkungen:

1) „Warum soll ich mir keinen Mercedes kaufen, wenn ich ihn mir leisten kann?" — so äußerte sich in aller Öffentlichkeit vor einigen Jahren Tom Mboya, damals Planungsminister und rechte Hand Kenyattas.
2) Auf deutsch unter dem Titel „Verbrannte Blüten" im Verlag Peter Hammer, Wuppertal, erschienen. 468 Seiten, DM 38,80.

Hier noch mal der genaue Veranstaltungshinweis:
„Literatur im Kampf um Befreiung. Zum Beispiel Kenia: Freiheit mit gesenktem Kopf."
Veranstalter: Dritte Welt-Laden, Essen.
Ort: Exil-Tagungshaus, Imhoffweg 42–44, 4300 Essen 13. Tel. 0201/59 60 69
Termin: 30. 10. — 1. 11. 82
Anmeldungen: bis zum 23. 10 an die obige Adresse.
Bei rechtzeitiger Anmeldung kann noch vor dem Seminar das Textmaterial verschickt werden.
Der Teilnehmerbeitrag beträgt 10,— DM, Schlafsack oder Bettzeug müssen mitgrbracht werden.



Aktionen

Deutsche Rüstungsexporte in den Irak

Umfangreiches Kriegsmaterial, welches für den Irak bestimmt ist, werden über die Häfen Bremen-Neustadt und Bremerhaven verschifft. Es handelt sich bei den Lieferungen um folgende Militärfahrzeuge:

- Panzertransporter der Fa. FAUN, Lauf/Nürnberg mit Aufliegern der Fa. BLUMHARDT, Wuppertal/Vohwinkel
- Militärlaster für Krankentransporte der Fa. MAGIRUS IVECO
- militärische Unimogs und Militärtanklastwagen der Fa. DAIMLER BENZ
- Tankanhänger der Fa. BLUMHARDT

Die militärischen Details dieser Fahrzeuge, die ihre Brauchbarkeit als Kriegsgerät nachweisen, sind in der letzten Ausgabe der blätter des iz3w (Nr. 103, S. 48) aufgeführt.
Über ihre Aktion und deren Folgen schreibt uns die Bremer Arbeitsgruppe gegen Rüstungsproduktion und Waffenhandel folgendes:

„IRAN/IRAK KEIN SPANNUNGSGEBIET"

Am 3.8.82 wurde von unserer Gruppe Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft und der Zollfahndung wegen illegalem Rüstungsexports erstattet. Daraufhin erfuhren wir, daß das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft für die Lieferung einen formlosen Negativbescheid ausgestellt hat. Dies bedeutet, daß die Lieferfirma keine Exportgenehmigung für die oben genannten Fahrzeuge braucht.
Die Reaktion auf unsere Veröffentlichung dieser Lieferung war sehr unterschiedlich. Während die Bremer Tageszeitungen und die alternative Presse recht gute Artikel brachten, waren die überregionalen Tages- und Wochenzeitungen sehr zurückhaltend. Gute Berichte kamen auch in der Sendung „Bremen Aktuell" (Bremer Fernsehen). Das Interesse der Presse stieg jedoch erst, als der SPD Bundestagsabgeordnete Waltemathe eine parlamentarische Anfrage an den Staatsminister im Bundeskanzleramt, Wischnewski, den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Corterier und den parlamentarischen Staatssekretär des Bundesamtes für Wirtschaft, Grüner, gerichtet hatte, Darin meinte Waltemathe, es sei ihm unerklärlich, daß solche Exporte, wie vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn bestätigt, nicht genehmigungspflichtig seien. Falls doch eine Genehmigungspflicht bestehe, wolle er wissen, weshalb die Fahrzeuge ausgerechnet in eines der „heißesten" Spannungsgebiete ausgeführt werden dürften. Daraufhin erwiderte das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, daß das Gebiet Iran/Irak kein Spannungsgebiet sei.
Obwohl die exportierten Fahrzeuge eindeutig militärisch verwendbar sind, sagte der regierungssprecher Rühl, daß nach der vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft aus-
Der Exportleiter der Fa. Faun klassifizierte gegenüber den „Bremer Nachrichten" die Tieflader als „zivile Geräte". die Schießluken seien lediglich Belüftungshilfen und die angebliche Tarnfarbe sei lediglich die sonnengünstigste Farbe (Bremer Nachrichten 30.7.82).
Auch eine Sprecherin der Daimler-Benz-Werke betonte die zivilen Eigenschaften dieser Fahrzeuge (BN 30.7.82). Möglicherweise haben die Firmen ihre Drohung, die Fahrzeuge über andere Häfen verschiffen zu lassen bereits wahr gemacht.

gestellten „Negativbescheinigung keine Genehmigungspflicht für die Ausfuhr dieser Güter bestehe. Sie stünden ja nicht auf der einschlägigen Liste der Außenwirtschaftsvorschriften" (Weserkurier 5.8.82).
Auch die Lieferfirmen reagierten nicht viel anders. Sie stritten die militärische Beschaffenheit dieser Fahrzeuge ab und drohten die Fahrzeuge über andere Häfen (ausländische) verschiffen zu lassen, wenn die Diskussion darüber nicht aufhören würde.
Durch die Beschäftigung mit der Lieferung von Militärfahrzeugen in den Irak, haben wir erfahren, wie leicht es einerseits ist, solche Exporte mitzubekommen, daß man eigentlich nur die Augen offen halten muß (wenn man sich z.B. den Bremer Hafen genau anguckt), und wie schwer es andererseits ist, dies dann publik zu machen, an die Medien ranzukommen. Eine Presseerklärung allein genügt da nicht. Wie oft mußten wir bei den angeschriebenen Zeitungen anrufen bis die mal reagierten. Wie oft mußten wir zur Zollfahndung gehen, bis die sich mal um Nachforschungen bemühten. Wir haben gemerkt, daß es eine Wahnsinnsarbeit ist, wenn man sich mit einem solchen Thema beschäftigt, daß man andererseits aber auch sehr viel aus dieser praktischen Arbeit lernt und daß man endlich mal von der Theorie zur Praxis kommt.
Wir wollen euch ermutigen das Gleiche zu tun, diese Schweinereien dieses Staates aufzudecken und Publik zu machen.
Als wir die Strafanzeige gestellt haben, waren wir uns auch darüber im Klaren, daß sie die Lieferung nicht stoppen wird.
Aber es gibt ja noch so viele andere Wege und Möglichkeiten die Lieferungen von Rüstungsgütern zu stoppen oder wenigstens zu verzögern. Deshalb fordern wir Euch auf: Nutzt diese Mittel!

Weitere Informationen und Fotos können über die folgende Adresse bezogen werden:

Arbeitsgruppe gegen Rüstungsproduktion und Waffenhandel in Bremen
c/o Thorsten Maass, Schildstr. 1/ 2800 Bremen

BUKO Koordinierungsausschuß

Aufruf zum 6. Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 17. bis 21. November 1982 in Mannheim

Der BUKO — Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen — ist ein Zusammenschluß von Gruppen, die die internationale Solidarität zu ihrer Sache gemacht haben.

Zwei Hauptaufgaben hat der BUKO:

- **Er ermöglicht den Gruppen, Informationen auszutauschen und miteinander zu diskutieren.**
- **Durch ihn können die Gruppen nach außen hin in bestimmten Fällen gemeinsam auftreten.**

Der BUKO ist kein geschlossener Verband, sondern ein Zusammenschluß unterschiedlichster Gruppen und Komitees.

Einmal im Jahr treffen sich alle Gruppen zu einem Kongreß, 1982 zum 6. Bundeskongreß in Mannheim. Nacxh dem Beschluß des 5. Bundeskongresses 1981 in Westberlin lautet das Thema in diesem Jahr: „Entwicklung heißt Befreiung".

Der Kongreß wird zwei Teile haben. Zunächst müssen wir auf die Frage „Befreiung wovon?" Antwort geben. Wenn uns das im Herbst gelungen ist, fasen wir für den 12. bis 15. Mai ins Auge, auf dem 7. Bundeskongreß auf die Frage „Entwicklung wohin?" Antwort zu geben.

1. Teil: Befreiung wovon?

Wir wollen die Rolle der BRD in der Dritten Welt aufdecken, ihren Anteil an der Herausbildung und Festschreibung unterdrückerischer Strukturen und internationaler Abhängigkeiten deutlich machen. Dazu müssen wir alle Ebenen imopeialistischer Politik einbeziehen: Interessen und Wirtschaftspolitik der deutschen Industrie, deren Rahmenabsicherung durch staatliche Politik und auch die Rolle anderer gesellschaftlicher Kräfte (z. B. Kirchen). Der Schwerpunkt muß aber auf den beiden ersten Bereichen liegen.

2. Teil: Entwicklung wohin?

Der Kritik der bestehenden „offiziellen" Politik der BRD müssen wir einige Ansätze zur Veränderung zur Seite stellen. Dazu müssen wir unsere eigene Arbeit als Solidaritätsbewegung kritisch reflektieren. Thesenpapiere zu den wichtigsten Fragestellungen sollen die Grundlage sein.

ARBEITSGRUPPEN

AG 1: ROHSTOFFSICHERUNG	AG 7: PERSONELLE ENTWICKLUNGSHILFE	AG 12: TOURISMUS
AG 2: RÜSTUNGSEXPORT	AG 8: IWF UND WELTBANK	AG 13: PARAGUAY
AG 3: SÜDLICHES AFRIKA	AG 9: DEUTSCHE UNTERNEHMEN UND STAATLICHE POLITIK	AG 14: ZENTRALAMERIKA
AG 4: PALÄSTINA	AG 10: ASYLANTENFRAGE BRD UND TÜRKEI	AG 15: PHARMA
AG 5: INTERNATIONALE KONFERENZEN	AG 11: FRAUEN	AG 16: AGROBUSINESS UND WELTHUNGER
AG 6: GRUNDBEDÜFNISSTRATEGIE		AG 17: IMPERIALISTISCHE KONKURRENZ

Vom 17. bis 21. November 1982 findet in Mannheim der 6. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen statt. Sein Thema: „Entwicklung heißt Befreiung". Um auf die Frage „Befreiung wovon" Antwort zu geben, werden die ca 17 Arbeitsgruppen sich mit verschiedenen Aspekten der Beziehungen zwischen der BRD und der 3. Welt beschäftigen.

Fortsetzung geplant

Es ist geplant, dem Kongreß einen zweiten Teil folgen zu lassen, in dem der Analyse der bestehenden Beziehungen der BRD zur 3. Welt unsere Alternativen zur Seite gestellt werden sollen. Als Termin für den 7. Bundeskongreß schlägt der Koordinierungsausschuß (KA) den 12. bis 15. Mai 1982 vor.

Teilnahme

Teilnehmen am 6. Bundeskongreß kann jede oder jeder, die die Teilnehmergebühr bezahlt. Stimmberechtigt sind allerdings nur Delegierte von Mitgliedsgruppen, die für das Jahr 1982 ihren Teilnehmerbeitrag bezahlt haben. Der BUKO-Jahresbeitrag beträgt pro Gruppe 120,— DM. Die Zahl der Teilnehmer des Bundeskongresses ist den Räumlichkeiten entsprechend begrenzt. Anmeldungen von BUKO-Mitgliedern haben in jeden Fall Vorrang.

Institutionen, Bundesverbände und Koordinationen können am Kongreß nur als Beobachter ohne Stimmrecht teilnehmen. Da auch hier die Plätze beschränkt sind, werden Anmeldungen derjenigen Institutionen und Bundesverbände bevorzugt berichtigt, die beim

BUKO Beobachterstatus haben. Die beobachtende Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle formlos beantragt werden (Jahresbeitrag 250,— DM).

Anmeldung
Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnehmerbeitrag (90,— DM pro Person) im Voraus auf das Konto des Bundeskongresses überwiesen werden.

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Hamburg, Postscheckamt Hamburg, Konto 791 12 – 201. Bitte auf der Überweisung Name der Gruppe deutlich angeben!

Vorbereitungsmaterial
Zur Vorbereitung jeder der 17 Arbeitsgruppen wird eine Broschüre erstellt. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer erhält eine Broschüre kostenlos mit der Anmeldebestätigung entsprechend der von ihr / ihm auf dem Anmeldeabschnitt getroffenen AG-Vorwahl.

Die Vorbereitungsbroschüren kosten je nach Umfang zwischen 1,— und 3,— DM. Sie können einzeln im Voraus oder auf dem Kongreß selbst erworben werden. Sie können auch insgesamt als Reihe mit 30% Rabatt abonniert werden.

Fahrtkostenerstattung
Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hat mit Bescheid vom 24. 3. 82 einen finanziellen Zuschuß zugesagt, mit dem die Fahrtkosten zumindest zum Teil erstattet werden können.

Bitte gebt diesen Aufruf weiter! Er kann kostenlos bei der BUKO-Geschäftsstelle in Hamburg bestellt werden.

REPRESSION IN DER BRD

„Wie masse ich mir ein Amt an"

Prozesse gegen 14 Flugblattverteiler der Friedensbewegung in Freiburg

Im Februar 1982 verteilten Mitglieder von Freiburger Umweltschutz- und Friedensgruppen dieses — hier zur Dokumentation wiedergegebene — angeblich vom „Amt für Zivilschutz" stammende Schreiben an (fast) alle Freiburger Haushalte.Stadt und Presse und reagierten prompt: Das Amt für Zivilschutz erkannte das Flugblatt sogleich als „Fälschung", über die man sich nicht zu beunruhigen brauche.

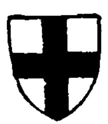
Daß durch diese Aktion ein äußerst wunder Punkt berührt wurde, zeigt die Reaktion von Polizei und Staatsanwaltschaft: Mehrere Verteiler des dokumentierten Flugblattes wurden vorübergehend festgenommen, einige sogar erkennungsdienstlich behandelt. Gegen diese heftige Reaktion haben viele Freiburger Bürger, Gruppen und Parteiverbände protestiert und sich mit der Aktion solidarisch erklärt.

Einige Tage später erschien dann ein von drei Freiburger Gruppen herausgegebenes Flugblatt, das ebenfalls an fast alle Haushalte verteilt wurde. Darin wird erklärt, welche Wirkung eine Atombombenexplosion im Freiburger Raum hätte, und daß auch der schönste Atombunker keinen wirklichen Schutz biete, was z.B. auch das unabhängige Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI nachgewiesen hat.

„Wenn im Moment irgendwie was passieren würde, da würd's halt nicht gut aussehen"
Die internationalen Spannungen haben ein Ausmaß erreicht, daß nur eine ganz kleine Dummheit, nur ein kleiner Computerirrtum schon reicht, um die Weltkatastrophe auszulösen. So gab es im US-Verteidungsministerium innerhalb von 18 Monaten insgesamt 151 blinde Atomalarme (FR v. 31.10.81). Bei den immer kürzer werdenden Warnzeiten (15 Minuten bei sowjetischen U-Boot-Raketen; 3-8 Minuten bei Pershing II von Westeuropa aus) bleibt keine Zeit mehr für politische Entscheidungen. Der regional begrenzte Atomkrieg in Europa wird offen geplant, „es gibt wichtigeres als den Frieden", (so der damalige US-Außenminister Haig); der Nato-Doppelbeschluß soll die Erstschlagsfähigkeit der USA von europäischem Boden aus ermöglichen. Die amerikanische Regierung hält einen Sieg für möglich (FR v. 17.8.82 und 19.8.82). Sie geht dabei von einem Atomkrieg aus, der bis zu sechs Monaten dauern wird, und nimmt dafür den Tod von 20 Millionen Amerikanern in Kauf. Von uns Europäern ist nicht die Rede.

Aber US-Verteidigungsminister Weinberger stellte am Anfang 1981 fest: „Das Schlachtfeld des nächsten Krieges wird Europa sein und nicht die Vereinigten Staaten". Und Admiral a.D. Gene LaRoque, Präsident des Zentrums für Verteidigungsinformationen in Washington sagte auf einer Tagung in Groningen: „Die Amerikaner gehen davon aus, daß der Dritte Weltkrieg ebenso wie der Erste und der Zweite in Europa ausgefochten wird" und weiter „Die militärischen Planer der USA sind überzeugt, daß es früher oder später zum Krieg zwischen der USA und der UdSSR kommen wird — und dieser Krieg wird ein nuklearer Krieg sein".

Aber es geht nicht nur um den „Tag X". Ein Stichwort der amerikanischen Friedensbewegung lautet:



STADT FREIBURG IM BREISGAU

AMT FÜR ZIVILSCHUTZ

An alle
Haushalte der
Stadt Freiburg

25. Januar 1982

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Aufgrund der im Zuge der Verwirklichung der NATO-Nachrüstungsbeschlüsse geplanten Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen im süddeutschen Raum ist die Stadt Freiburg als für den Zivilschutz verantwortliche Behörde verpflichtet, gleichzeitig vermehrte Anstrengungen für den Schutz der Bevölkerung zu unternehmen, da auch die Region Freiburg zu den im Falle eines militärischen Konflikts besonders betroffenen Gebieten gehört. Bei einem gegnerischen Atomschlag wären aufgrund der Nähe von für den Gegner bedeutenden militärischen Zielen (Militärflughafen Bremgarten ca. 20 km entfernt sowie die Atomkraftwerke Fessenheim und das geplante in Wyhl) schwere Auswirkungen auf den Freiburger Raum zu befürchten.

Als erste Schutzmaßnahme ist bereits das strahlensichere Katstrophenhilfskrankenhaus in Bötzingen erbaut worden. In diesem Jahr plant die Stadtverwaltung Freiburg zu den bereits vorhandenen 5.000 Schutzplätzen in der Schloßbergstollenanlage weitere 2.300 öffentliche Schutzraumplätze im Zuge einer Schulerweiterung zu erstellen.

Für die Aufrechterhaltung der städtischen Ordnung, Verwaltung und Organisation des Katastrophenschutzes müssen einige 100 Plätze für Experten und Repräsentanten der Stadt reserviert bleiben. Um daher im Ernstfall eine reibungslose Belegung der noch verfügbaren Plätze zu gewährleisten, sind wir gezwungen, eine Dringlichkeitsliste für die Zugangsberechtigung zu erstellen.

Nur wer im voraus Anspruch auf einen Platz im Bunker angemeldet hat, kann im Ernstfall mit der Zuteilung eines Platzes rechnen. Um die Dringlichkeitsliste erstellen zu können, bitten wir Sie um Ihre Mitarbeit.

Füllen Sie bitte den beiliegenden Abschnitt aus und senden ihn an das Amt für Zivilschutz, Im Bohrer 26, 7800 Freiburg. Sollten Sie noch weitere Fragen haben, so stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung, telefonisch unter der Nummer 29141/42 und persönlich während unseren Sprechzeiten Mo-Fr 8-12 Uhr. Auskünfte erteilt auch der Beauftragte für den Katastrophenschutz des Regierungspräsidiums, Herr Ruhe, während der Dienststunden von 9-12 und 13-17 Uhr unter der Telefonnummer 204-4241.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß auch im privaten Bereich Möglichkeiten zur Teilfinanzierung des Schutzraumbaus durch die öffentliche Hand möglich ist. Auskünfte darüber erteilt das Städtische Bauordnungsamt, Fehrenbachallee 12, unter der Tel.Nr. 216-4402.

Nach Einsendung des nachfolgenden Abschnittes erhalten Sie binnen 4 Wochen einen Bescheid, sich zu einer ärztlichen Untersuchung beim Gesundheitsamt einzufinden.

Name, Vorname:

Geburtsdatum:

Adresse:

Alter:

Beruf:

Familienstand:

Anzahl der Kinder:

Staatsangehörigkeitsnachweis+)

Polizeiliches Führungszeugnis+)

(Anm.zu+): Erst beantragen, wenn vorläufiger Zuweisungsbescheid von der Stadt bei Ihnen eingegangen ist.

Hiermit bitte ich um Zuteilung eines Platzes im geplanten Atomschutzbunker Freiburg für mich und meine Familienangehörigen.

Datum/Ort:

(Unterschrift)

Abzusenden an:

Amt für Zivilschutz
Im Bohrer 26
7800 Freiburg i.Br.

Dieses angeblich vom „Amt für Zivilschutz" stammende Flugblatt ist hier zu Dokumentationszwecken wiedergegeben.

„Die Bomben fallen jetzt", das bedeutet: Die Aufrüstung verschlingt jeden Tag unser Geld, unsere Steuern, unsere Anstrengung, unsere Intelligenz. Ist es nicht die Rüstung selbst, die uns verschlingt? Rüsten wir nicht auch gegen die Hungernden in der Dritten Welt? In jeder Sekunde werden weltweit 20.000 US-Dollar für die Rüstung ausgegeben (FR v. 24.6.82). Die Hälfte aller Wissenschafter in der Welt arbeiten daran, den overkill zu verbessern, bessere Bomben, bessere Mordpläne auszudenken.

Wer Bunker baut, wirft auch Bomben

Mit einer Reihe von Werbebroschüren versucht der „Bundesverband für den Selbstschutz" dem Bundesbürger den Bau von Schutzräumen schmackhaft zu machen: denn ein Schutzraum, der zudem vom Staat mitfinanziert wird, erhöht nicht nur den Wert eines Hauses, sondern läßt sich in Friedenszeiten auch noch vielseitig als Hobbyyraum, Musikraum, Trimm-Dich-Raum oder sogar als Spielzimmer nutzen. Über die eigentliche Bestimmung eines Schutzraumes läßt uns der Bundesverband jedoch keine Zweifel: wir brauchen ihn, weil

- Kriege auch in Zukunft möglich sind
- Waffen in unvorstellbarem Umfang hergestellt werden
- Die Zahl der Atommächte steigt (. . .)
- In einem zukünftigen Krieg die Warnzeiten kurz sind oder ganz entfallen
- Die Flucht im Verteidigungsfall nur Bedrohung und Leid erhöht
- Jede Katastrophe ihren Mittelpunkt hat — doch in den Randgebieten der Zerstörung die Überlebenschancen der Bevölkerung auch im Atomzeitalter durch Schutzräume erheblich gesteigert werden können."

(aus einer Werbebroschüre des Bundesverbandes für Selbstschutz, Eupenstraße 74, 5OOO Köln 41)

Dem Einzelnen wird die Chance des Überlebens vorgegaukelt, wenn er sich nur früh genug einen Schutzraum baut, weil „Vor den Auswirkungen eines modernen Krieges am besten der Schutzraum schützt — vor allem gegen:

- herabfallende Trümmer
- radioaktiven Niederschlag
- Brandeinwirkung sowie gegen
- biologische Kampfmittel und chemische Kampfstoffe" (aus der gleichen Broschüre).

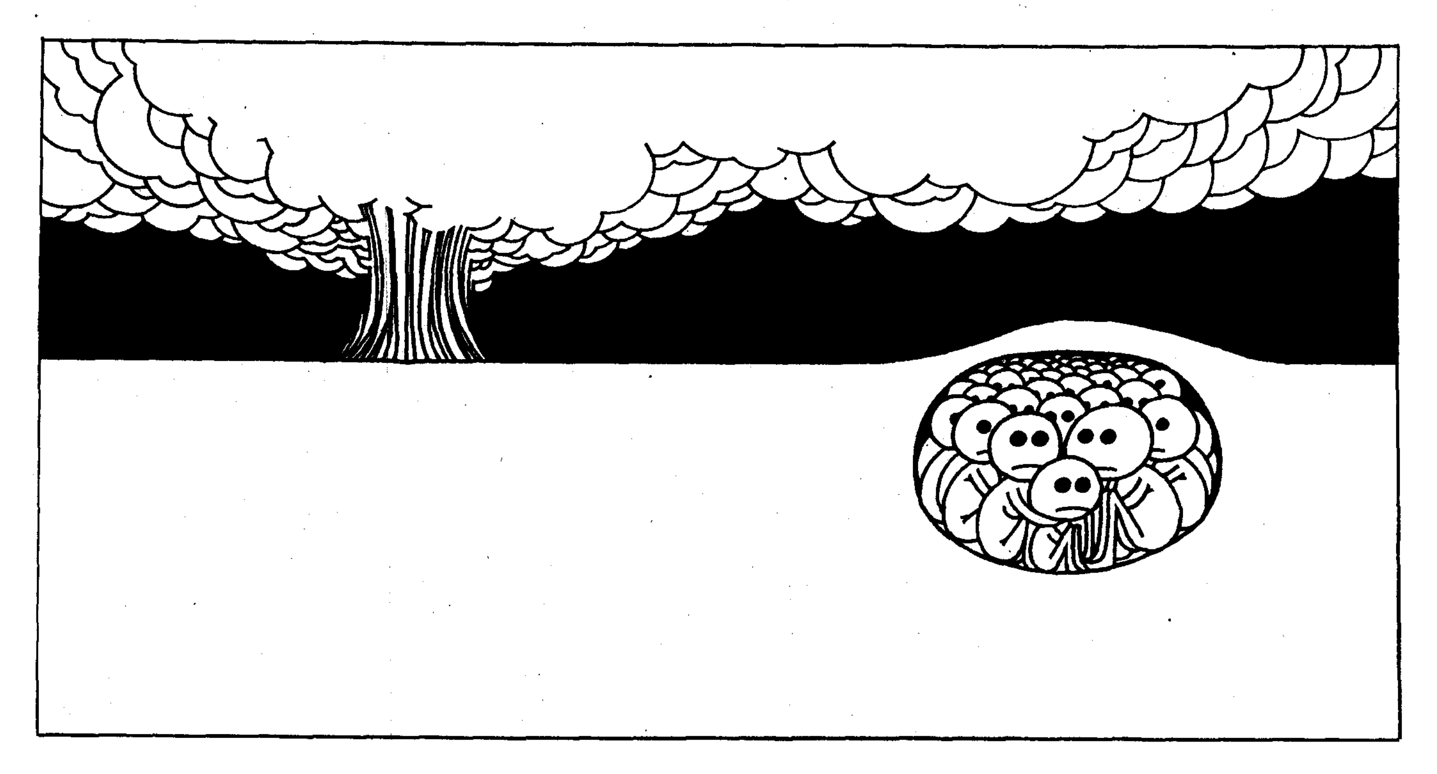
Aber Schutzräume schützen nicht. Sie beruhigen allenfalls. „Wenn man ernsthaft Zivilschutz betreiben will, muß man nämlich die Ursachen möglicher Kriege angehen und sich nicht einfach darauf beschränken, über die im Ernstfall zu treffenden Maßnahmen zu diskutieren.", so Oskar Lafontaine, Vorsitzender des Bundesverbandes für den Zivilschutz (Spiegel v. 9.8.82)

Der Staat verharmlost gezielt, wenn er den atomaren Katastrophenfall so darstellt, als könne ihn jeder Bürger individuell bewältigen. Der Atomkrieg kommt als Hobbyraum ins Haus. Kriegsvorbereitung als alltäglicher Bestandteil unseres Lebens. Wir sollten uns an den Bunker gewöhnen und allmählich unsere Berührungsängste mit dem Krieg abbauen.

Ängstige Deinen Nachbarn wie dich selbst

Soweit die Hintergründe der Aktion. Ziel war, die Freiburger Bürger mit ihrer Gefährdung zu konfrontieren. Es sollte eine breite Diskussion darüber entfacht werden, wie am wirksamsten die atomare Bedrohung beseitigt werden kann. Aufhänger dafür war, daß nur ca. 6000 Bunkerplätze für 180000 Bürger zur Verfügung stehen. Es ging den Initiatoren weder darum, mehr Bunkeraum zu fordern oder sich ein Amt anzumaßen. Der einzig wirksame Schutz ist die Abschaffung der atomaren Bedrohung.

Die Reaktion der Bevölkerung machte deutlich, welche berechtigten Ängste vorhanden sind: über 600 Anrufer beim Amt für Zivilschutz und über 100 Anrufer beim Regierungspräsidium ließen die amtlichen Telefone heißlaufen. Alle waren besorgt über ihre trüben Zukunftsperspektiven, Kaum einer, der die Fälschung des



Flugblattes nicht erkannt hätte.

Wie reagierten Behörden und Justiz?
Als am 1. 2. 82 mit dem Verteilen der Flugblätter begonnen wurde, fahndete die Polizei im gesamten Stadtgebiet nach den Verteilern. 17 Personen wurder verhaftet, 4 erkennungsdienstlich behandelt. Gegen 14 Personen, die mit Flugblättern angetroffen wurden, erging Strafbefehl wegen Amtanmaßung über jeweils 30 Tagessätze. Entsprechend den unterschiedlichen Einkommen bedeutet dies für die Betroffenen Strafen zwischen 450,— und 900,—.

Die Beschuldigten legten Einspruch gegen die Strafbefehle ein, sodaß es zu bislang 7 Verhandlungen vor dem Amtsgericht Freiburg kam. Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: bislang bestätigten die Richter die im Strafbefehl aufgeworfenen Strafen.

Warum sind dies politische Urteile?
Die Freiburger Justiz ist bislang die einzige, die *Verteiler* derartiger Flugblätter vor Gericht bringt. Bei ähnlichen Aktionen in anderen Städten (z.B. Tübingen, Stuttgart) wurden bislang allenfalls die *Verfasser* wegen Amtsanmaßung belangt. Diese blieben in Freiburg trotz der Ermittlungen durch die Kripo im dunkeln.

Die hiesige Justiz scheint sich deshalb an den Verteilern schadlos halten zu wollen, obwohl es bisher keine anderen Urteile gibt, durch die Verteiler bestraft worden sind.

Nach Auffassung der Verteidigung ist eine derartige Verurteilung nicht haltbar.

§ 132 Strafgesetzbuch (= Amtsanmaßung) soll die Autorität des Staates schützen. Niemand soll unbefugt (scheinbare) Amtshandlungen vornehmen dürfen. Für die Juristen kommt es bei § 132 entscheidend darauf an, ob diese „Amtshandlung“ (hier das Flugblattverteilen) einem objektiven Beobachter als hoheitliches Handeln erscheint.

Die Verteilung des Flugblattes konnte diesen Eindruck jedoch nicht erwecken, denn auch die über 700 Anrufer bei den Behörden hatten das Flugblatt als Fälschung erkannt. Das mußte auch das Gericht zugeben, nachdem die Verteidigung einen entsprechenden Beweisantrag gestellt hatte.

Das Gericht mußte daher einige Gedankensprünge machen, um die Verteiler des Flugblattes zu verurteilen — zumal niemand das am Schluß des Flugblattes abgedruckte ‚Formular‘ (vgl. Flugblatt) an das Amt für Zivilschutz schickte.

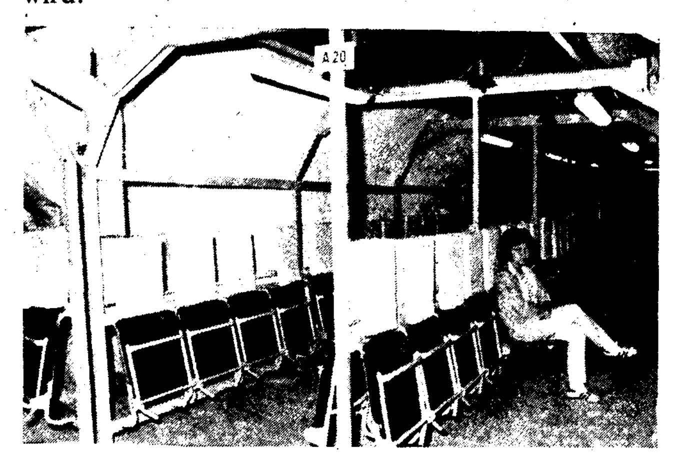
Auch auf den Einwand der Angeklagten, Amtsanmaßung liege dann nicht vor, wenn die Handlung offenkundig so weit von normaler staatlicher Tätigkeit abweiche, daß der Eindruck staatlichen Handelns nicht erweckt werden könne, ging das Gericht in der mündlichen Urteilsbegründung nicht ein. Anscheinend ist es in unserem Rechtsstaat „normal“, wenn eine Behörde einigen hundert Experten und Repräsentanten Schutzbunkerplätze reserviert, die nach Auffassung der Zivilschützer ein Überleben möglich machen. Das „Normalvolk“ jedoch, bei dem zudem nach Straffälligen und Ausländern differenziert wird, soll sich um einen Überlebensplatz streiten.

Überspitzt formuliert wäre doch eine derartige Einteilung eine Differenzierung nach wertem und unwertem Leben — das Amtsgericht scheint das als offenkundig normales Verwaltungshandeln anzusehen. Juristisch haltbar ist das nicht.

Aber darum geht es in dem Verfahren wohl auch gar nicht mehr. Zum einen sehen wir im Vorgehen der hiesigen Justiz keine isolierte Einzelmaßnahme: der geplante Baubeginn des KKW Wyhl im Januar 1983 wirft seine Schatten voraus. Waren es 1980/81 noch die „Steinewerfer“ im Häuserkampf, denen die Aufmerksamkeit des Gerichts zuteil wurde, sind es jetzt Teile der Öko- und Friedensbewegung. Sie sollen kriminalisiert bzw. durch die Prozeßvorbereitungen in ihrer politischen Arbeit blockiert werden.

Zum anderen soll hier ein Präzedenzurteil gefällt werden, um in anderen Städten ähnliche Aktionen künftig besser unterbinden zu können. Am Verhalten der Staatsanwaltschaft wird dies deutlich. Obwohl in 3 Prozessen das Gericht die Einstellung des Verfahrens anregte, lehnte dies die Staatsanwaltschaft ab. „Die Sache wird so oder so bis zum Schluß durchgezogen.“

Interessanterweise mußte der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft der Verhandlung kurz unterbrechen, um die Weisung seines Vorgesetzten zur Frage der Verfahrenseinstellung einzuholen. Normalerweise ist ein Staatsanwalt im Prozeßtermin befugt, derartige Entscheidungen in eigener Verantwortung zu fällen. Hieraus wird deutlich, daß Druck von oben ausgeübt wird.



Die Flugblattverteiler nehmen die bisherigen Urteile nicht hin. Rechtsmittel wurden eingelegt. Von der nächsten Instanz erwarten sie nicht , daß sie ihnen wohlgesonnener wäre. Dennoch ist es politisch wichtig, nicht von vornherein juristisch umstrittene Positionen aufzugeben und den staatlichen Instanzen ein Urteil zu belassen, auf das sich andere Gerichte in Zukunft als Präzedenzfall berufen können.

Auch in diesem poltischen Verfahren gilt, daß die Verurteilung den Gerichten um so schwerer wird, je stärker eine breite Öffentlichkeit sich für die Vorgänge interessiert und sich mit den Angeklagten solidarisiert. Die Prozesse verschlingen neben Nerven, Kreativität und Zeit auch viel Geld: außer den Strafen fallen noch Anwalts- und Gerichtskosten an.

Ulrike Meckl
Christine Meckl

Prozzesskonto:
Öffentliche Sparkasse Freiburg, Nr. 172 7007 AK Fessenheim, Kennwort „Zivilschutzflugblatt“



zu: blätter des iz3w, Nr. 101, Mai 1982

Liebe ADW'ler/innen,

vor einer Woche bin ich von einer Reise nach Kuba zurückgekehrt und habe nochmals den Kuba-Artikel in „blättern" Nr. 101 (Internationalismus) gelesen. Es hat mich gefreut, eine kritisch-solidarische Darstellung über Kuba zu lesen (anstatt es sofort als Satellit der UdSSR abzuqualifizieren).
Ich möchte einige Bemerkungen zu dem Artikel machen – zumal er in der Redaktion nicht ganz unumstritten gewesen sein soll.
Die Schlußfolgerungen des Autors des o.g. Artikels, daß Solidarität mit Kuba heute wichtiger denn je ist, kann ich voll unterstützen (obwohl: genaugenommen könnte man darüber diskutieren, welche Fehler in der Vergangenheit durch die Linken begangen wurden, d.h. wäre nicht die Solidarität z.B. zu Beginn der Handelsblockade dringend gewesen). Uns ist die aggressive Politik der USA in Mittelamerika bekannt, aber häufig wird übersehen, daß die USA-Aggressionen sich nicht auf El Salvador und Nicaragua beschränken, sondern auch die anderen Länder in diesem Raum sowie die Inselstaaten der Karibik betreffen. Daß Kuba unmittelbar durch die USA bedroht ist, ist wenigen von uns bewußt. Dies liegt zum einen daran, daß unsere Medien US-amerikanische Interventionsdrohungen usw. gegen Kuba nicht für meldenswert halten, aber auch an dem von Christoph genannten „nicht-Befassen" mit Kuba. Meistens regen wir uns nur dann auf, wenn Fidel Partei für die Sowjetunion nimmt oder wenn die Revolution auf Kuba nicht so klappt, wie wir es uns wünschen. Wir fragen aber zu wenig nach den Gründen. In den letzten Tagen haben die USA Kuba und Nicaragua beschuldigt, einen Krieg in Mittelamerika vorzubereiten. Daß diese Behauptung eine (lächerliche) Taktik ist, leuchtet ein, aber solche Behauptungen bedeuten für beide Länder ständige Verteidigungsbereitschaft. (Daß die Verteidigungsbereitschaft finanzielle und humane Ressourcen erfordert, die in den genannten Ländern anderweitig dringend nötig wären, haben die USA sicher einkalkuliert – also die Länder wirtschaftlich zu schwächen).
Kuba ist jedoch auf die US-amerikanischen Bedrohungen vorbereitet. Die aktuellen Losungsworte, überall auf Plakaten zu sehen, heißen „Produktion und Verteidigung". Viele Kubaner, mit denen ich sprach, meinten, daß im Falle einer Intervention die US-Amerikaner verlieren würden: „Wenn sie kommen, dann bleiben sie auch hier" – eine Anspielung auf Playa Giron (Schweinebucht), auf den mißlichen Versuch der USA, in Kuba zu intervenieren. Im Verteidigungsfall sind Millionen von Kubanern zu mobilisieren: nicht nur die reguläre, gut ausgerüstete Armee, sondern auch die Territorialmilizen und politischen Massenorganisationen. Meine kubanischen Gesprächspartner haben immer wieder darauf hingewiesen, daß Verteidigungsbereitschaft und Kampfmoral die wichtigsten Waffen der Kubaner seien, und daß alle Kubaner das Land verteidigen würden.

BOLIVIEN-INFORMATIONSPOOL

Für die Schaffung eines Informationspools über BOLIVIEN benötigen wir Eure Solidarität und Großzügigkeit. Wir möchten Euch auffordrn, uns bei der Sammlung von Informationsmaterialien über BOLIVIEN zu unterstützen und gleichzeitig zu ermöglichen, daß diese Informationsmaterialien für einen breiten Leserkreis zugänglich werden.
Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, daß Personen mit guten Bibliotheken oder Institutionen der Solidarität ihre Materialien nicht einem breiten Leserkreis zugänglich machen können, z.B. durch die Weitergabe von Büchern oder durch ein adäquates Verleihsystem, wobei kleine Archive in nicht institutionalisiertem Verleihsystem auch nicht diese Informationsarbeit leisten können und sich demzufolge nur an einen sehr beschränkten Leserkreis richten.
Durch unsere Initiative wollen wir eine zentrale Sammelstelle schaffen, wohin alle gespendeten oder kurzfristig geliehenen Bücher, Broschüren, Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften, unpublizierten Artikel, Interviews, Studien, Testimonien, Fotos, Diapositive, etc., geschickt werden können.
Alle so zusammenkommenden Materialien werden von uns in Zusammenarbeit mit der hiesigen Universitätsbibliothek systematisiert und katalogisiert und in das bundesrepublikanische Verleihsystem integriert.
Die Arbeit wird ermöglicht und gewährleistet durch die hervorragende Infrastruktur der Universitätsbibliotheken der Hansestadt Bremen und wird in den Staatsbibliotheken der einzelnen Bundesländer zugänglich gemacht werden.
Von uns werden Bestandskataloge publiziert, um das Ausleihen zu erleichtern. Außerdem soll zweimal im Jahr eine Broschüre mit den neuesten Eingängen herausgegeben werden

Unsere Adresse:

Rene Sejas Garcia.
Kurfürstnallee 30 B, 2800 Bremen 1
Telefon: 0421 / 44 35 91

Die Bereitschaft der ganzen Bevölkerung, ihr Land zu verteidigen, erscheint uns fraglich, aber genauer betrachtet ist sie sicher vorhanden. Fast jeder Kubaner – Mann, Frau oder Kind – ist in irgendeiner politischen Massenorganisation organisiert und in jeder dieser Organisationen spielt die Landesverteidigung eine große Rolle. (Es braucht nicht betont zu werden, daß Kubaner keine Militaristen sind, sondern daß der Zwang zur Verteidigung aus den objektiven Bedingungen resultiert). Die Verteidigung ist ein Teil der kubanischen Revolution. Die „Komitees zur Verteidigung der Revolution" (CDR) – eine Organisation auf der Ebene von Stadtteilen und Häuserblocks – übernehmen nicht bloß

Bastelarbeiten, wie in dem ärgerlichen, quellenlosen Zitat in dem Kuba-Artikel (S. 56) der Eindruck erweckt wird. Vielleicht ist es dem Schreiber aus irgendwelchen Gründen entgangen, sich über die Aufgaben der CDR zu informieren: über kulturelle Aktivitäten, Infrastrukturmaßnahmen, Gesundheitsfürsorge, Sammelaktionen, Nachbarschaftshilfe aber auch über die Tag- und Nachtwachen in den Stadtteilen. In Anbetracht der Bedeutung und Aufgaben der CDR im kubanischen System hat der Schreiber des Zitats in seiner überheblichkeit den Kubanern (die ihn in der CDR wahrscheinlich sehr gastfreundlich und enthusiastisch empfangen haben) einen schlechten Dienst erwiesen.

Ein anderer Aspekt, worauf ich eingehen möchte, ist die auch von Christoph erwähnte politische Offenheit der Kubaner. Bei Gesprächen mit offiziellen Vertretern gab es keine „Tabu-Themen", weder die 100.000 Ausgereisten noch Homosexualität. Leider hatte ich keine Gelegenheit, die offiziellen Vertreter der Partei oder sonstigen Organisationen nach der Erklärung für die kubanische Präsenz in Äthiopien zu fragen. Zwar wurde Äthiopien immer wieder im Zusammenhang mit der Internationalismusfrage genannt wie Nicaragua, El Salvador oder Angola, aber die Eritrea-Frage ist mir offen geblieben, auch in dem Artikel von Christoph. In privaten Gesprächen wurde mir erklärt, daß Kubaner in Äthiopien sind, weil die dortige Regierung sie um Hilfe im Krieg gegen Somalia gebeten hat. Ich bekam den (subjektiven) Eindruck, daß die Eritrea-Frage dort gar nicht oder jedenfalls nicht in der Form wie bei uns diskutiert wird. (Meine Vermutung ist – ich kann sie allerdings nicht bestätigen – daß in der kubanischen Presse die Eritrea-Frage verschwiegen wird – denn sonst hätten die kubanischen Gesprächspartner das Thema kommentiert, da sie allgemein sehr offen und gut informiert waren).

Ich meine, jene Frage sollte tatsächlich nicht das Kriterium für die Kuba-Solidarität sein, aber wir sollten uns bemühen, eine Antwort von kubanischer Seite zu bekommen.

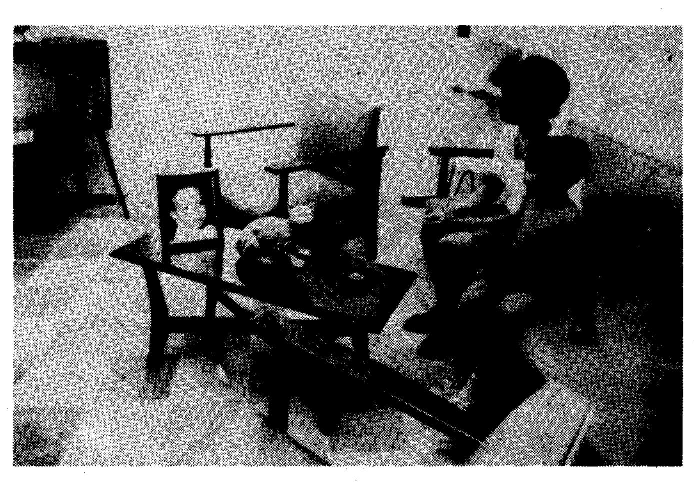
alle kunsthandwerklichen Produkte. Aufgrund des Arbeitskräftemangels sind alle Leute in die Produktion herangezogen, und in so einer Entwicklungsphase bedeutet Kunsthandwerk überflüssigen Luxus. – Aus gleichem Grund kann ich verstehen, daß in Kuba die gesellschaftlichen Verhältnisse es noch nicht erlauben, viel Zeit und Geld (und Phantasie) für das „Schöner Wohnen" zu investieren. Im Vergleich zu den grauen, einfarbigen Wohnbetonsiedlungen der BRD fand ich die bunten Häuserblocks in Kuba gerade erfrischend ästetisch.....

Auch die anderen Bildunterschriften fand ich wenig passend (und die lese ich zuerst und bilde mein Vor-Urteil über den Artikel aufgrund der Bilduntertexte und Zwischenüberschriften). Mit Che und Fidel der 50er Jahre „konnten wir uns identifizieren", aber mit Fidel von heute? Hat Fidel sich so geändert? Und wieso ist Fidel so populär in Kuba, auch wenn er keinen Personenkult betreibt? Unbestreitbar ist, daß Fidel diejenige Person ist, die die kubanische Gesellschaft am meisten geprägt hat. Wieso kann dann **sein** Kuba ein Modell für die Dritte Welt sein? Übrigens, das Bild von Fidel mit Che stammt aus einer Zeit, wo Fidel weder Marxist noch Kommunist war (vielleicht sollte man sich – bevor man solche Bildtexte setzt – etwas über die kubanische Revolution informieren, über die Bündnispolitik, über den Versuch Fidels, ausländische Investoren ins Land zu holen. Würden wir tatsächlich uns mit so einer Politik identifizieren?). Auch das dritte Bild mit „arztzentriertem Gesundheitswesen" war nicht gerade genial, zumal dies eine Behauptung ohne jegliche Belege war.

Die genannten Bilduntertexte, die von Überheblichkeit und Arroganz zeugen, fand ich desto ärgerlicher, weil sie den Artikel, der um Objektivität bemüht, ins falsche Licht rücken. Entweder hätte die Redaktion den Artikel im Vorspann kommentieren müssen oder Bildtexte nehmen sollen, die nicht im Widerspruch zum Inhalt des Artikels sind.

Raili Salmela





Wohnen in Kuba: „monoton und langweilig?" *(links: irrtümlich gedrucktes Bild, „Wasserboot"; rechts geplantes Bild aus Neubausiedlung Alamar)*

Was mich in dem genannten Artikel sehr geärgert hat, waren die Bildunterschriften. Ich habe mit einigen Freunden gerätselt, was das Bild mit dem Wasserboot mit monotonem und langweiligen Wohnen zu tun hat. Die Neubesiedlungen sind sicher monoton und langweilig – wer würde nicht gerne in einem Bungalow unter Palmen am Strand wohnen? – aber wenn man etwas von dem enormen Wohnungsmangel in Kuba gehört und gesehen hat, versteht man, daß es vordergründig um die Beschaffung von Wohnraum geht, wobei äthetische Kriterien wenig eine Rolle spielen. An dieser Stelle möchte ich auf ein anderes Phänomen hinweisen, das in Kuba auffallend ist: es fehlen praktisch

zu: „Tschad: Ende des Krieges" in Heft 103

Liebe Freunde,
Ihr beklagt Euch, daß Ihr nicht genug Leserbriefe bekommt. Hier ist einer, ganz spontan.

Zuerst einmal herzlichen Glückwunsch für den Beitrag von fbt über den Tschad. Selten habe ich eine so eingängige Darstellung der wahrlich komplexen Verhältnisse im Taschad in deutscher Sprache gelesen, selbst wenn einige historische Details ein wenig arg verkürzt auftauchen, bzw. man sich ein wenig mehr Präzision

bei der Wiedergabe geschichtlicher Daten gewünscht hätte. Ein Aspekt aber hätte etwas mehr an Überlegung verdient: die de facto Dreiteilung dieses Gebildes Tschad, das weder Staat noch Nation ist. Denn neben der Annektierung des Aouzou-Streifens durch Libyen, die ja schon unter Tombalbaye erfolgte (den erwähnt fbt überhaupt nicht, obwohl schon damals sich alle heutigen Konflikte entwickelten) und während aller Kriege der „warlords" aufrechterhalten blieb, wogt der Kampf im Grund um die Macht im „Rest-Tschad", um die Fiktion staatlicher Macht, während der Tchad utile unter Kamougue — sicher nicht, wie richtig bemerkt wurde, ohne Anfechtungen durch rivalisierende Gruppierungen innerhalb dieser Region — eine quasi eigene — wenn auch mit Hilfe Frankreichs aufgebaute und durch die anhaltende Präsenz französischer ökonomischer Interessen (Baumwolle besonders) abgesichert — staatliche Existenz erfahren hat. „Funktionieren" kann im Augenblick im Tchad nur die von Kamougue kontrollierte Region.

Daß er und Habre derzeit „verhandeln", geschieht nur mit Rücksicht auf die Fiktion von staatlicher Einheit, wie sie die OAU immer noch hochhält — und mit ihr die verschiedenen ausländischen Interessenten an dieser Region Afrikas. De facto aber ist der Tchad längst zerfallen, wiewohl die Nachhutgefechte der „warlords" — unter Einbeziehung „außertchadischer Interessen" und unter völliger Mißachtung der Interessen der erstaunlicherweise immer noch produzierenden kleinbäuerlichen Bevölkerung — noch einige Zeit die Nachrichten aus diesem „Land" bestimmen mögen.

Mit freundlichem Gruß — und weiter so!

Peter Ripken

Rezension

Medienpaket „Sicherheitspolitik"

Rolf Hasse/AV Akademie Bonn-München, 48 Farbdias, Tonkassette, Vorführmanuskript, 35 Seiten Arbeitsmaterial, Kaufpreis: DM 186,50, incl. Versand.
AV Akademie, 5300 Bonn 1, Kirschallee 6, Tel: 0228 – 22 52 41

Das Medienpaket „Sicherheitspolitik" ist eine zweiteilige Tondiaschau, die anschaulich das militärische Kräfteverhältnis zwischen den Ost- und Westblöcken darstellt. Anhand der historischen Entwicklung werden die gegenwärtigen Problem der Rüstungs- und Sicherheitspolitik aufgezeigt.

Das Bemerkenswerte dieser Tondiaschau von Rolf Hasse liegt nicht in einer Präsentation von völlig neuen Informationen, sondern eher darin, daß er bekannte, teils auch in Vergessenheit geratene Informationen unter ihren relevanten Gesichtspunkten zusammenstellt. Ausdrücklich betont er, sich ausschließlich auf westliche, allgemein zugängliche Quellen gestützt zu haben. In einer didaktisch gelungenen Kombination von Bild und Sprechtext versteht er es, die wesentlichen Zusammenhänge übersichtlich, geradezu spannend herauszuarbeiten. Jeder, der sich mit Rüstungs- und Sicherheitspolitik beschäftigt hat, weiß um die verwirrende Komplexität dieses Themas: man droht von Daten und Fakten erschlagen zu werden und nur mühsam lassen sich die eigentlichen Ursachen des Wettrüstens erkennen. Ich meine, dem Autor ist es in seinem Beitrag zur Friedensbewegung ohne falsche Vereinfachung gelungen, diesen gordischen Knoten zu durchschlagen, indem er sich nicht nur mit dem Zählen von Raketen und Sprengköpfen begnügt, sondern die Rüstungspolitik der USA und der UdSSR in einen globalen, historischen Rahmen stellt. So weist er z. B. darauf hin, daß in einem Kräftevergleich nicht nur NATO und Warschauer Pakt von Bedeutung sind, sondern sich darüber hinaus die anderen westlichen Bündnissysteme, wie OAS und ASEAN, aber auch Stützpunkte, befreundete Länder und die geostrategische Situation in diese Betrachtung miteinbezogen werden müssen. Dieser Vergleich, der von westlichen Medien selten gezogen wird, macht die Unterlegenheit der östlichen Seite deutlich. Als entscheidende Triebkraft der verschärften Rüstung enthüllt er den militärisch-industriellen Komplex der westlichen Industrienationen.

Mir bleibt in diesem Zusammenhang dann allerdings unverständlich, warum Rolf Hasse mit Exkursen – u.a. zu Chile und Polen – versucht, die angeblich gleichen Interessen der „Supermächte" zu belegen.[1])

Der ganze Irrsinn einer Politik der militärischen Aufrüstung wird auch dann deutlich, wenn mandie gegenwärtigen sowie die künftigen Ausgaben für militärische Zwecke beider Blöcke in Beziehung setzt zu den Volkseinkommen der Länder der Dritten Welt.

Als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit in der Friedensbewegung im weitesten Sinne erscheint mir diese Diatonschau sehr gut geeignet. Sie wirft Fragen für eine Diskussion auf und weckt das Interesse nach Hintergrundinformationen. Die in dem Paket enthaltenen 35 Seiten Arbeitsmaterial, die die im Sprechtext angeführten Informationen detailiert belegen, kommen diesen Ansprüchen entgegen. Darüber hinaus kann sie Anstöße geben, dieses Medium „Diatonschau" durch eine Eigenherstellung, vielleicht in einer weniger professionellen Ausführung, zu ähnlichen Themen für die Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen.

Helmut Zell

Anmerkung:
1) Diese Auffassung stellt die Meinung des Autors der Rezension dar und wird von der Redaktion so nicht geteilt.

ABO + BESTELL-ZETTEL

Informations-
zentrum
Dritte Welt
Postfach 5328
D-78 Freiburg

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

- ☐ **Ich bestelle Jahrgang / Themenpaket Nr. ____________**
- ☐ **Ich bestelle ______ Sonderdrucke, Nr. ____________ zum Preis von je 2 DM zuzüglich Porto**
- ☐ **Ich abonniere die „blätter des iz3w" (8 Hefte pro Jahr zum Preis von 35 DM)**
- ☐ **Ich abonniere die „blätter" zum Preis für kleine Brieftaschen (Schüler, Studenten, ZDL'er und andere einkommensschwache Personen für 25 DM p.a.)**
- ☐ **Ich unterstütze das Informationszentrum 3. Welt ein Förderabo von __________ DM (monatl. mind. 5 DM)**
- ☐ **Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar**
- ☐ **Ich bestelle aus eurem Vertrieb (siehe Rückseite)**



Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift

- berichtet über die Lage der Dritten Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
- gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
- beleuchtet die „Entwicklungshilfe", ihre Hintergründe und Auswirkungen
- setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
- berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der Dritten Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten
- will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der Dritten Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen
- gibt Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit.



WICHTIG !

Bei Bestellungen für weniger als 4 DM Briefmarken (Bestellwert + 1 DM Porto / Verp.) beilegen



SONDERDRUCKE

von Themenblöcken aus den „blättern des iz3w"
je Heft 2 DM + Porto

- ____ Unterdrückung der Indios, 20 Seiten — Juni 77
- ____ Landwirtschaft in der 3. Welt (1), 40 S. — Dez. 77
- ____ Landwirtschaft in der 3. Welt (2), 40 S. — Feb. 78
- ____ Indien, 32 S. — Nov. 78
- ____ Mexiko, 32 S. — Nov. 78
- ____ Mozambique, 20 S. — Dez. 78
- ____ Sri Lanka, 20 S. — Feb. 79
- ____ UNCTAD 5 — Entwicklung für wen, 20 S. — März 79
- ____ Kolumbien, 32 S. — Mai 79
- ____ Patenschaften i. d. 3. Welt, 20 S. — Juni 79
- ____ Ausländer i. d. BRD, 20 S. — Juni 79
- ____ ASEAN — Südostasien, 32 S. — Mai 80
- ____ Frauen in der 3. Welt, 32 S. — Aug. 80
- ____ Angepasste Technologie, 32 S. — Sept. 80
- ____ alle Sonderdrucke zusammen z. Preis von 20 DM (14 Hefte) incl. Porto und Verpackung

THEMENPAKETE

enthalten Zusammenstellungen von verschiedenen Ausgaben der „blätter des iz3w"
Die „Themenpakete" sind um mind. 20 % ermäßigt und inklusive Porto und Verpackung

- ____ **ASIEN** — Malaysia, Indien, Sri Lanka, Indochina, Afghanistan, ASEAN, China, 7 Hefte **15 DM**
- ____ **Afrika** — Zimbabwe, Tanzania, Mozambique, Eritrea, Guinea-Bissau, 5 Hefte **10 DM**
- ____ **Lateinamerika** Landreform in Kolumbien, Widerstand in Chile, Repression in LA, Indios, Argentinien, Chile, Mexiko, Kolumbien 8 Hefte **15 DM**
- ____ **Gesundheit/Ernährung/Ökologie/Technologie** Medizin, Landwirtschaft (2), Angepaßte Technologien, Pflanzengifte, Pharmakonzerne, 6 Hefte **15 DM**
- ____ **Ökonomie / Rüstung / Entwicklungspol. / Tourismus,** Multis, Ausbau in befr. Ländern, UNCTAD 5, Tourismus (2), Rüstung f. d. 3. Welt, 6 Hefte **15 DM**
- ____ **Solidarität/Ausländer hier/Frauen/Medien** Aktion 3. Welt Handel, Patenschaften, Ausländer in der BRD, Westl. Nachrichtenagenturen, Frauen, Asylrecht **10 DM**

Postscheckkonten	Basel
	Nr. 40ç35 899
Aktio Dritte Welt e.V.	Österreichische
Karlsruhe	Postsparkasse
Nr. 1482 39-755	Nr. 2377-047

JAHRGÄNGE

Die Jahrgänge von 1978 – 80 sind noch vollständig lieferbar, die Preise sind um 30 % ermäßigt und inklusive Porto und Verpackung.

- ____ **Jahrgang 1978** (davon 6 Sonderdrucke) **12 DM**
- ____ **Jahrgang 1979** (3 Sonderdrucke) **27 DM**
- ____ **Jahrgang 1980** (davon 2 Sonderdrucke) **21 DM**

BÜCHER, BROSCHÜREN

Stück	Autor / Titel	Einzelpreis DM
____	Hg.: iz3w und OK Südl. Afr., **„Das Volk von Zimbabwe befreit sich selbst",** Dokumente und Materialien der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) Juli 1976, 52 S.	1,50
____	Eduardo Fereirra, **Amilcar Cabrals Theorie der Befreiung und die Hintergründe seiner Ermordung,** 12 S.	-,60
____	E. Fereirra, **Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa,** 1972, 232 S.	4,—
____	S. Gervasi, **Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika** (UNO-Bericht) 1972, 124 S.	1,—
____	**Ökonomischer Völkermord in Chile,** Offene Briefe an den Nobelpreisträger Milton Friedman von André Gunder Frank. Hg.: iz3w Sept. 1977, 65 S.	2,—
____	iz3w, **Einführung in die Dritte-Welt-Problematik für Schüler der Sekundarstufe I,** Mai 1978, 41 S.	1,50
____	Rudolf H. Strahm: **„Überentwicklung — Unterentwicklung".** Ein Werkbuch mit Schaubildern und Kommentaren über die wirtschaftlichen Mechanismen der Armut; 4. Auflage 1980, 136 S.	7,—
____	Frances Moore Lappé und Joseph Collins, **Zehn Legenden um den Hunger in der Welt „Food First" Comic,** 1977, 94 S.	2,50
____	iz3w, **Entwicklungpolitik, Hilfe oder Ausbeutung?** Die entwicklungspolitische Praxis in der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe, Oktober 1978, 320 S.	10,80
____	Bernauer / Freitag, **Poder popular in Chile am Beispiel Gesundheit,** 1974, 168 S.	6,80
____	Plakat **„Rohstoffe in der Dritten Welt"**	2,—
____	Plakat **„Welthandel"**	2,—
____	Plakat **„Ordnung muß sein"**	2,—
____	**blätter des iz3w,** Nr. ____, Themenschwerpunkt ____	2,50
____	**blätter des iz3w,** Nr. ____, Themenschwerpunkt ____	4,—

Bei Bestellungen unter 5,— DM bitte Briefmarken beilegen! Porto- und Versandkosten (mind. DM 1,—) werden gesondert in Rechnung gestellt. Rabatt für Gruppenbestellungen auf Anfrage. Bitte keine Vorauszahlung, die Rechnung kommt bestimmt!

TAGUNGSHINWEISE

„Was hat unser Wohlstand mit der Armut in der Dritten Welt zu tun?", 8. – 10. 10. 82, Schloß Friedewald, Information und Anmeldung: FREIE LERNWERKSTATT, Beatrice Ingermann, Gartenstr. 38, 51 Aachen

---

„Rüstung und Polizeiwaffenexporte in die Dritte Welt", 12. – 14. 11. 82
„Ökologie in Lateinamerika", 22. – 24. 10. 82
„Soziale Bewegungen in Lateinamerika", 17. – 19. 12. 82
alle drei Tagungen in Essen, Information und Anmeldung bei: Forum für internationale Friedensarbeit, Stoppenbergerstr. 13 – 15, 43 Essen 1

„Entwicklungspolitische Themen im Unterricht der Primar- und Orientierungsstufe", 1. – 5. 11. 82, Willebadessen, Information und Anmeldung bei: RWAG, Prinz Friedrich Karl Str. 14, 46 Dortmund

---

„Die Arbeiterbewegung in Südafrika", 8. – 10. 10. 82, Evangelische Akademie, 7325 Bad Boll (Information u. Anmeldung dort)

Zeitschriftenübersicht

AIB – AntiimperialistischesInformationsbulletin, Nr. 9/September 1982
AIB-Aktuell: Regionalisierung in Mittelamerika • Libanon: Ivesa Lübben-Pistofidis, Vorläufige Bilanz des israelischen Libanonfeldzuges • UN-Sicherheitsrat zur Lage im Libanon • Interview mit Yassir Arafat: Wir bleiben verhandlungsbereit • Interview mit Khaled el Ali: Die Libanesische Nationalbewegung steht zur PLO • PLO: Erste Lehren des Libanonkriegs • PLO: Ja zur UN-Plattform • Chile: Aufruf chilenischer Linksparteien, Diktaturgegner im Kampf vereinen • Willi Huismann: Chile 1982 – Modell in der Krise • Großbritannien-Argentinien: Rainer Falk: Lehrstück Falkland/Malwinen-Krieg • Kampuchea: Wilfried Burchett, Vom Widerstand zum Aufstand. Die Geschichte der zweiten Befreiung (3. Teil), Verantwortliche des PAC, Henry E. Isaacs • Kultur: Hans Mayer, Horizonte '82 – wohl kaum eine Horizonterweiterung Heftpreis 2,50 DM/Abo 25,– DM
Bezug: AIB, Liebigstraße 46, D-3550 Marburg, Telefon 06421 / 24672

Solidarität Nr. 69/70, 8. Jhg., August 1982

Kinderarbeit in der Dritten Welt
- eine Übersicht von Carlotta von Waldkirch
- zum Ausmaß der Kinderarbeit in der Dritten Welt, von Daniel Glass
- Eine Jugendgeschichte aus Brasilien 'Robin Hood und seine 20.000 Gefährten' , von Kurt Madörin
- Kinderarbeit – ein Wirtschaftsfaktor, von Brigitte Jäger
- Kinderarbeit bei uns, von Philip Gonom
- Die Rolle der Kinde rim ökonomischen System der Iatmul in Papua Neu Guinea, von Florence Weiss
- Übersicht über weiterführende Materialien

Libanon als Angsttraum • Interview mit einem Vertreter der Frente Polisario • Algerien nach 20 Jahren • Falkland/Malvinas: Um Ehre oder Geld? • Dossier Schweiz - Trikont • Aktion Nicaragua – Kaffee • Bücher und Veranstaltungshinweise

36 Seiten, sFr 3,50
Redaktion Solidarität, Postfach 2009, CH-4001 Basel

Mittelamerika-Magazin 21 **5.8.1982**

- Honduras: Brüderliche Waffenhilfe Flüchtlingselend
- US-Politik: Vom Rufmord zum Mord: Psychologische Kriegsführung des CIA in den Medien Lateinamerikas, 2. Teil: Das semantische Differential
- Zeitschriftenübersicht, Buchbesprechung, Neuerscheinungen

Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1, 2,50 DM, Solidaritätsabo 25,– DM/6 Hefte, Abo 15,– DM/ 6 Hefte

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg